

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Wilmont Haacke

„public relations“ - oder das
Vertrauen der Öffentlichkeit

Hermann Meyn

Gefahren für die Freiheit von
Rundfunk und Fernsehen?

Gebhard Hielscher

Reaktionen in Asien auf das
Godesberger Programm

B 48/69

29. November 1969

W i l m o n t H a a c k e, Dr. phil., o. Prof., geb. 4. März 1911, Direktor des Instituts für Publizistik der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, Universität Göttingen.

H e r m a n n M e y n, Dr. phil., Diplom-Politologe, Redakteur beim SPIEGEL.

Veröffentlichungen u. a.: Die Deutsche Partei, Düsseldorf 1965; Massenmedien in der Bundesrepublik, ergänzte Neuauflage, Berlin 1969; Zur Transparenz der politischen Ordnung der Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 40/68 v. 5. 10. 1968; Aufsätze u. a. in „Politische Vierteljahresschrift“, „Publizistik“, „Neue Politische Literatur“ und „Rundfunk und Fernsehen“.

G e b h a r d H i e l s c h e r, Auslandskorrespondent für Presse und Rundfunk in Tokio, geb. 1935, Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Berlin und Freiburg.

Veröffentlichungen: Sozialismus in Japan, in: Sozialismus, hrsg. von Iring Fetscher u. a., München 1968; Kommunismus in Japan, in: Kommunismus, hrsg. von Iring Fetscher u. a., München 1969, Richtungskämpfe im japanischen Sozialismus, Aufsatz in „Kagami — Japanischer Zeitschriftenspiegel“, hrsg. von der Deutschen Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens in Tokio in Zusammenarbeit mit dem Institut für Asienkunde, Hamburg, Jahrgang 1968, Heft 3.

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Redaktion: Dr. Enno Bartels

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,29 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

„public relations“ – oder das Vertrauen der Öffentlichkeit

I. Der Begriff „public relations“

Wer über modische Erscheinungen und neu-modische Begriffe aus wissenschaftlicher Distanz spricht, sollte sich des Skeptizismus eines Arthur Schopenhauer vergewissern. Lange ehe es die Prägung „public relations“ gab, schrieb jener Meister des Wortes in seinen „Parerga und Paralipomena, Kleine philosophische Schriften“, 1851:

„Den treffenden Ausdrücken, originellen Redensarten und glücklichen Wendungen ergeht es wie den Kleidern: wenn sie neu sind, glänzen sie und machen viel Effekt: aber alsbald greift jeder danach; wodurch sie binnen kurzer Zeit abgenutzt und fahl werden, so daß sie endlich ganz ohne Wirkung bleiben.“¹⁾

Vor dem Zweiten Weltkrieg ist es nicht gelungen, das Schlagwort „public relations“ auf dem Kontinent einzuführen. Inzwischen ist die Umschreibung in vieler Munde.

Handelt es sich bei den „public relations“ um eine Möglichkeit, den Beruf des Publizisten und seine vielfältigen Ausübungen abermals um eine Variante zu bereichern? Sind die „public relations“ eine Erscheinung, der die Aufmerksamkeit der Wissenschaft von der Publizistik gelten sollte? Beide Fragen lassen sich mit Ja beantworten²⁾.

1. Vom Siegeszug eines Schlagwortes

Begriff und Erscheinung haben die Fachwelt mobilisiert. Was ist seit dem Auftauchen des neuen Slogans geschehen? Soziologen, Psychologen, Werbefachleute und Journalisten versuchen sich an der Deutung der Wortverbindung oder an ihrer Eindeutigkeit. Aus solcher

Absicht wurden sogar in Europa zahlreiche Bücher über die Erscheinung geschrieben, zahllose Aufsätze zum Thema publiziert. Das Rausen über die zunächst halb mysteriösen „public relations“ hat ferner dazu geführt, daß große Unternehmen, ja sogar staatliche Institutionen sich Abteilungen neu eingerichtet haben, an deren Tür man das aus Amerika stammende Schlagwort liest. Menschen, die zuvor in der Wirtschaft, in der Werbung, in der Anzeigenbranche tätig waren, wechselten ihren Beruf. Manchmal noch unsicher, darum um so mutiger, bezeichneten sie ihre Arbeit mit dem neuen Terminus.

Der Siegeszug der Erscheinung und des Begriffes der „public relations“ erinnert daran,

Hermann Meyn:

Gefahren für die Freiheit von Rundfunk und Fernsehen? S. 17

Gebhard Hielscher:

Reaktionen in Asien auf das Godesberger Programm S. 31

daß die Zeitungsmänner zu Beginn des 19. Jahrhunderts ein anderes Wort, nämlich den französischen Terminus „Feuilleton“ so nachhaltig einbürgerten, daß er nicht einmal durch Sprachregelungen des einstigen Reichspropagandaministeriums auszurotten war. Tatsächlich ist das Wort ein für alle Mal in der Presse heimisch geworden³⁾. Nach 1945 liebäugelten manche Rundfunk-Leute mit der für deutsche Sendebereiche keineswegs unentbehrlichen, beim ersten Versuch des Einbü-

¹⁾ Arthur Schopenhauer, Parerga und Paralipomena, Band II, Berlin 1851.

²⁾ Emil Dovifat, Publizistik als Wissenschaft. Herkunft, Wesen, Aufgabe, in: „Publizistik“, 1. Jahrg. 1956, H. 1, S. 3—10; Walter Hagemann, Begriffe und Methoden publizistischer Forschung, in: „Publizistik“, 1. Jahrg. 1956, H. 1, S. 11—25.

³⁾ Wilmont Haacke, Handbuch des Feuilletons, Bd. III, Emsdetten i. W. 1951—1953.

gerns verkrüppelt dargebotenen Wortmißgeburt „Feature“⁴⁾).

Seit langem soll man sich mit der ebenfalls aus Amerika importierten Chiffre „public relations“ anfreunden. Allerdings muß man diesen Begriff stets im Plural verwenden. Außerdem ist er zu ergänzen. Wer ihn wirklich einbürgern will, muß ihn jedes Mal von neuem übersetzen⁵⁾. Beispielsweise kann man, streng genommen, nie nur von „public relations“ sprechen, allenfalls etwa von „public relations“-Arbeit. Die Unhandlichkeit der Wortfügung hat nicht verhindert, daß man sich dennoch auf sie stürzte, um sie im Hausgebrauch der Werbewelt zu verwenden.

2. Über die Vergänglichkeit von Schlagworten

Bisher ist nicht zu ermessen, ob sich die modische Bezeichnung auf die Dauer durchsetzen wird. Aus den Werken der Kenner des politischen Schlagwortes, darunter Wilhelm Bauer, Erich Everth, Heinrich von Srbik, weiß man, daß sogar Schlagworte, die einstmalen Epochen aufwühlten und Generationen zur kriegerischen Raserei trieben — man denke an das „Dieu le veult!“ (Gott will es!) der Kreuzzüge —, sich rasch überlebten. Sie alle entstehen zufällig, leuchten auf wie Fanale und versinken alsbald stumm⁶⁾.

Allein auf Grund derlei Erfahrung wird man der Wortprägung „public relations“ außerhalb der Vereinigten Staaten keine allzu lange Lebensdauer zumuten. Ein Blick in jene Lexika, in denen als Strandgut die Lieblingsausdrücke der jeweiligen allzu zeitverhafteten Umgangs- oder Berufs- oder Fachsprache verzeichnet sind, bestärkt die Vermutung⁷⁾.

⁴⁾ Wilmont Haacke, Warnung vor dem Fremdwort „feature“, in: Rufer und Hörer, Monatsschrift für den Rundfunk, 6. Jg., H. 8, Mai 1952, S. 437—441.

⁵⁾ Vgl. Sprachforum, Zeitschrift für angewandte Sprachwissenschaft, Köln 1953 ff.

⁶⁾ Wilhelm Bauer, Die öffentliche Meinung und ihre geschichtlichen Grundlagen, Tübingen 1914; ders., Die öffentliche Meinung in der Weltgeschichte, Potsdam 1930; Erich Everth, Die Öffentlichkeit in der Außenpolitik von Karl V. bis Napoleon, Jena 1928; Heinrich Ritter von Srbik, Österreichs Schicksal im Spiegel des geflügelten Wortes, in: Aus Österreichs Vergangenheit, Salzburg 1949, S. 243—270.

⁷⁾ Hans Reimann, „Im Schlagwort-Dschungel“ und „Museum der Phrasen“, in: Vergnügliches Handbuch der deutschen Sprache, Berlin 1931, S. 357 ff. und S. 403 ff.; Heinz Küpper, Wörterbuch der deutschen Umgangssprache, Hamburg 1965.

Für die Beurteilung der Lebenskraft solcher neuen Prägungen gelten die Einsichten des Soziologen Friedrich Lenz: „Brauchbarkeit bildet letzten Endes das Kriterium für die Lebensfähigkeit von Schlagworten und Programmen, mit ihr erlöschen sie.“ Falls es sich aber um mehr als ein leeres Wort handelt, um eine für die Existenz wertvolle und notwendige Idee, dann freilich gilt die Ergänzung, die Lenz gibt: „Die Aufgabe bleibt, allen über sich hinauswirkenden Zielgedanken einen Ausdruck zu geben, der sie in das öffentliche Bewußtsein hebt.“⁸⁾ Nur aus diesem Grunde lohnt es sich, um eine vernünftige Übersetzung des Anliegens, das in der Idee der „public relations“ steckt, bemüht zu sein.

3. Zur Übersetzung des Slogans „public relations“

Der Begriff „public relations“ ist bei aller scheinbaren Bequemlichkeit für das unvoreingenommene Verwenden im Alltagsgebrauch zu vieldeutig. Neben treffsicheren Auslegungen durch zuständige Theoretiker, neben richtigen Anwendungen durch manche Unternehmer oder durch einzelne für die politische Praxis tätige Berater stehen Fälle einer absoluten Mißdeutung, ja eines skrupellosen Mißbrauchs⁹⁾. Da es sich bei den modischen Phänomenen der „public relations“ indessen nur um eine neue Namensgebung für überall in Europa seit langem geübte Maßnahmen handelt, wäre es an der Zeit, für das Überzeitliche der Erscheinung anstelle eines allzu zeitverhafteten Stempels einen gleichfalls überdauernden Ausdruck in der jeweiligen nationalen Sprache zu suchen.

Um was handelt es sich bei der gesamten „public relations“-Arbeit? Aus der kritischen Durchsicht der internationalen Literatur zum Thema, die vornehmlich amerikanischen Ursprungs ist, resultiert die Erkenntnis, daß das Anbahnen der „public relations“ nichts anderem dient als dem Gewinnen des Vertrauens der Öffentlichkeit.

⁸⁾ Friedrich Lenz, Schlagwort und Programm, in: Werden und Wesen der öffentlichen Meinung, Ein Beitrag zur politischen Soziologie, München 1956, S. 50.

⁹⁾ Zur Gesamtinformation vgl.: Hans A. Münster, Publizistische Forschungsprobleme der Werbung, in: „Publizistik“, 1. Jg. 1956, H. 2.

Sollte man nicht besser anstelle von „public relations“ vom Ringen um das „Vertrauen der Öffentlichkeit“ sprechen?

Wer das Vertrauen der Öffentlichkeit für sich gewinnen will, der bedarf langer Zeit. Ein Meister in der Technik, Menschen für seine Ware, seine Methoden des Absatzes, seine Idee oder für sich zu gewinnen, war der Schweizer Gottlieb Duttweiler aus Zürich. Seine Erfahrung über den Weg aus dem Nichts in die Höhe des Millionen-Umsatzes hat er so

formuliert: „... es hat im ganzen mehr als dreißig Jahre gedauert, bis die Leute überzeugt waren. Es braucht Beharrlichkeit, ja Zähigkeit, wenn Sie eine Gemeinschaft (Interessengemeinschaft) gründen wollen. Das geht nur auf lange Sicht.“¹⁰⁾ Dies überlegte, auf lange Fristen angelegte Ringen um das Gewinnen des öffentlichen Vertrauens — nebst allen der Erreichung des Zieles dienstbar gemachten Methoden —, das mag an der Gesamtidee der „public relations“ einigermaßen neu sein.

II. Geschichte der „public relations“

Kaum originell ist in der Methode der „public relations“ jener erste Schritt, der dem Gewinnen des Vertrauens der Öffentlichkeit vorausgehen muß. Es handelt sich um das Erregen der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit¹¹⁾. Daß man solche Wege längst gekannt hat, ehe die Prägung „public relations“ eine Woge von Büchern, Aufsätzen, Tagungen und Diskussionen am Rande des „Management“ und der darüber publizierten Theorien entfachte, dafür seien drei Beispiele angeführt.

1. „public relations“ — schon bei Goethe ...

Das einstmals böhmische Karlsbad war einmal ein Weltbad. Einer seiner prominenten Badegäste war Johann Wolfgang von Goethe. Die Verwaltung des Bades bat eines Tages den Dichter aus Weimar durch Willkommensgedichte aus seiner Feder die damalige „First Lady“ zu begrüßen. Das war in jener Epoche die Kaiserin Maria Ludovica von Österreich. Gleichsam auf Bestellung sind die Gedichte „Im Namen der Bürgerschaft von Karlsbad“ entstanden. Der Karlsbader Badekommissar hatte die glänzende Idee mit dem Stadtparlament besprochen und sich obendrein des Einverständnisses der Kaiserin versichert¹²⁾.

¹⁰⁾ Gottlieb Duttweiler, Wie gewinnt man freie Menschen für die Lebensordnung einer freien Welt?, nachgedruckt in: Protokolldienst der Pressestelle der Evangelischen Akademie, Bad Boll 1957, Nr. 3, Teil 2.

¹¹⁾ Friedrich Mörtzsch, Offenheit macht sich bezahlt. Die Kunst der Meinungspflege in der amerikanischen Industrie, Düsseldorf 1956; ferner: Stanley Kelly, Professional Public Relations and Political Power, Baltimore 1956.

¹²⁾ August Sauer, Goethe und Österreich, Schriften der Goethesellschaft, Bd. 17, Jg. 1902, S. XXVIII ff.

Welcher heutige Werbemanager wäre nicht froh, Gäste solcher Prominenz durch einen nicht minder bekannten Gast vor der Öffentlichkeit wirkungsvoll begrüßen zu lassen? Bis heute ist jede Zeitungs-Anzeige, jeder hübsche Werbeprospekt, jede noch so geschickt formulierte Information über die Entdeckung einer heilkräftigen Quelle durch das Faktum „Goethe begrüßt die Kaiserin zur Kur in Karlsbad“ in den Schatten gestellt. Der österreichische Erforscher der „öffentlichen Meinung“, Wilhelm Bauer, kommentiert denn auch Sinn und Bedeutung jener Gelegenheitspoesie Goethes: „Die Absichten, die man mit diesen Versen erreichen wollte, liegen klar zutage, man hatte ganz bestimmte Wirkungen auf die Öffentlichkeit im Auge ...“¹³⁾.

2. „public relations“ in der rheinischen Industrie (1857)

Wenn gegenwärtig von den Praktikern und Theoretikern der „public relations“ verlangt wird, gegenüber der Öffentlichkeit sollten Industrie, Verwaltung und Staat die Fenster nicht abdichten, sondern vielmehr Tür und Tor weit aufreißen und der Allgemeinheit Einblick in ihre Arbeit geben, so ist das gleichfalls nicht umwerfend neu.

Auf Anregungen des Wirtschafts-Publizisten Friedrich List lassen sich Gedanken zurückführen, die der rheinische Industrielle Gustav Mevissen um die Mitte des 19. Jahrhunderts ge-

¹³⁾ Wilhelm Bauer, Die öffentliche Meinung und ihre geschichtlichen Grundlagen, Tübingen 1914, S. 162—163.

äußert hat¹⁴⁾. Damals entwickelte die Presse im Gleichtakt mit dem Aufschwung der Industrie zunächst Handelsbeilagen, bald besondere Wirtschaftszeitungen. Seinerzeit hat Mevissen von den Aktiengesellschaften verlangt, daß sie „einen deutlich erkennbaren Nutzen für die Allgemeinheit“ aufweisen müßten. Wenn sie nicht mehr nur Werkzeuge des Wirtschafts-Egoismus wären, sondern einen sozialen Beitrag für alle leisteten, dann läge es im Interesse der Unternehmer, sich an die Öffentlichkeit zu wenden. Wörtlich hat Mevissen gefordert: „Für das Hauptpalliativ gegen die schlimmsten Schäden der Aktiengesellschaft halte ich die möglichst größte Öffentlichkeit in der Gestion derselben; nicht Veröffentlichung der noch laufenden, in der Abwicklung begriffenen Geschäfte, nicht Publikation von Monatseinnahmen und -ausgaben, die in den meisten Fällen durchaus keinen zuverlässigen Anhalt für die schließlichen Resultate bilden, sondern Veröffentlichung der Gesamtlage der Gesellschaft in umfassenden Jahresberichten. Die Eisenbahngesellschaften bieten für andere industrielle Körperschaften schon heute ein nachahmenswertes Beispiel.“¹⁵⁾ Der gleiche Industrielle hat im Jahresbericht der Kölner Handelskammer für 1857 verlangt: „Indem wir der Aktiengesellschaft die möglichst freie und selbständige Entfaltung des öffentlichen Interesses vindizieren, halten wir für ihre Gesamtführung die größte, mit den Zwecken derselben vereinbare Öffentlichkeit für geboten.“¹⁶⁾

Mevissen und seine Freunde haben demnach bereits vor mehr als hundert Jahren die gleichen Ideen gehabt, die in Amerika durch eine Institution wie „The National Advertising Council“, in der Schweiz durch Gottlieb Duttweiler, in Deutschland als eine Aktion der Bundeszentrale für politische Bildung¹⁷⁾ und durch zahlreiche große Wirtschaftsunterneh-

¹⁴⁾ Friedrich Lenz, Friedrich List als politischer Publizist, in: Zeitschrift für Politik, 3. Jg. (Neue Folge), H. 3, Dezember 1956, S. 228—242; Jürgen Möller, Friedrich List, Charakter und Wesensveranlagung einer publizistischen Persönlichkeit, Berliner phil. Diss. 1952.

¹⁵⁾ Josef Hansen, Gustav von Mevissen. Ein rheinisches Lebensbild 1815—1889, Berlin 1906, Bd. I, S. 778 ff.

¹⁶⁾ Ders., Mevissen, a. a. O., Bd. II, S. 21.

¹⁷⁾ Schäfer, Die Aktivierung des Gemeinnsinns — eine Lebensfrage der Demokratie, in: Protokollendienst der Pressestelle der Evangelischen Akademie, Bad Boll 1957, Nr. 3, Teil 1; Erich Kuby, Bürgersinn gegen Untertanengeist, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 23 vom 26./27. 1. 1957.

men in die Lande getragen werden. Bis in das Detail der Forderung nach einem allgemein verständlichen „Jahresbericht“ ist alles bereits vorexerziert worden, was um der „public relations“ willen, was zuliebe der „Gewinnung der Öffentlichkeit“ geleistet werden soll.

3. Lassalles Manege der „public relations“

Dem Beispiel aus dem schöngestigen Bereich und dem Exempel aus dem Frühstadium der deutschen Industrie sei schließlich zur Absicherung einiger Thesen über „public relations“ eine Demonstration aus dem Bereich der Arbeiterbewegung angeschlossen. Als Meister der Agitation, als Propagandist aus Instinkt und Passion gilt Ferdinand Lassalle¹⁸⁾. Niemand hat wie er in den Kämpfen des 19. Jahrhunderts alle nur möglichen „mass media“ erkannt und benutzt, wenn es um das Gewinnen der Aufmerksamkeit und um das Erhalten des Vertrauens der Arbeiterschaft ging. Weder von seinen Versammlungsreden noch von seiner Broschürenflut werde gesprochen! Einige Einzelheiten seien hervorgehoben, die ihn geradezu als einen Artisten der „public relations“ zeigen.

Ansichtskarten und Autogramme, Bilder und Lorbeerkränze — die Mittelchen der Schauspieler und ihrer Agenten — gehörten zum Requisit jenes in der Erregung und Aufwiegelung der unzufriedenen Menge genialen Zauberers. Ein Werbemann teilte dem Agitator aus Hamburg mit, daß „... ein einfacher Arbeiter gleich mir, der durch das Lesen Ihrer Schriften begeistert ist, nichts sehnlicher wünscht, als Ihr Porträt zu besitzen ...“¹⁹⁾. Ein anderer Hamburger Arbeiter hatte in einer Harburger Gruppe des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ bereits einhundertundfünfzig Abdrucke eines Porträts von Lassalle abgesetzt, ehe er sich an Lassalle wandte und ihn um „ein kerniges Motto“ nebst „Ihrer werten Unterschrift“ bat. Mit Recht versprach er sich eine Steigerung des Absatzes der Bilder des Arbeiterführers durch das Hinzufügen seiner Unterschrift²⁰⁾. Der gleiche Mann gestand Lassalle im Dezember 1863: „Seit einiger Zeit habe ich mich durch das Einrahmen und Ver-

¹⁸⁾ Hermann Oncken, Ferdinand Lassalle. Die politische Biographie, Stuttgart und Berlin 1913.

¹⁹⁾ Ferdinand Lassalle, Nachlaß. Nachgelassene Briefe und Schriften, hrsg. v. Gustav Mayer, Bd. V., Stuttgart und Berlin 1925, S. 258.

²⁰⁾ Lassalle, a. a. O., Bd. V, S. 268.

breiten Ihres verehrten Porträts in Steindruck unter den Vereinsmitgliedern aufrechterhalten.“²¹⁾

Lassalle scheint um 1860 nahezu der einzige deutsche Politiker gewesen zu sein, der erkannt hatte, welche tiefgehende Vertrauenswerbung von Wandbildern ausgehen kann. Deshalb ließ er neben die Porträts der damaligen Potentaten, neben Könige und Päpste, als Wandschmuck sein Abbild hängen. Ein neuer Machthaber kündigte sich an. „Vom Besitzer des Vereinslokales wurde der Arbeiter-Gemeinde ein Bildnis unseres großen Gründers in halber Lebensgröße zum Geschenk gemacht. Das Bild war mit einem dreifachen Kranze umgeben; über ihm wehte eine große deutsche Fahne ...“²²⁾, hieß es in einem Bericht des „Sozial-Demokrat“ vom 1. Juli 1865.

Die gemeinschaftsbildende Kraft des Liedes, von der jede totalitäre Bewegung längst bis zum Überdruß Gebrauch macht, war Lassalle bekannt²³⁾. Gemeinsam mit seinen Freunden hat er das Lied — auf das selbst ein Verkaufsgenie wie der Schweizer Gottlieb Duttweiler für seine Unternehmen nicht verzichten mochte²⁴⁾ — mit immer neuem Erfolg benutzt. Um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu eringen, ließ Lassalle die Arbeiter in den Versammlungen aufreizende Songs singen. Nicht zuletzt damit gewann er in aller Öffentlichkeit neue Anhänger. Rolf Hildebrandt hat in seiner Dissertation über Lassalle als Publizist darüber berichtet, wie oft Lassalle die „Arbeiter-Marseillaise“ hat anstimmen lassen. Gedichtet hatte sie der Hamburger Arbeiter Jakob Audoerf. Er war einer der Mitbegründer des „Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereines“ zu Leipzig. Das mitreißende Marschlied schloß mit dem Refrain:

„Nicht zählen wir den Feind,
nicht die Gefahren all.
Der Bahn der Kühnen folgen wir,
die uns geführt Lassalle!“

²¹⁾ Lassalle, a. a. O., Bd. V, S. 257.

²²⁾ Hier zitiert nach Rolf Hildebrandt, Ferdinand Lassalle und die Anfänge der modernen Massenpublizistik, Berliner phil. Diss. 1951, S. 201.

²³⁾ Zur Geschichte und Bedeutung des Liedes befrage man die großen literaturhistorischen Nachschlagewerke von Eppelsheimer, Merker-Stammler, Kosch und anderen Autoren. Als publizistische Aussageform ist das Lied zumindest in Deutschland noch kaum erforscht.

²⁴⁾ Duttweiler, a. a. O.

Weniger wirkungsvoll ist das offizielle Bundeslied des Vereins gewesen, das Lassalle ausdrücklich bestellt, Herwegh gedichtet und Hans von Bülow in Töne gesetzt hatte²⁵⁾. Aus jenem Liede hat der Vers „Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will“²⁶⁾ bis zur Gegenwart als Schlagwort zahlreiche Streiks beflügelt.

Damit waren die Einfälle Lassalles für wirk-same politische „public relations“ noch lange nicht erschöpft. Sein Mitarbeiter und Nachfolger Johann Baptist von Schweitzer war sich mit Lassalle darin einig, daß der Schlüsselroman eine vorzügliche Waffe der Propaganda sei. Schweitzer schrieb ihm: „Ich habe ... einen politisch-sozialen Tendenzroman angefangen, welcher dazu bestimmt ist, Ihrer Lehre auf dem Wege der Belletristik Eingang zu verschaffen.“ Lassalle antwortete: „Dem Plan des Unternehmens, den Sie so freundlich sind mir mitzuteilen, kann ich nicht anders, als meine beifälligste Zustimmung zukommen lassen. Der soziale Roman ist ein Propagandamittel von der ausgedehntesten Wirksamkeit. Es läßt sich gar nicht hoch genug veranschlagen, was Eugen Sue in Frankreich dadurch gewirkt hat!“²⁷⁾

Im Gefolge des Briefwechsels erschien jener merkwürdige Roman „Lucinde oder Kapital und Arbeit“, auf dessen Seiten einzelne Persönlichkeiten sich Sätze aus den Werken von Marx, Engels und Lassalle in Salon-Unterhaltungen, Redaktions- und Vorzimmergesprächen als Dialoge zusprechen. Dieses Kuriosum konsequenter „public relations“-Arbeit ist noch nicht auf seinen publizistischen Gehalt und seine politische Wirkung oder Fehlwirkung untersucht worden²⁸⁾. Es wird darauf hingewiesen, weil in der sonstigen nahezu lückenlosen internationalen Medikamentur der „public relations“ der mit Werbung angefüllte Schlüsselroman fehlt.

Daß Lassalles Stil in der Erkämpfung der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von seinen Getreuen verstanden wurde, ja daß sie dem Magier im Kampfe um die unerlösten Massen mitunter durch wirkungsvolle Einfälle, echte *publicity* zu gewinnen, gleichkamen, zeigt ein

²⁵⁾ Alle Liederzitate nach Hildebrandt, Lassalle, a. a. O., S. 202.

²⁶⁾ Vergl. die Sammlung: Internationale Arbeiterlieder, Berlin 1950, S. 14.

²⁷⁾ Lassalle, Nachlaß, Bd. V, S. 184.

²⁸⁾ Vgl. Gustav Mayer, Johann Baptist von Schweitzer und die deutsche Sozialdemokratie. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Jena 1909.

Telegramm des Frankfurter Bevollmächtigten des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ an Lassalle. Zum ersten Male sollte Lassalle in Frankfurt am Main sprechen, wo ihn die „Frankfurter Zeitung“ (Sonnemann und die „Fortschrittspartei“) bis auf den Tod bekämpf-

te und sein Erscheinen am liebsten totgeschwiegen hätte²⁹⁾. Das wurde unmöglich gemacht. Wie? Der Text des Telegrammes zeigt es: „Wir wollen Ihnen einen Fackelzug halten, denn diesen können die Zeitungen nicht mit Stillschweigen übergehen.“³⁰⁾

III. Analyse der „public relations“

Derlei Beispiele aus der Arbeit eines klassischen Autors, eines Industriellen und eines Arbeiterführers geben einen Umriß dessen, was unter „public relations“ in den Bereichen wirtschaftlicher Werbung und politischer Propaganda zu verstehen ist. Es handelt sich nicht um plumpe Reklame³¹⁾. Es dreht sich um mehr. Es geht um ein Gewinnen der Öffentlichkeit — freilich unter der Voraussetzung einer freiwillig übernommenen sozialen Selbstverpflichtung gegenüber der Allgemeinheit!

1. Was heißt „public relations“?

Was heißt „public relations“ gegenwärtig? Es erweist sich als möglich, auf der vorgeschlagenen Übersetzung zu beharren. Wer die Fülle kompetenter amerikanischer und europäischer Fachautoren kritisch durchgeht, wer sie selbstständig als eine wirklich nur neu betitelte Einzelercheinung aus dem Gesamtbereich der Wirtschaft und Publizistik überdenkt, wird einwilligen. Denn jeder, der „public relations“ für sein Unternehmen, seine Partei, seine Gewerkschaft, seine Kirche³²⁾, seine Organisation, sein Land, seinen Staat, oder aber wer

„public relations“ als Politiker, Unternehmer, Künstler gleichsam zunächst nur für sich selbst zu pflegen beginnt, der unternimmt nicht mehr und nicht weniger als den Versuch, „das Vertrauen der Öffentlichkeit“ zu gewinnen.

Das bleibt freilich ein Wagnis. Es mit Erfolg zu bestehen, ist in einer Epoche, da die Skepsis durch alle Schichten der Bevölkerung geht, nicht leicht. Als Folge des totalitären Überdrehens politischer Propaganda hat sie in den Menschen ein Mißtrauen hinterlassen, das sich gegen jegliche Form der Schönrederei, Schönfärberei, des Selbstlobes, der übertriebenen, der unaufrichtigen Anpreiserei richtet. Wer „public relations“ beginnen will, der lerne lieber nicht „von den Künsten der Reklamefachleute“, wie der Geschäftsmann Gottlieb Duttweiler geraten hat³³⁾. Er halte sich fern vom reißerischen make-up, das er bei manchen „Werbe-Kosmetikern“ allzu billig einkaufen könnte. Mit deren Einfällen gewinnt man die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit allenfalls für Augenblicke, niemals aber auf die Dauer das Vertrauen der Öffentlichkeit.

Verantwortungsbewußte Öffentlichkeitsarbeit strebt danach, dauerhafte und feste Bindungen zwischen dem eigenen Unternehmen und der Öffentlichkeit herzustellen.

2. Das Vertrauen der Öffentlichkeit

In den bisherigen Fachbüchern der „public relations“-Praxis steht eine Fülle von Bemerkungen darüber, daß man offen, ehrlich und sauber unter allen Umständen die Wahrheit über seine Leistungen veröffentlichen solle. Nahezu alle Definitionen der „public relations“ lassen sich auf jene Deutung zurückführen, die ein deutscher Interpret der Materie, Professor Carl Hundhausen, in seinem Buche „Werbung um öffentliches Vertrauen, „public relations““ (Essen 1951) gegeben hat.

²⁹⁾ Verlag der Frankfurter Zeitung (Hrsg.), Geschichte der Frankfurter Zeitung 1856—1906, Frankfurt am Main 1906; Hans Ebeling, Der Kampf der Frankfurter Zeitung gegen Ferdinand Lassalle und die Gründung einer selbständigen Arbeiterpartei, Berlin 1931; Michael Freund, Die Zeitung und Lassalle, in: Ein Jahrhundert Frankfurter Zeitung 1856—1906, Sonderheft der Zeitschrift Die Gegenwart, Frankfurt am Main 1956.

³⁰⁾ Lassalle, Nachlaß, Bd. V, S. 346.

³¹⁾ Vgl. die Referate, die auf der Tagung „Werbung und Ethik“ der Evangelischen Akademie Bad Boll vom 20. bis 22. 2. 1956 gehalten worden sind: Georg Bergler, Führung und Verführung des Menschen durch die moderne Werbung, in: Teil 1 zum Protokoll Nr. 7/1956 (Werbung und Ethik); Wilhelm Vershofen, Wie können sittliche Impulse in der Werbewirtschaft wirksam werden?, in: Teil 3 zum Protokoll Nr. 7/1956 (Werbung und Ethik).

³²⁾ S. Harral, Public relations for churches, New York 1946.

³³⁾ Duttweiler, a. a. O., S. 3.

In der „Werbung um Vertrauen“ sieht Hundhausen klar „das entscheidende Mittel“ zur „Gestaltung der großen und komplexen Beziehungen innerhalb einer Unternehmung“. Damit hat er den innerbetrieblichen Teil der „public relations“ umschrieben. Darüber hinaus formuliert Hundhausen als Aufgabe der „public relations“ das „Schaffen von Beziehungen eines als Organismus gesehenen Unternehmens zur Öffentlichkeit“³⁴⁾.

Pflicht jener Menschen, welche die „public relations“ pflegen, ist die ehrliche „Unterrichtung der Öffentlichkeit mit dem Ziele, um Vertrauen zu werben“. Noch leichter verständlich wird Hundhausens Formulierung, wenn man das in diesem Zusammenhang nur verwirrende Verbum „werben“ vorübergehend ausschaltet. Es geht ja zuerst nur darum, mittels bestimmter „public relations“-Methoden die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Die Kennzeichnung, die Hundhausen als Sinn der „public relations“ gibt, steht einer Reihe anderer, jedoch stets ähnlicher Charakterisierungen voran, die sich aus dem Schrifttum über „public relations“ aufblättern lassen.

Zur Information seien einige gehaltvolle Neuerscheinungen befragt. Im gleichen Jahre wie das Buch Hundhausens „Werbung um öffentliches Vertrauen“ erschien die Schrift von Herbert Groß „Moderne Meinungspflege“ (Düsseldorf 1952). Darin wird als Ziel der von Unternehmerseite zu pflegenden „public relations“ gefordert: Erstens das Schaffen einer „Interessen-Identität“ zwischen Unternehmer, Arbeiter und Verbraucher, zweitens das Bilden einer „Interessen-Identität“ zwischen dem gesamten Unternehmen und der Öffentlichkeit³⁵⁾.

Jenen Optimismus von Herbert Groß ist kritisch entgegenzuhalten, daß es eine vollständige „Interessen-Identität“ zwischen Unternehmern und Arbeitern niemals geben kann. Empirische betriebssoziologische Untersuchungen haben ergeben, daß der Arbeiter den Betrieb als einen Gegensatz von „Oben“ (Unternehmer, Vorgesetzte) und „Unten“ erlebt. Die Struktur des Betriebes ist und bleibt dichotomisch. Nahezu alle bisherigen Versuche, das Bild einer solchen Interessengleichheit wenigstens vorzutäuschen, sind von Unternehmer-

seite ausgegangen. Sie wirkten und wirken künstlich. Das Ausüben von Herrschaft erhält ein Unternehmen zwar funktionsfähig, andererseits spaltet sie Sozialgebilde wie den Betrieb dennoch in den herrschenden und in den gehorchenden Bereich. Notwendigerweise entstehen daraus Konflikte. Ralf Dahrendorf hat deshalb mit Recht bemerkt: „Die Herrschaftsstruktur industrieller Betriebe ist die allgemeinste Quelle aller Konflikte; weil diese Herrschaftsstruktur sich nicht beseitigen läßt, wird es immer betriebliche und industrielle Konflikte geben.“³⁶⁾

Sind deshalb „public relations“ nur als lindernde Mittel, als mildernde Wundpflaster anzusehen? Manche Autoren hoffen dennoch, daß das Mitwissen im Betriebe zum Mitdenken, das Mitdenken zum Mitwirken führe. Es gehe um das Wecken von Verantwortung, ja, Mitverantwortung in jedem Betriebsangehörigen. Der einzelne soll sich der Allgemeinheit sozial und menschlich verpflichtet fühlen. In solch neuartigem sozialen Verhalten müßten allerdings die Unternehmer, die Inhaber, die Direktoren, die Leiter beispielhaft vorangehen. Falls sie sich freiwillig zu Vorbildern erheben, könnten sie zuerst sich unter dem Einfluß der „public relations“ zu Leitbildern einer neuartigen Sozialauffassung wandeln.

3. Die „Identität der Sozial-Interessen“

In seinem Buche „Öffentliche Meinungs- und Beziehungspflege in Theorie und unternehmerischer Praxis“ (Frankfurt am Main 1952) bezeichnet Ernst Vogel als Endziel der „public relations“: „Die öffentliche Beziehungspflege soll dem allgemeinen Ausgleich aller Interessen dienen“. Jene Formulierung ist bei ihm mit einer ethischen Forderung verquickt, die man nicht überhören darf. Die „public relations“ sollen helfen, eine bessere gesellschaftliche Ordnung zum Wohle der Allgemeinheit aufzubauen³⁷⁾. Es ist spürbar, wie weit Ernst Vogel sich mit seinen Ansprüchen an ein sinnvolles Auslegen des Begriffes „public relations“ von gewissen Niederungen des freilich notwendigen Anzeigengeschäfts fernhält.

Das Problem des Weckens des Verantwortungsbewußtseins im Herzen eines jeden, wor-

³⁴⁾ Alle Zitate aus: Carl Hundhausen, Werbung um öffentliches Vertrauen, „public relations“, Essen 1951.

³⁵⁾ Alle Zitate aus: Herbert Groß, Moderne Meinungspflege, Düsseldorf 1952.

³⁶⁾ Ralf Dahrendorf, Industrie- und Betriebssoziologie, Sammlung Göschen, Bd. 103, 3. Auflage, Berlin 1965, S. 94.

³⁷⁾ Alle Zitate aus: Ernst Vogel, Öffentliche Meinungs- und Beziehungspflege in Theorie und unternehmerischer Praxis, Frankfurt am Main 1952.

aus erstens das Vertrauen und zweitens der Wille zur Mitarbeit in der Demokratie erwachsen sollen, steht im Mittelpunkt des Buches von H. E. Jahn: „Vertrauen, Verantwortung, Mitarbeit, eine Studie über public relations-Arbeit in Deutschland“ (Oberlahnstein 1953). Darin wird der Gedanke vorgetragen, Begriff, Methode und Technik der „public relations“ als pädagogische Kraft für den politischen Bereich zu aktivieren³⁸⁾. Seit geraumer Zeit versuchen das beherzte Männer aus Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit ebenfalls.

Merkwürdig bleibt, daß anlässlich solchen Vorgehens niemand sich die europäische Philosophie der Aufklärung vergegenwärtigt. Von ihr sind ähnliche Ideale im Typus des „homo politicus“, des „homme poli“, des „gentil homme“ längst vorgezeichnet worden. H. E. Jahn erklärt, daß man an die Stelle der totalitären Massenpropaganda eine Meinungspflege beim Individuum setzen müsse. Das Gewinnen von Vertrauen führe die Menschen zu einem ihres Selbst endlich wieder bewußten Sein zurück. Auf diese Weise gewönnen sie von neuem — und zwar jeder einzelne — eine verantwortungsbewußte Haltung. Über das Selbstbewußtsein führe der Weg schließlich zu dem zahlreichen Bürgern fehlenden Staatsbewußtsein. Als publizistische Aufgabe stellt er die Vermenschlichung gegen die Vermassung. Auch Jahns Versuch zeigt, daß das Thema „public relations“ auf einer höheren Ebene liegt als etwa das nur kaufmännisch gelenkte Inserieren, das lediglich dem direkten Absetzen von Produkten dient.

Im „Wirtschaftslexikon“ (7. Auflage, Wiesbaden 1967) wird zur Bestimmung des Begriffes „public relations“ formuliert, es handle sich um Maßnahmen zum Erzielen des „öffentlichen Vertrauens“, die von Unternehmen, Verbänden, Religionsgemeinschaften, Staatsführern durchgeführt werden. Unter dem gleichen Begriff werden sämtliche Aktionen verstanden, die „zur Erzielung und Pflege solchen Vertrauens“ unternommen werden. Als Aufgabe der „public relations“ gilt es, die „Interesseneinheit der sozialen und wirtschaftlichen Bestrebungen der Öffentlichkeit mit den grundsätzlichen Zielen und Maßnahmen der Unternehmen“ klarzustellen³⁹⁾. Zweifellos eine richtige

³⁸⁾ Alle Zitate aus: H. E. Jahn, Public relations, Vertrauen, Verantwortung, Mitarbeit. Eine Studie über public relations-Arbeit in Deutschland, Oberlahnstein 1953.

³⁹⁾ Ungenannt, Public relations, in: Wirtschaftslexikon, 7. Auflage, Wiesbaden 1967, Bd. II, Spalte 782—784.

Erfahrung! Sie wird freilich in einer zu einseitig auf den Leserkreis des Lexikons zugeschnittenen Weise dargeboten. Setzt man hingegen anstelle der „Unternehmen“ jegliche Institution, die „das Vertrauen der Öffentlichkeit“ zu gewinnen sucht, so hat man eine vorzügliche Umschreibung der Aufgaben der „public relations“ in Hinsicht auf das öffentliche Wohl.

In einem Beitrag „public relations“, den Helmut Schelsky für das „Wörterbuch der Soziologie“ geschrieben hat, legt er die „Öffentlichkeitsschichten“ klar, an die sich das Bemühen um das Gewinnen von Vertrauen richten soll. Folgende Gruppen werden unterschieden: Erstens die Mitglieder der Betriebsbelegschaft, zweitens die Geldgeber, drittens die Behörden, viertens die Bevölkerung in der den Betrieb umgebenden Stadt oder Landschaft und fünftens die Verbraucher⁴⁰⁾. Schelsky hat damit einen Fingerzeig gegeben, an wen alles — innerhalb wie außerhalb eines Betriebes — sich die Anstrengungen um eine positive „öffentliche Meinung“ oder um *goodwill* zu richten haben.

Aus dem Exkurs zu deutschen Befürwortern der „public relations“ — innerhalb der „Allgemeinen Publizistik“, wie Emil Dovifat's Prägung lautet⁴¹⁾ — geht hervor, daß man in der Tat statt von „public relations“ vom „Gewinnen des Vertrauens der Öffentlichkeit“ sprechen kann.

Den deutschen Deutungsversuchen des Begriffes „public relations“ sei um weiterer Klärung willen die amerikanische Rezeptur für die publizistischen Kunstgriffe zur Erringung des öffentlichen Vertrauens angeschlossen.

4. Von der Selbstanalyse zur sozialen Haltung

Als ältester Fachmann auf dem Gebiete der „public relations“ gilt in den Vereinigten Staaten Edward L. Bernays. Schon 1923 ist in New York sein Werk „Crystallising Public Opinion“ erschienen. Seither hat er in steter Berührung mit der Praxis die Theorie der „public relations“ entwickelt. Sein jüngster Beitrag heißt „American public relations, a

⁴⁰⁾ Helmut Schelsky, Public relations, in: Wörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1955, S. 404 ff.

⁴¹⁾ Emil Dovifat, Zeitungslehre, Bd. I—II, Berlin 1955.

short history" ⁴²). Der Aufsatz bietet einen beachtenswerten Überblick über die „Geschichte der public relations“ in Nordamerika. Bernays sieht sie sich in sieben klar unterscheidbaren Intervallen von 1865 bis in unsere Tage vollziehen. Festzuhalten aus dem Schaffen von Edward L. Bernays bleibt die Einsicht, daß jegliches Arbeiten um „das Gewinnen des Vertrauens der Öffentlichkeit“ als entscheidende Voraussetzung „die soziale Verantwortung in Industrie und Handel“ hat. Dergleichen Einsichten sollte man bedenken und ehrlich danach handeln.

Ratschläge für das Verwirklichen der „public relations“ im Alltag, die zunächst „human relations“ (im Betrieb) und dann erst „social relations“ (gegenüber der Öffentlichkeit) sind, seien dem lehrreichen Artikel über „public relations“ entnommen, den Reginald Clough, ein Herausgeber von „Tide“, 1950 für „The Encyclopedia Americana“ geschrieben hat. Reginald Clough sagt, daß jeder, der „das Vertrauen der Öffentlichkeit“ gewinnen wolle, bestimmte Wege einschlagen müsse. Zuallererst gehe es darum, die Ware, das Produkt, die Gruppe, die Partei oder auch die Persönlichkeit zu analysieren, auf welche die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit hingelenkt werden soll.

Somit steht an erster Stelle der „public relations“-Arbeit die Selbstanalyse der Institution, welche die Anerkennung der Öffentlichkeit sucht. Aus der gewonnenen Selbsterkenntnis heraus habe man sich ferner über Vorzüge (zu deren Verstärkung) und über Fehler (zu deren Unterdrückung) zu einigen. Unternehmen oder Behörden sollten sich von einem „public relations“-Fachmann darüber aufklären lassen, was ihnen an Anziehungskraft in der Öffentlichkeit fehlt. Auf der Basis der Selbstuntersuchung sollen Änderungen erfolgen. Habe man Vorzüge oder Fehler mit Hilfe sozial-psychologischer Tests erkannt, dann erst könne man ein Werk, eine Institution, eine Person, eine Idee interpretieren und populär machen. Möglich wird das — laut dieser Theorie — durch eine längst vor Beginn des Publizierens einzunehmende Haltung (Auftrittsweise, Erscheinungsbild). Sie soll bereits vor der Aktion, immer aber während der Aktion „in höchstem Grade mit dem öffentlichen, all-

gemeinen Interesse“ übereinstimmen ⁴³). Es wird erkennbar, daß diese drei geschilderten Vorgänge der Selbstanalyse, der freiwilligen Abänderung nach Vortests (durch Markt- und Meinungsforschung) und der publizistischen Interpretation des eigenen Willens so gut wie nichts mehr mit der herkömmlichen Werbeform des Inserierens gemein haben. Das Aufgeben von Werbeanzeigen, so wehren die Amerikaner deutlich ab, ist nichts weiter als ein „Verkaufen durch das Abdrucken bezahlter Anpreisungen“. Freilich bleibt diese Form der Kundenansprache neben Presse-Information und „public relations“-Arbeit notwendig.

Als beste Zusammenfassung aller deutschen, amerikanischen und sonstigen Fachäußerungen über „public relations“ und ihren Sinn erscheint die wichtige Definition des Heidelberger Dozenten Albert Oeckl. Er ist der Verfasser des maßgeblichen „Handbuches der public relations“ (München 1964). Kürzlich hat er die Frage „Was ist Öffentlichkeitsarbeit?“ folgendermaßen beantwortet:

„Die herrschende Meinung ... versteht unter Öffentlichkeitsarbeit das bewußte, geplante und dauernde Bemühen, gegenseitiges Verständnis und Vertrauen in der Öffentlichkeit aufzubauen und zu pflegen. Das Wort Öffentlichkeitsarbeit als die geeignetste deutsche Wortbildung für public relations drückt ein Dreifaches aus: Arbeit in der Öffentlichkeit, Arbeit für die Öffentlichkeit, Arbeit mit der Öffentlichkeit.“

Die Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit faßt Oeckl in fünf Sätzen zusammen. „Erstens: Agieren, nicht reagieren. Zweitens: Öffentlichkeitsarbeit ist ... aktive Informationspolitik, bedeutet ein Vertrauensklima in der Öffentlichkeit herstellen. Ihr passiver Teil heißt ... Beantwortung von Anfragen, selbst wenn sie unangenehm sind wie etwa bei Unfällen oder Straftaten. Drittens: PR-Arbeit hat die Öffentlichkeit zu unterrichten, aber auch nach innen, teilweise als Rückkoppelung, zu wirken. Man kann sie als Instrument gesellschaftlicher Gegenkontrolle bezeichnen. Viertens: mit Hilfe der individuellen Medien die Rezipienten unmittelbar ansprechen oder über die Massenmedien indirekte Verbindung zum Publikum herstellen und halten. Schließlich fünftens: als Transformator, als Dolmetscher, als Katalysa-

⁴²) Edward L. Bernays, American Public relations, a short history, in: Gazette, Leiden 1956, 2. Jg., H. 2, S. 69—77.

⁴³) Alle Zitate nach: Reginald Clough, Public relations, in: The Encyclopedia Americana, New York und Chicago 1950, Bd. 22, S. 769 ff.

tor zwischen dem Auftraggeber und der Öffentlichkeit tätig werden und kommunikative Reaktionen steuern.“⁴⁴⁾

Auf die Bedeutung der „public relations“ für das Verhältnis von Staat und Öffentlichkeit ist Walter Leisner in seiner Studie „Öffentlichkeitsarbeit der Regierung im Rechtsstaat“ am Beispiel des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (Berlin 1966) ausführlich eingegangen.

5. Öffentlichkeit durch Ehrlichkeit

Was soll mittels der „public relations“ praktisch erreicht werden? In der „Encyclopedia of Advertising“, die Irvin Graham 1955 in New-York herausgegeben hat, findet man in dem Artikel „public relations“ einen Katalog von Zielen aufgezählt. Für den „das Vertrauen der Öffentlichkeit“ Suchenden soll:

1. „... eine bessere Atmosphäre geschaffen werden, die es erlaubt, ohne erhöhte Kosten mehr zu produzieren und abzusetzen.
2. Es soll eine informierte, eine unterrichtete öffentliche Meinung, wohlmeinende Vormeinung, erzielt werden.
3. Die Gemeinschaft (im Ort, im Lande, im Staate) soll darüber Klarheit haben, daß sich das Unternehmen, je besser es ihm geht, je mehr es gestützt wird, sich immer stärker an Stiftungen, an Wohltaten für die Allgemeinheit beteiligen kann. Bei dieser Gelegenheit soll geklärt werden, daß das Unternehmen nützliche Waren erzeugt und der Allgemeinheit wertvolle Dienste leistet.
4. Der Allgemeinheit sollen die Vorteile einer freien, unkontrollierten Wirtschaft klargelegt werden.
5. Die Mitglieder der Gemeinschaft sollen angeregt werden, bei ihrer Stellungssuche an das genannte Unternehmen zu denken. Außerdem sollen die Verbraucher auf die Erzeugnisse des Unternehmens und ihre Verwendbarkeit hingewiesen werden.“

⁴⁴⁾ Albert Oeckl, PR in Deutschland. Ihre Entwicklung, ihr gegenwärtiger Stand und ihre Aussichten in der Zukunft, Hamburg 1967, S. 15; vgl. ferner vom gleichen Verfasser: Öffentlichkeitsarbeit als Arbeit an der öffentlichen Meinung, in: Integritas, Festschrift für Karl Holzamer, Tübingen 1966, S. 447—456. Eine ausgezeichnete Bibliographie enthält Albert Oeckls ‚Handbuch der public relations‘ München 1964.

Bei dergleichen von Graham propagierten Zielen der „public relations“ scheint allerdings die ohnehin nicht stets genau erkennbare Grenze zwischen Aufklärung und Verklärung eindeutig überschritten worden zu sein.

6. „public relations“ und publizistische Mittel

An welche Empfängerschaft sollen sich die „public relations“ richten? Nach Irvin Graham:

1. an das allgemeine Publikum, 2. an die Verbraucher, 3. an die Angestellten und Arbeiter des jeweiligen Betriebes, 4. an die Familien der Betriebsangehörigen, 5. an die Mitglieder der örtlichen und umliegenden Gemeinden, 6. an die Aktionäre.

Auf welche publizistischen Aussageträger werden die „public relations“-Äußerungen mit der Absicht der Veröffentlichung verteilt? Dafür stellt die „Encyclopedia of Advertising“ einen ganzen Katalog auf. Man wendet sich:

1. an Zeitungen, Wirtschaftsblätter, Kundenzeitschriften, Rundfunk und Fernsehen;
2. ferner versendet man Jahresberichte an Teilhaber, Betriebsangehörige und sonstige Personen, deren Einfluß auf andere für die Firma wichtig ist;
3. weiter Hauszeitschriften, die an die Betriebsangehörigen gehen. Informationsdienste, die an Stellen außerhalb des Werkes gesandt werden;
4. ferner Bulletins über neue Planungen, Ausweitungen der Produktion, das Schaffen neuer Modelle;
5. man unternimmt Lehrkurse für Betriebsangehörige, man veranstaltet Lehrgänge für den Nachwuchs;
6. man pflegt die Beziehungen zu den Gewerkschaftsführern und zu den Managern der Wirtschaft, zu den Meinungsbildnern bestimmter sozialer Gruppen;
7. man sendet Briefe der Betriebsleitung direkt an die Heime der Betriebsangehörigen;
8. man zeigt Filme im Werk, man versendet Filme über das Werk an Schulen, Universitäten, Gewerkschaften und andere Gruppen;
9. man gibt Löhnen, Gehältern, Dividenden-Auszahlungen Nachrichten über das Werk bei (z. B. die Werkzeitschrift zur Lohntüte);

10. man treibt bezahlte Werbung in der Presse und im Rundfunk mittels Anzeigen, denen man „public relations“-Charakter gibt (*relatio* = die Nachricht);

11. man veranstaltet Ausspracheabende zwischen Werkleitung und Angestellten;

12. man veranlaßt Tagungen — mit Ansprachen und Filmvorführungen, verteilt dabei Informationsmaterial;

13. man führt Werksbesichtigungen

a) für Betriebsangehörige

b) für die Bevölkerung

c) für reisende Gruppen (Studenten, Gelehrte, Fachleute, Presse) durch;

14. man läßt Bücher über das Unternehmen, seine Geschichte, seine Entwicklung, seine großen Persönlichkeiten schreiben (als Beispieldiene die Robert-Bosch-Biographie von Theodor Heuss);

15. beim Ausschütten der Dividenden verteilt man repräsentative Dokumentationen — sozusagen Werke über das Werk;

16. man schafft Broschüren, Prospekte, Karten, Kalender und verteilt sie mit der Post überall hin ⁴⁵⁾.

Aus solchen erstaunlich vielfältigen Listen geht hervor, wie umfassend „public relations“-Arbeit anzufassen ist. Diese Variabilität der Erscheinungsformen der „public relations“-Praxis beruht auf soziologischen Erkenntnissen von der Wandlung der Unternehmensstruktur und des Absatzmarktes. Über die Kompliziertheit der Zusammenhänge hat Friedrich Fürstenberg berichtet: „Je stärker die gesamtgesellschaftliche Interdependenz der Unternehmensentscheidungen hervortritt, desto wichtiger wird für die Unternehmensführung eine möglichst umfassende Kenntnis der sozialen Interessengruppen, die in irgendeiner direkten oder indirekten Weise die Unternehmenslage beeinflussen können. Das kann einmal ein Hausfrauenverband sein, das andere Mal eine Fraktion im Stadtrat, die über

⁴⁵⁾ Zitate in freier Übersetzung nach Irvin Graham, *Public relations*, in: *Encyclopedia of Advertising*, New York o. J. (etwa 1955), S. 400—405.

die Vergebung von Bauland zu beschließen hat, oder die Lehrerschaft, die die zukünftigen Werksangehörigen erzieht. Die Einrichtung besonderer „public relations“-Abteilungen zeigt die Bedeutung der Pflege außerbetrieblicher, sozialer Kontakte.“ ⁴⁶⁾

Aus solcher Konzentration wird ferner klar, daß die „public relations“-Abteilungen eines großen Unternehmens überall, wie das in der internationalen Literatur gleichlautend gefordert und wie das in der Praxis zumeist geübt wird, der Spitze des jeweiligen Unternehmens direkt zur Seite zu stellen sind. Man darf sagen, daß sie innerhalb des Werkes gewissermaßen jener Stelle ähneln müsse, die beispielsweise in Deutschland früher der Reichspressechef innehatte. Sie muß mit einem freilich veralteten Ausdruck „reichsunmittelbar“ sein ⁴⁷⁾. Der „public relations“-Chef soll ständig Zugang bei allen Leitern des Unternehmens haben. Er muß an allen „Kabinettsitzungen“ (Vorstands- oder Aufsichtsrats-Beratungen) teilnehmen.

In zahlreichen internationalen Publikationen über „public relations“ wird natürlich zum Übertreiben dieser Möglichkeiten verführt. Davor sei im Sinne skeptischer Beobachtungen des Grandseigneurs unter den deutschen Theoretikern der „Öffentlichen Meinung“, Friedrich Lenz, gewarnt. Er konstatierte nämlich: „Eine ‚Vitalsituation‘, wie sie Alexander Rüstow nennt, in der jedermann persönlich ‚betreut‘ wird und jede Institution ‚verankert‘ ist, entspricht nicht mehr den Spielregeln des Bürgertums; die Organisation verringert den Spielraum für autonomes Urteilen und Handeln. Vor den Weltkriegen wurde nur das Pflegen und Verarzten von chronisch Kranken und von Geistesschwachen als ‚Betreuen‘ bezeichnet.“ ⁴⁸⁾

⁴⁶⁾ Friedrich Fürstenberg, *Wirtschaftssoziologie*, Sammlung Götschen, Bd. 1193, Berlin 1961, S. 52.

⁴⁷⁾ Karoline Moser, *Die Geschichte der amtlichen Pressestellen in Österreich von 1849—1871*, Wiener phil. Diss. 1933; Kurt Wappler, *Regierung und Presse in Preußen. Geschichte der amtlichen Pressestellen 1848—1862*, Leipziger phil. Diss. 1935; Walter Vogel, *Die Organisation der amtlichen Presse- und Propagandapolitik des deutschen Reiches von den Anfängen unter Bismarck bis zum Beginn des Jahres 1933*, Sonderheft der „*Zeitungswissenschaft*“, 1941.

⁴⁸⁾ Friedrich Lenz, a. a. O., S. 24.

IV. Ziele der „public relations“

„public relations“ haben mit Reklame nichts zu tun. Mit der direkten Werbung, wie sie über die bezahlte Anzeige erfolgt, haben „public relations“ wenig gemeinsam⁴⁹⁾. „public relations“ können mit Erfolg nur die Persönlichkeit, das Unternehmen, ja die Regierung pflegen, die in voller sozialer Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit ihre Arbeit als einen Dienst an der Allgemeinheit leisten.

1. „public relations“ statt Marktschreierei

Im Zuge der Schweizer Versuche Gottlieb Duttweilers, die Menschen aufzuschließen und sie für neue Gemeinschaften zu gewinnen, wurden allerlei wiederum nicht so neuartige Formen geübt. Etwa die Gründung von „Klubschulen“ für Erwachsene, von „Buch- und Langspielplatten-Clubs“, das Gewähren von Hotelaufenthalten, Gemeinschaftsreisen, das Stiften von Volksparks, Kinderspielplätzen bis zur Wiederbelebung des „Kasperle-Theaters“ als Freizeitunterhaltung für die Kinder von Betriebsangehörigen. *Le grand guignol* ist offenbar als gemeinschaftsbildendes Mittel und als publizistische Aussageform unsterblich.

Aus Amerika berichtet Alan Wilson vom „National Advertising Council“ über die segensreiche Arbeit seiner von der amerikanischen Industrie unterstützten Organisation zur Bekämpfung des Verkehrstodes durch ein Erziehen zur Rücksicht aller durch alle für alle⁵⁰⁾. In dieser Hinsicht hinken manche europäischen Länder nach.

Über die „public relations“-Arbeit seines Werkes sagte E. S. Bowerfind, Direktor einer „public relations“-Abteilung der Stahlindustrie: „Die Wirtschaft geht von der Voraussetzung aus, daß das, was gut ist für die Gemeinde und die Nation, nicht minder gut ist für die Wirtschaft. Wir haben zum Beispiel ein selbstsüchtiges Interesse daran, daß Hochschulen finanziell unabhängig sind, daß unsere Jugend Stätten besitzt, wo sie ihre Freizeit auf konstruktive Weise verbringen kann, daß Ge-

sundheitsorganisationen und Krankenhäuser Mittel haben, um ordnungsgemäß arbeiten und darüber hinaus Forschungsarbeiten unternehmen zu können, daß Organisationen, die der Aufrechterhaltung und Stärkung unserer Freiheiten dienen, arbeiten und progressiv sind. . . Wir glauben, daß die Unterstützung konstruktiver Programme zu den Verpflichtungen der Wirtschaft gehört.“⁵⁰⁾

2. „public relations“ aus sozialer Verpflichtung

Wer an der Allgemeinheit verdient, ist verpflichtet, ihr zu dienen. Wer der Gemeinschaft in freiwilliger Weise, auf fruchtbare Art und in sinnvollem Ausmaß zurückgibt, was er von ihr erhielt, der wird die Aufmerksamkeit, das Vertrauen, ja, in Epochen der Krise sogar die Hilfsbereitschaft der Öffentlichkeit dafür eintauschen. Die Einsicht in das Gesetz der gegenseitigen Hilfe, welche aus dem gegenseitigen Vertrauen resultiert, liegt der „public relations“-Arbeit zugrunde. Ein erneuertes soziales Bewußtsein, aus dem heraus der Schaffende beteiligt, aus dem er bei der Bemessung seines Verdienstes am Verdienen des Organisierenden gebührend berücksichtigt wird, verwandelt ihn vielleicht doch aus einem Arbeitstier in einen mitverantwortlich fühlenden Partner. Hierin liegt die Vorbedingung für das Gewinnen von Vertrauen in der Öffentlichkeit und vor der Öffentlichkeit.

Kein Zweifel kann darüber herrschen, daß nur ein geringer Teil der Unternehmer und Verdienner bisher begriffen hat, was „public relations“ in internationaler Theorie und Praxis heißen. Aus freiwilliger und verantwortungsbewußter Mitarbeit aller am Gemeinwohl entsteht das „Vertrauen der Öffentlichkeit“.

Natürlich hat es allezeit Unternehmer gegeben, die sich ihrer Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit bewußt waren. Theodor Heuss schildert in seiner Friedrich Naumann-Biographie, wie jener Sozialreformer und Publizist

⁴⁹⁾ Erklärung des „Gesamtverbandes der deutschen Zeitungsverleger“: Public relations und unbezahlte Wirtschaftswerbung, in: „Die Anzeige“, Reutlingen, 30. Jg., H. Oktober 1956, S. 996—998. Weitere Artikel zum Problem der „public relations“-Anzeige von Fachmännern wie Körte und Kropff siehe ebenfalls in: „Die Anzeige“, besonders die Jahrgänge 1956—1969.

⁵⁰⁾ Alan Wilson, The National Advertising Council (NAC), in: Protokolldienst der Pressestelle der Evangelischen Akademie Bad Boll, 1957, Nr. 3, Teil 3.

⁵¹⁾ E. S. Bowerfind, Kann man den Bürgersinn organisieren?, in: Protokolldienst der Pressestelle der Evangelischen Akademie Bad Boll, 1957, Nr. 3, Teil 3.

Friedrich Naumann den deutschen Industriellen Robert Bosch gesehen hat: „Für Naumann bildete Bosch schon seit Jahren durch seine technisch-ökonomische Leistung und durch seine sozial-politische Haltung den Idealtypus eines deutschen Industrieunternehmers: Verbindung von höchster Arbeitsqualität und sauberer und verantworteter Formung, großartiger Unbefangenheit gegenüber der Arbeiterbewegung, die in der Einführung des Achtstundentages, in der guten Entlohnung ohne patriarchalische Bindung ihm beispielhaft erscheinen mußte.“⁵²⁾ Allerdings sind Industrielle wie Robert Bosch selten. Außerdem ist „... das Management in der Mehrzahl neuerer Unternehmungen nicht mehr identisch mit den Eigentümern“, kommentiert Ralf Dahrendorf die veränderte Situation⁵³⁾.

Eine Persönlichkeit wie Robert Bosch hat noch ihr ganzes Leben als eine einzige Verpflichtung gegenüber dem Werk und seinen Arbeitern, gegenüber der Allgemeinheit und der Zukunft des Menschen aufgefaßt. Dafür bringt Theodor Heuss Dutzende von Belegen. Somit bleibt Bosch für die gegenwärtigen Industriekörperschaften und deren Leiter ein beherzigenswertes Beispiel, das an ihre Verpflichtung zur Förderung der Wissenschaft gemahnt. Die heutige Industrie denkt in vererbter Kurzsichtigkeit stets nur an die technischen Disziplinen, wenn sie überhaupt einmal etwas für die Forschung und Lehre zu leisten bereit ist. Klüger wäre es, auf Nahsicht den modernen sozialen Disziplinen, auf Weitsicht den Geisteswissenschaften mit ihrer schöpferischen Philosophie zu helfen. Das von Theodor Heuss über Robert Bosch berichtete Beispiel lautet: „Die Sicherung des Planes einer freien deutschen Hochschule für Politik erfolgte im Sommer 1917 durch den Entschluß von Robert Bosch in Stuttgart, eine große Stiftung zur Verfügung zu stellen.“⁵⁴⁾ Jene Hochschule hat während der Weimarer Republik segensreich gewirkt. Welch nachahmenswertes Beispiel verwirklichter „public relations“!

3. „public relations“ als publizistische Aufgabe

Die höchste Auslegung des Begriffes „public relations“ liegt in der sozialen Tat, in der

⁵²⁾ Theodor Heuss, Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit, 2. Aufl., Stuttgart und Tübingen, S. 412.

⁵³⁾ Ralf Dahrendorf, Industrie- und Betriebssoziologie, a. a. O., S. 78.

⁵⁴⁾ Theodor Heuss, Bosch, a. a. O., S. 411.

offenherzigen Mitarbeit der Mächtigen am Wohlergehen der Allgemeinheit. Helfen, fördern, aufbauen, für die Heranwachsenden und die Kommenden sorgen, an der Zukunft mitwirken, lautet die Forderung. Mit schämiger Gewinn gier und kulturlosem Verprassen hat das nichts gemeinsam. Der Sinn der „public relations“ ist bei solchem Auslegen mehr als die modische Appretur eines Nurmanagement des modernen Industrialismus. Sie ist mehr als ein beliebig ansteckbares Ornament aus dem publizistischen Bereich, das man sich zur bereits bestehenden Pressestelle des Betriebes oder der Behörde hinzukaufft.

Kann man wirklich alles kaufen?

Zu den unkäuflichen Erscheinungen des Lebens gehört indessen: das Vertrauen der Öffentlichkeit. Vertrauen gewinnen, Vertrauen genießen, sich das Vertrauen erhalten — im letzten Grunde ist es die Antwort auf die eigene Haltung. Das ist das ganze Geheimnis, das hinter der als Import-Chiffre überflüssigen anglo-amerikanischen Wortprägung „public relations“ steckt. „Die Pflege der guten Beziehungen eines Betriebes zur Öffentlichkeit der ihn umgebenden Gesellschaft“⁵⁵⁾, das versteht der Hamburger Soziologe Helmut Schelsky unter „public relations“. In Anlehnung an die schlichte Übersetzung der Worte *public* = „Öffentlichkeit“ und *relatio* = „Unterrichtung“ sei abschließend wiederholt: man spreche in Zukunft klar vom Bemühen um „das Vertrauen der Öffentlichkeit“!

Diese Arbeit für Unternehmer, Verwaltungen, Organisationen, Regierungen, Parteien, ja sogar Kirchen zu leisten, ist der Publizist mit seinem Wissen, seinem Können, seiner Form, seinem Stil berufen. In einem Essay über „Die publizistische Persönlichkeit“ sagt Emil Dovifat: „Der Publizist wird die große Aufgabe der Anpassung beherrschen müssen, zu einem Ziele aber, das nicht durch die Gesinnung des Geldes, sondern des sozialen und kulturellen Gewissens bestimmt ist.“⁵⁶⁾

Eingangs wurde mit Schopenhauer vor einem bedenkenlosen Verwenden modischer Schlagworte gewarnt. Zum Schluß sei aus einem klassischen Werke der Staatstheorie ein Pausus zitiert, der besagt, was einsichtige Menschen unter „public relations“ verstehen mö-

⁵⁵⁾ Schelsky, a. a. O.

⁵⁶⁾ Emil Dovifat, Die publizistische Persönlichkeit, in: Gazette, Leiden 1956, 2. Jg., H. 3, S. 167—172.

gen. In seiner *Utopia* hat Thomas Morus 1516 gesagt:

„Für dein eigenes Wohl zu sorgen, ohne die Gesetze zu verletzen, gebietet die Klugheit, darüber hinaus an das öffentliche Wohl zu denken, das Pflichtgefühl. Jedoch deinem Nächsten sein Vergnügen unbekümmert entreißen, wenn du nur dein eigenes erjagst, das ist allemal Unrecht. Vielmehr dir selber etwas abzuziehen, um es anderen zuzulegen, ist

Pflicht der Menschlichkeit und Güte und nimmt dir niemals so viel von deinem Glück, als es dir wieder einbringt. Denn es wird später durch die Gegenleistung anderer Wohltaten aufgewogen, und überdies bringt das bloße Bewußtsein, Gutes getan zu haben und der Gedanke an die Liebe und das Wohlwollen der von Dir Beschenkten deinem Herzen Freude.“⁵⁷⁾

⁵⁷⁾ Thomas Morus, „Utopia“ 1516.

Gefahren für die Freiheit von Rundfunk und Fernsehen?

In Diskussionen über zeitkritische Fernsehsendungen wie PANORAMA, MONITOR oder REPORT wird immer wieder gefragt: Sind Rundfunk und Fernsehen in der Bundesrepublik Deutschland tatsächlich frei? Können die Journalisten in den Anstalten des öffentlichen Rechts sagen, was sie meinen und denken? Wer gefährdet und bedroht die Unabhängigkeit von Rundfunk und Fernsehen — die Parteien, die Verbände, die Rundfunk- und Verwaltungsräte, die Intendanten oder die Journalisten selbst? Die folgenden Ausführungen erörtern strukturelle Schwächen der westdeutschen Rundfunk- und Fernsehanstalten, untersuchen Vor- und Nachteile der pluralistischen und parlamentarischen Rundfunkräte und wollen Möglichkeiten aufzeigen, wie die Unabhängigkeit der Anstalten des öffentlichen Rechts verbessert werden kann.

Nach den Erfahrungen in der Weimarer Republik und während des nationalsozialistischen Regimes lag nach 1945 der Gedanke nahe, die Neutralität und Überparteilichkeit des Rundfunks institutionell durch Kontrollgremien abzusichern, in denen das Volk auf breiter Basis repräsentiert wurde. Dieses Ziel strebten zunächst alle Rundfunkgesetze an, die unter alliierter Einfluß entstanden. Daran änderte sich

auch nichts, als später die Rundfunkgesetzgebung in deutschen Händen lag. In fast wörtlicher Übereinstimmung heißt es in allen Rundfunkgesetzen, der Rundfunkrat vertrete die Interessen der Allgemeinheit, der Öffentlichkeit bzw. der Rundfunkhörer. Diesem Anspruch glaubten die westlichen Alliierten am besten durch einen Rundfunkrat gerecht werden zu können, dem die Vertreter zahlreicher gesellschaftlicher Gruppen angehörten. Ihr Mißtrauen gegenüber der Staatsgewalt kam darin zum Ausdruck, daß sie den Regierungen und Parlamenten nur wenige Sitze im Rundfunkrat zubilligten. Wenngleich die Landtage später häufig ihren Einfluß verstärkten, so blieb doch die Grundkonzeption der Besatzungsmächte beim Bayerischen Rundfunk, dem Hessischen Rundfunk, dem Süddeutschen Rundfunk, Radio Bremen und dem Südwestfunk erhalten. Die Rundfunkräte dieser Anstalten bestehen zum großen Teil aus Mitgliedern gesellschaftlicher Gruppen, daher die Bezeichnung pluralistischer Rundfunkrat. Die Rundfunkgesetze der erwähnten Anstalten führen die gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen auf, die berechtigt sind, ein Mitglied oder mehrere in den Rundfunkrat zu entsenden.

Die „gesellschaftlich relevanten Kräfte“

Den Regierungen und Parlamenten der Länder fiel die Aufgabe zu, jene gesellschaftlichen Gruppen ausfindig zu machen, die als Repräsentanten der Allgemeinheit fungieren können. Diese Verpflichtung, ursprünglich von den Besatzungsmächten auferlegt, dann auch freiwillig von einigen Landesgesetzgebern übernommen, besteht auch heute noch nach dem Fernseh-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 28. Februar 1961, in dem es heißt, die Organisationsform des Rundfunks müsse eine hinreichende Gewähr dafür bieten, „... daß in ihr in ähnlicher Weise wie in der öffentlich-rechtlichen Anstalt alle gesellschaft-

lich relevanten Kräfte zu Wort kommen“¹⁾. An anderer Stelle des Urteils wird betont: „Art. 5 GG verlangt jedenfalls, daß dieses moderne Instrument der Meinungsbildung weder dem Staat noch einer gesellschaftlichen Gruppe ausgeliefert wird. Die Veranstalter von Rundfunkdarbietungen müssen also so organisiert werden, daß alle in Betracht kommenden Kräfte in ihren Organen Einfluß haben.“²⁾

¹⁾ Der Fernsehstreit vor dem Bundesverfassungsgericht, hrsg. von Günter Zehner, Bd. 2, Karlsruhe 1965, S. 332.

²⁾ Der Fernsehstreit ... , S. 332/333.

Das Bundesverfassungsgericht läßt offen, welche gesellschaftlichen Kräfte berücksichtigt werden müssen und auf Grund welcher Kriterien ihre Relevanz zu ermitteln ist. Auf der einen Seite wird verlangt, *alle* gesellschaftlichen Kräfte von Bedeutung zu Wort kommen zu lassen, und auf der anderen Seite wird verboten, den Rundfunk nur dem Staat oder *einer* gesellschaftlichen Gruppe auszuliefern. Nach wie vor muß also der Gesetzgeber entscheiden, wer die „gesellschaftlich relevanten Kräfte“ sind.

In der Vergangenheit haben die Landtage diese Frage recht unterschiedlich beantwortet. Um zwei extreme Lösungen zu nennen: Im Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks sind neben der Regierung, dem Landtag und dem Senat 24, im entsprechenden Gremium des Hessischen Rundfunks jedoch neben der Landesregierung und dem Landtag nur zehn Verbände und Institutionen vertreten. Ein wichtiges Auswahlkriterium war die Mitgliederzahl, ein anderes die öffentliche oder kulturelle Bedeutung der Verbände und Institutionen.

Orientierte man sich allein an der zahlenmäßigen Stärke, kämen außer den Gewerkschaften und den Kirchen kaum noch andere Vereinigungen zum Zuge. Die Beschränkung auf das quantitative Merkmal führt zu einer Unterdrückung der Minderheiten und ist daher abzulehnen. Auch der Vorschlag Herbert Krügers, die „öffentliche Bedeutung“ der Verbände als Auswahlkriterium zu verwenden³⁾, führt nicht weiter. „Öffentliche Bedeutung“ und „kulturelle Bedeutung“ sind ebenso interpretationsbedürftige Begriffe wie der Ausdruck „gesellschaftlich relevante Kräfte“ — in jedem Fall läßt sich das Gemeinte mehr errahnen als genau fixieren.

Diese Skepsis ist berechtigt. Die erheblich voneinander abweichende Zusammensetzung der Rundfunkräte des pluralistischen Typs unterstreicht den Mangel an exakt definierbaren Auswahlkriterien. In manchen Rundfunkräten sind Verbände und Institutionen vertreten, deren Bedeutung für die Allgemeinheit in der Tat recht zweifelhaft ist. Wer sich, um ein Beispiel zu nennen, nur dann an den Debatten im

³⁾ Vgl. Herbert Krüger, Der Rundfunk und die politisch-sozialen Gruppen, in: Rundfunk und Fernsehen, 3. Jg. 1955, H. 4, S. 372.

Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks beteiligt, wenn es um die Verteilung der Kulturhilfe geht, muß sich auch die Frage gefallen lassen, ob sein Verhalten noch etwas mit der in Anspruch genommenen Vertretung der Interessen der Allgemeinheit zu tun hat.

Der Vorwurf, die Auswahl der entsendungsberechtigten Verbände und Institutionen sei willkürlich vorgenommen worden⁴⁾, erscheint zwar ein wenig zu hart, weil er die Bemühungen um die Suche nach quantitativen und qualitativen Maßstäben von vornherein negiert, ist aber im Kern berechtigt; kein Wunder, daß er immer wieder von jenen erhoben wird, die nicht im Rundfunkrat mitwirken können und sich von den Landtagsfraktionen mit dürftigen Argumenten abspesen lassen müssen. Hinzu kommt, daß die einmal durch Gesetz verankerte Vertretung der gesellschaftlichen Gruppen im wichtigsten Aufsichtsgremium der Rundfunkanstalten zu starr ist, um neue Kräfte zu berücksichtigen, deren öffentliche Bedeutung nicht zu bestreiten ist. Als die Studenten beispielsweise Mitte der sechziger Jahre in der Öffentlichkeit von sich reden machten, blieb die Vertretung der Hochschulen in den Rundfunkräten unverändert. Dort fungierten weiterhin die Professoren als die Repräsentanten der Universitäten, obwohl hinlänglich bekannt war, daß Hochschullehrer in vielen Fragen anders denken als Studenten und bestenfalls als die Vertreter eines Teils der Interessen der Universitäten betrachtet werden können. In den letzten zwanzig Jahren hat sich die Zusammensetzung der Rundfunkräte so gut wie überhaupt nicht geändert. In den Kreis der von Anfang an am pluralistischen Machtverteilungsprozeß Beteiligten sind keine neuen Gruppen eingedrungen, obwohl neue Gruppen — wie beispielsweise die Studenten — neue Machtpositionen innerhalb der Gesamtgesellschaft eroberten. Hier zeigt sich, daß der Pluralismus, als Struktur- und Organisationsprinzip der industriellen Gesellschaft unverzichtbar geworden, ein konservatives Instrument ist, das sich Veränderungen in der Gesellschaft äußerst schwerfällig anpaßt⁵⁾.

⁴⁾ Vgl. Karl August Bettermann, Rundfunkfreiheit und Rundfunkorganisation, in: Deutsches Verwaltungsblatt, H. 2 v. 15. 1. 1963, S. 43.

⁵⁾ Vgl. Kurt Sonthheimer, Politische Berichterstattung im Fernsehen und gesellschaftliche Kontrolle, in: Publizistik, Jg. 14, H. 2, 1969, S. 156.

Mangelnde demokratische Legitimierung

Die Vertreter der gesellschaftlich relevanten Gruppen verdanken ihre Stellung im Rundfunkrat einer relativ zufälligen Entscheidung der Landtage. Ihnen fehlt außerdem häufig die demokratische Legitimierung, für einen Verband oder eine Institution zu sprechen, da ihre Entsendung längst nicht immer auf einer Wahlentscheidung der Mitgliedschaft beruht⁶⁾. Wenn sie in den Vorstand einer Gruppe gewählt worden sind, ist ihr Auftrag — die Übernahme der Interessenvertretung im Rundfunkrat — nicht selten noch gar nicht definiert. Nun gilt im allgemeinen, daß die Verbandsführungen dem einzelnen Mitglied „... als eine seinem Einfluß und seiner Beurteilungsmöglichkeit weitgehend entzogene Bürokratie...“⁷⁾ entgegentreten. Da Verbandspolitik „... immer mehr den Charakter von Verbandsbüro-Politik...“⁸⁾ annimmt, sind also Diskrepanzen zwischen dem Wollen der Verbandsmitglieder und dem Tun der Verbandsführung unvermeidlich⁹⁾. Wenn aber diese generelle Beobachtung schon für die Hauptziele der Verbandstätigkeit Gültigkeit hat, wie wenig kann dann erst davon die Rede sein, daß die Verbandsvertreter bei Nebenzielen wie der Mitwirkung im Rundfunkrat die tatsächlichen Wünsche ihrer Mitglieder zur Sprache bringen¹⁰⁾. Damit soll keineswegs gesagt werden, daß ein imperatives Mandat wünschenswert wäre. Dadurch würde das einzelne Rundfunkratsmitglied handlungs- und kompromißunfähig. Die Rundfunkgesetze betonen deshalb ausdrücklich die Freiheit von Weisungen und Aufträgen. Jank schließt daraus, daß die Stel-

lung der Ratsmitglieder „... deutliche Parallelen zu der des Abgeordneten aufweist, der sich ebenfalls nach bestem Wissen und Gewissen für das Gemeinwohl einzusetzen hat“¹¹⁾. Dieser Vergleich hinkt aus mehreren Gründen: Die Abgeordneten sind gewählte Vertreter des Volkes, und ihr Handeln ist demokratisch legitimiert. Sie wirken in der Öffentlichkeit und legen vor ihr Rechenschaft ab. Die Rundfunkratsmitglieder, die Verbände und Institutionen vertreten, sind in der Regel nicht für diese spezielle Funktion von der Mitgliedschaft gewählt worden. Sie tagen zumeist hinter verschlossenen Türen und rechtfertigen ihre Entscheidungen weder vor der Öffentlichkeit noch vor jenen, denen sie ihr Mandat verdanken.

Die demokratische Legitimierung wird noch zweifelhafter bei den Gremienmitgliedern, die als Vertreter mehrerer Institutionen und Verbände agieren. Beim Bayerischen Rundfunk wählt zwar beispielsweise ein aus 15 Personen bestehendes Wahlmännergremium die Rundfunkratsvertreter für die Organisationen der Erwachsenenbildung, doch befindet das Kultusministerium darüber, welche Organisationen mit wieviel Stimmen im Wahlmännergremium vertreten sind¹²⁾. Hier treten in konzentrierter Form die entscheidenden Schwächen des pluralistischen Rundfunkrats auf: die relative Zufälligkeit in der Auswahl der gesellschaftlich relevanten Gruppen und ihre mangelnde demokratische Legitimierung. Damit ist zugleich fraglich geworden, ob hier überhaupt von einer Repräsentation der Interessen der Hörer und Zuschauer gesprochen werden kann, denn Repräsentation setzt nach Scheuner voraus, „... daß die Beziehungen zwischen den Vertretern und den Vertretenen so eng gestaltet sind, daß das Handeln der ersteren als das des Ganzen zu gelten vermag“¹³⁾.

⁶⁾ Vgl. Helmut Ridder, Kirche — Staat — Rundfunk. Grundsatzfragen ihrer Rechtsbeziehungen in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Karl Becker und Karl-August Siegel, Frankfurt am Main 1958, S. 39. Vgl. ferner Klaus Wasmund, Rundfunkrat und Verwaltungsrat des Senders Freies Berlin als Beispiel für den organisierten Pluralismus, Diplomarbeit am Otto-Suhr-Institut an der FU Berlin, Berlin 1967, S. 37.

⁷⁾ Heinz Josef Varain, Parteien und Verbände, Köln und Opladen 1964 (= Staat und Politik Bd. 7), S. 326.

⁸⁾ Ebenda.

⁹⁾ Vgl. Siegfried Pausewang, Öffentliche Meinung und Massenmedien, in: Einführung in die politische Wissenschaft, hrsg. von Wolfgang Abendroth und Kurt Lenk, Bern und München 1968, S. 302.

¹⁰⁾ Vgl. Kurt Sontheimer, Hochgejubelte Studenten?, in: Die Zeit Nr. 45 v. 8. 11. 1968, S. 21.

¹¹⁾ Klaus Peter Jank, Die Rundfunkanstalten der Länder und des Bundes, Berlin 1967 (= Schriften zum öffentlichen Recht, Bd. 60), S. 43. Die irreführende Bezeichnung „Rundfunkparlament“ verwendet auch Carl Haensel. Vgl. Carl Haensel, Staat und Rundfunk, in: Deutsches Verwaltungsblatt 1957, H. 13, S. 450.

¹²⁾ Vgl. Süddeutsche Zeitung Nr. 64 v. 15. 3. 1960, S. 10.

¹³⁾ Ulrich Scheuner, Politische Repräsentation und Interessenvertretung, in: Die öffentliche Verwaltung, 18. Jg., H. 17/18, S. 579.

Parteipolitische Gesichtspunkte

Während die bisher erwähnten Rundfunkanstalten den in den Rundfunkgesetzen genannten Gruppen und Institutionen von vornherein Sitze im Rundfunkrat einräumen, hängt deren Vertretung im Rundfunkrat des Norddeutschen und Westdeutschen Rundfunks von der Entscheidung der Parlamente ab. Diesen parlamentarischen Rundfunkräten und denen von ihnen gewählten Verwaltungsräten, die im übrigen hinsichtlich ihrer Kompetenzen eher mit den pluralistischen Rundfunkräten vergleichbar sind, wird — vor allem von kirchlicher Seite — vorgeworfen, sie politisierten den Rundfunk. Nachweislich wählen die Parlamentsfraktionen die Mitglieder der Aufsichtsgremien nach parteipolitischen Gesichtspunkten. Die Befürchtung, die parlamentarischen Rundfunkräte würden zu Spiegelbildern der politischen Kräfteverhältnisse der Parlamente, hat sich in der Tat als berechtigt erwiesen; sie trifft jedoch in ähnlicher Form auch für den pluralistischen Rundfunkrat zu — nur mit dem Unterschied, daß im einen Fall das parteipolitische Moment in der öffentlichen Wahl durch den Landtag klar zum Ausdruck kommt, während es im anderen Fall von den Verbänden und Institutionen stillschweigend einkalkuliert wird¹⁴). Im übrigen hat sich hinsichtlich der Arbeitsfähigkeit der Aufsichtsgremien herausgestellt. "... daß reine Interessenvertreter ohne jegliche Bindung an eine Partei oder ohne irgendeine politische Auffassung ein viel stärkeres Hemmnis im Funktionieren der Gremien sind als die Vertreter des politischen Lebens selbst"¹⁵).

Unter der Politisierung des Rundfunks wird ferner die Abhängigkeit der Kontrollinstanzen einer Anstalt von parteipolitischen Kräften verstanden. Richtig ist, daß die Landtagsvertreter in den parlamentarischen Rundfunkräten ihren Fraktionen gegenüber rechenschaftspflichtig sind — genauso wie die Landtagsvertreter der pluralistischen Rundfunkräte. Alle anderen vom Parlament gewählten Rundfunkratsmitglieder können natürlich auch Parteiin-

teressen vertreten¹⁶), haben sich aber nach ihrer Wahl vor keiner Fraktion zu verantworten und sind deshalb eventuell unabhängiger als manche Mitglieder des pluralistischen Rundfunkrats, die den Verbandsvorständen gegenüber ihre Entscheidungen rechtfertigen müssen.

Von der parteipolitischen Zusammensetzung der Aufsichtsgremien werden vor allem ungünstige Auswirkungen auf die Personalpolitik erwartet. Der Parteienproporz in der Besetzung leitender Stellungen hat sich zum Beispiel beim Norddeutschen Rundfunk — einer Anstalt mit einem parlamentarischen Rundfunk- und Verwaltungsrat — kraß bemerkbar gemacht. Das ist jedoch keine Ausnahme. In allen Rundfunkanstalten spielt der Proporz an der Spitze eine wichtige Rolle. Bei keiner Anstalt sind die parteipolitischen Gewichte völlig anders verteilt als in dem Bundesland, das für die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen der Anstalt zuständig ist¹⁷).

Daraus folgt: Der Vorwurf, parlamentarische Rundfunkräte führten zu einer Politisierung des Rundfunks, gilt in allen Varianten auch für die pluralistischen Rundfunkräte. Parteipolitische Überlegungen sind in der Parteidemokratie bei keinem Konstitutionsprinzip ausschaltbar¹⁸). Zwei Vorzüge hat der parlamentarische Rundfunkrat: 1. Für ihn spricht, daß seine Zusammensetzung nicht starr gesetzlich festgelegt ist, sondern vom Parlament entsprechend der jeweiligen gesamtgesellschaftlichen und politischen Situation variabel gehandhabt werden kann unter Verzicht auf die langwierige parlamentarische Prozedur einer Gesetzesänderung. Ähnlich wie beim pluralistischen Rundfunkrat unterliegt allerdings auch beim parlamentarischen die Auswahl der Verbände und Institutionen, deren Kandidaten zum Zuge kommen, einer gewissen Willkür. 2. Wenn es überhaupt eine Instanz gibt, die zur Wahl der Mitglieder der Aufsichtsgremien demokratisch legitimiert ist, dann sind es die Parlamente¹⁹).

¹⁴) Vgl. Willi Eichler, Das Parlament als Repräsentant der Öffentlichkeit im Rundfunk, in: Die Freiheit des Rundfunks, München 1956 (= Schriftenreihe der Evangelischen Akademie für Rundfunk und Fernsehen H. 1), S. 37.

¹⁵) Der Rundfunk im politischen und geistigen Raum des Volkes, hrsg. vom Nordwestdeutschen Rundfunk, Rundfunkschule, Hamburg 1952, S. 22.

¹⁶) Das geschieht auch in der Praxis, wie ein Blick in die Protokolle der Aufsichtsgremien des NDR und des WDR zeigt.

¹⁷) Vgl. Die Freiheit des Rundfunks ... , S. 18.

¹⁸) Vgl. Klaus von Bismarck, Immer mehr Proporz im Rundfunk?, Köln 1966, S. 26.

¹⁹) Anderer Auffassung u. a. Karl Holzamer, Kulturpolitik und Rundfunkorganisation, in: Rundfunk und Fernsehen, 3. Jg., 1955, H. 4, S. 374—378.

Im NDR-Staatsvertrag und WDR-Gesetz haben die Landtage aus guten Gründen ihre eigene Vertretung im Rundfunkrat zahlenmäßig beschränkt. Wäre der Rundfunkrat nichts anderes als ein Ausschuß des Landtags, würden die fraktionsmäßigen Bindungen sicherlich in einem Übermaß wirksam. Darüber hinaus ergäben sich verfassungsmäßige Bedenken, weil die Rundfunkanstalten ihrer Kritikfunktion nicht mehr gerecht werden könnten, wenn diejenigen, die sich als Parlamentarier der öffentlichen Kritik stellen müssen, gleichzeitig im Besitz des Überwachungsmonopols für die Ver-

öffentlichung der Kritik wären²⁰⁾. Gewiß gewähren der NDR-Staatsvertrag und das WDR-Gesetz den Parlamentariern in einem gewissen Rahmen die Freiheit, außerhalb des Landtags aus jenen gesellschaftlichen Gruppen, die sie für relevant halten, Vertreter für den Rundfunkrat zu wählen. Dennoch hat sich die Befürchtung, die Kirchen würden auf diese Weise „... Aftermieter der politischen Parteien, noch dazu ohne Anspruch auf Mieterschutz ...“²¹⁾, als nicht berechtigt erwiesen, weil die Kirchen in allen Rundfunkräten des NDR und WDR vertreten waren.

Handel um Posten

Nach dieser vergleichenden Darstellung der Vor- und Nachteile der unterschiedlich strukturierten Kontrollgremien wenden wir uns einigen Vorwürfen zu, die dem gegenwärtigen Rundfunksystem in der Bundesrepublik gemacht werden. Eine populäre These heißt: In den Funkhäusern regiert der Proporz; statt beruflicher Qualifikation entscheidet das Parteibuch bei der Auswahl der Bewerber²²⁾. Obwohl es durchaus nicht an eindrucksvollen Beispielen zur Verifizierung dieser These mangelt — erinnert sei nur an die Intendantenwahlen²³⁾ —, bedarf diese aktuelle Variante des traditionellen Antiparteienaffekts einer kritischen Prüfung. Angesichts der Wirkungsmöglichkeiten des Rundfunks und vor allem des Fernsehens im politischen Bereich und der Stellung der Rundfunkanstalten in der demokratisch verfaßten Gesellschaft verbleiben — abgesehen vom künstlerischen Sektor — unter den für das Programm im weitesten Sinne verantwortlichen Spitzenpositionen nur ganz wenige, die mit Personen ohne politisches Engagement besetzt werden können. Dieses Engagement gehört also zur beruflichen Qualifikation — die Gegenüberstellung des beruflich Qualifizierten und des in einer Partei Engagierten ist eine Verkennung der Tatsache, daß in der parteienstaatlichen Demokratie Führungspositionen in Rundfunkanstalten po-

litische Funktionen sind, die nur in der Fiktion von Überparteilichen wahrgenommen werden können. Wichtige Stellungen sollten nicht in einem leichtfertigen Kuhhandel an unqualifizierte Parteimitglieder vergeben werden, aber grundsätzlich ist andererseits das negative Vorzeichen, mit dem die öffentliche Kritik leichtfertig den Parteibuchbewerber um einen lukrativen Posten im Rundfunk versieht, ebenso wenig angebracht wie das positive, das die Parteien von vornherein den Kandidaten aus den eigenen Reihen geben.

Allerdings ist die Vorstellung, die Parteien beherrschten personalpolitisch die Funkhäuser, aus mehreren Gründen korrekturbedürftig. Normalerweise wird zwar ein Kommentator oder Moderator, dessen Anstellung beispielsweise vor allem von den SPD-Mitgliedern des Aufsichtsgremiums befürwortet wurde, weil er der SPD angehört, in seinen Beiträgen eher die SPD- als die CDU-Politik positiv beurteilen. Das schließt aber Kritik an der eigenen Partei nicht aus. Wiederholt konnte beobachtet werden, so bei dem CSU-Mitglied Hans Heigert, dem REPORT-Moderator des Bayerischen Rundfunks, und dem PANORAMA-Chef Joachim Fest, der als CDU-Mitglied diese Position beim NDR erlangte, daß sich Journalisten, die ursprünglich als Vertraute einer bestimmten Partei galten, in politischen Fragen Ansichten vertraten, die mit der offiziellen Linie ihrer Partei ganz und gar nicht übereinstimmten. 1963 stellte die Zeitschrift „die feder“ fest: „Die Mehrzahl der Intendanten, Programmdirektoren und Chefredakteure gehört der CDU an oder steht ihr zumindest so nahe, daß sie von den jeweiligen CDU-Mehrheiten in den Aufsichtsgremien für ihre Position benannt worden ist. Die demokratischen Publizisten haben

²⁰⁾ Vgl. Helmut Lenz, Rundfunkorganisation und öffentliche Meinungsbildungsfreiheit, in: Juristenzeitung, 18. Jg., Nr. 11/12 v. 14. 6. 1963, S. 347.

²¹⁾ Die Freiheit des Rundfunks ... , S. 16.

²²⁾ Vgl. Peter Miska, Die Rundfunkfreiheit schwindet immer mehr dahin, in: Frankfurter Rundschau Nr. 156 v. 9. 7. 1966, S. 3.

²³⁾ Vgl. Ernst Müller-Meinungen, Ist die Rundfunkfreiheit in Gefahr?, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 257 v. 26./27. 10. 1963, S. 4.

aber offenbar nicht alle Erwartungen erfüllt, die von gewissen Kräften in der Bundesrepublik und im Parteiapparat der CDU an ihre Tätigkeit in den Rundfunkanstalten gesetzt worden sind. Sie sind nämlich unabhängig genug geblieben, um sich, nur ihrem publizistischen Gewissen verantwortlich, eine eigene Meinung bewahrt zu haben.“²⁴⁾ Mit anderen Worten: Parteifesseln können durch Zivilcourage gesprengt werden, ja, sie müssen häufig sogar gesprengt werden, wenn sich der Journalist einer Rundfunkanstalt nicht als ein schlechter Treuhänder unterschiedlicher Meinungen erweisen und das Vertrauen seiner Mitarbeiter aufs Spiel setzen will²⁵⁾.

Schwierigkeiten der Außenseiter

Eins läßt sich allerdings nicht leugnen: Außenseiter, die Meinungen vertreten, die von keiner und in keiner Partei geäußert werden, haben es bei allen Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik — ganz gleich, ob es sich um den parlamentarischen oder den pluralistischen Rundfunkrat handelt — schwer, überhaupt in führende Stellungen zu gelangen oder, falls einmal der Durchbruch nach oben erzielt wurde, nicht leicht, sich dort zu behaupten. Diese Entwicklung bahnte sich sogleich nach Verabschiedung der Rundfunkgesetze an. Bereits 1950 schrieb Helmut Schoeck: „Kommentatoren, vor deren Kritik sich sämtliche Parteien zu fürchten haben, werden bei uns offenbar nicht ertragen.“²⁶⁾

In Einzelfällen — im Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks Ernst Müller-Meinungen, im Fernsehrat des ZDF Waldemar Besson — haben sich Mitglieder der Aufsichtsgremien dafür eingesetzt, daß auch Beiträge ausgestrahlt werden, die den Parteien und Verbänden nicht genehm sind; aber diese Stimmen sind Ausnahmen von der Regel geblieben. Eigentlich sollte es ja umgekehrt sein; denn die Rundfunkgesetze betonen ausdrücklich, die Mitglieder der Rundfunkräte seien nicht Vertreter einer Partei, einer Konfession, eines Standes oder einer Organisation. Diese Bestimmung gibt zwar dem unabhängig Urteilenden eine gewisse Rückenstärkung, ist aber in der Praxis nicht mehr als eine letzte Zufluchtmöglichkeit

Da in allen großen politischen Parteien viele politische Positionen und Konzeptionen durchaus umstritten und linke und rechte Flügelbildungen an der Tagesordnung sind, ist es dem einzelnen Journalisten, selbst wenn er es wollte, gar nicht möglich, Sprachrohr der Partei zu sein. Trotz allem droht natürlich jenen, die ihre Anstellung bei einem Sender zunächst einer Partei verdanken und sich dann sehr weit von ihr distanzieren, die Gefahr der Nichtverlängerung ihres Vertrages. Insofern kann nur eine funktionierende kritische Öffentlichkeit dafür sorgen, daß die Parteien nur in extremen Fällen mit Erfolg personalpolitische Opfer verlangen.

in einem System, in dem sogar Parlamentarier entgegen den Postulaten der Verfassungen in steigendem Maße einem „imperativen Mandat“ von Parteien und Verbändeinteressen unterworfen sind²⁷⁾.

Grundsätzlich tendiert der Pluralismus, die „... spezifische Ausdrucksform einer freiheitlichen Gesellschaftsverfassung in einer nicht mehr individualistisch-liberal, sondern kollektivistisch-sozial bestimmten Daseinswelt...“²⁸⁾, in seiner verfestigten Form dahin, mehr auf seine Erhaltung als auf seine Fortentwicklung bedacht zu sein. Erst nach einer längeren Anlaufzeit haben neue politische Gruppierungen eine Chance, in das Kartell der Etablierten einzudringen. Auf das Rundfunksystem der Bundesrepublik übertragen bedeutet das: Wenn die Kontrollgremien der Anstalten dazu gebracht werden sollen, bisher nicht geduldete Meinungsäußerungen im Rundfunk und Fernsehen zuzulassen, bleibt jenen, die das anstreben, zunächst nur die Möglichkeit, ihre Ziele im Zusammenwirken mit den in den Aufsichtsgremien bereits Vertretenen anzustreben. Erweist sich dieser Weg als zu schwierig, sehen sie sich genötigt, eine Änderung des Repräsentationsschlüssels zu verlangen; aber diese Forderung wird sich wiederum nur durchsetzen lassen, wenn sich

²⁴⁾ Vgl. die feder Jg. 11, H. 4, April 1963, S. 2.

²⁵⁾ Vgl. Klaus von Bismarck, a. a. O., S. 14.

²⁶⁾ Helmut Schoeck, Rundfunkneutralität, in: Rufer und Hörer, Jg. 4, H. 4, April 1950, S. 218.

²⁷⁾ Vgl. Karl Dietrich Bracher, Gegenwart und Zukunft der Parlamentsdemokratie in Europa, in: Parlamentarismus, hrsg. von Kurt Kluxen, Köln—Berlin 1967 (= Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 18), S. 74.

²⁸⁾ Kurt Sontheimer, Pluralismus, in: Staat und Politik, Neuausgabe, hrsg. von Ernst Fraenkel und Karl Dietrich Bracher, Frankfurt a. M. 1964, S. 256.

die neuen mit den alten Kräften arrangieren — von selbst wird kein Landtag ein Rundfunkgesetz ändern. Dieses Arrangement kann aber bereits dazu führen, daß wesentliche Zielvorstellungen aufgegeben werden müssen.

Die Voraussetzung, daß nur Meinungen publiziert werden dürfen, die auch von den in den Aufsichtsgremien Repräsentierten geteilt werden, trifft — wie oben schon angedeutet — nicht immer zu. Wie engmaschig das Kontrollnetz ist, hängt in hohem Grade auch von den spezifisch persönlichen Ansichten, Attitüden und Erfahrungen der Kontrolleure ab. Da die in den Rundfunkgesetzen fixierten Grundsätze für die Sendungen der Anstalten vor allem die

Beachtung der Verfassungen (des Bundes und der Länder) und Gesetze verlangen, liegt die Vermutung nahe, daß der Meinungsspielraum der Journalisten in außenpolitischen Fragen größer ist als in innenpolitischen. Darauf deutet auch die Feststellung des Mainzer Instituts für Publizistik hin, wonach in den drei ARD-Magazinsendungen MONITOR, REPORT und PANORAMA in der Zeit vom 1. Februar bis 24. April 1968 in fünf Beiträgen fünfzehnmal für und fünfmal gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze argumentiert wurde²⁹⁾. Offiziell hatte damals noch keine der in den Kontrollgremien repräsentierten Gruppen die Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsch-polnische Grenze akzeptiert.

Suche nach Schutzmächten

Eine Auswirkung des gegenwärtig in der Bundesrepublik bestehenden Systems der pluralistischen und parlamentarischen Rundfunk- und Verwaltungsräte ist zweifellos die Gefahr, daß eventuell neue politische Strömungen, die dem gesamten System eine andere Richtung geben könnten, zugunsten des Tradierten und Etablierten zurückgedrängt werden. Eine andere Konsequenz ist die Neigung der in den Anstalten arbeitenden Journalisten, sich nach „Schutzmächten“ in den Kontrollgremien umzusehen oder zumindest deren Vorstellungen und Wünsche bei der Formulierung der eigenen Ansichten weitgehend in Rechnung zu stellen³⁰⁾. Um es möglichst vielen gesellschaftlichen Gruppierungen recht zu machen, werden engagierte Meinungsäußerungen vermieden, entstehen Kommentare und Features ohne klare Aussagen³¹⁾. Diese freiwillige Verzichtshaltung im Innern³²⁾, die sich auch in

der mangelhaften Solidarität gegenüber Druckversuchen von außen offenbart³³⁾, trägt den Rundfunkjournalisten in der Bundesrepublik häufig eher Lob als Tadel ein, da „... kaum eine Verhaltenspflicht der Rundfunkanstalten dem allgemeinen Rechtsbewußtsein so gegenwärtig ist wie gerade die zur Neutralität“³⁴⁾. Das aus technischen Gegebenheiten und dem Gleichheitsgrundsatz ableitbare Neutralitätsgebot verbietet aber entgegen einem weit verbreiteten Mißverständnis nicht die Vertretung eines einseitigen Standpunktes in pointierter Form in einer einzelnen Sendung, sofern die Gegenmeinung alsbald an gleichwertiger Programmstelle gleichfalls berücksichtigt wird. Geboten ist also nur, daß das Programm in seiner Gesamtheit ausgewogen ist und keine Parteinahme in irgendeiner Richtung erkennen läßt³⁵⁾.

Kritik an der Zeitkritik

Bei zwei Sendeformen ist die Frage nach der Zulässigkeit kritischer Meinungsäußerungen

im Rundfunk ausführlich diskutiert worden: bei den Kommentaren des Hörfunks und den zeitkritischen Magazinsendungen des Fernsehens. Walter Dirks hat schon 1950 darauf hingewiesen, daß die Überparteilichkeit des Rund-

²⁹⁾ Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann, Pressekonzentration und Meinungsbildung, in: Publizistik, Jg. 13, 1968, H. 2/3/4, S. 132.

³⁰⁾ Vgl. Walter Steigner, Ein Kommentar zum Kommentar, in: Rundfunk und Fernsehen, Jg. 3, 1955, H. 1, S. 30.

³¹⁾ Vgl. Heiko Flottau, Der Virus Proporz schwächt die Vitalität, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 72 v. 25. 3. 1969, S. 3.

³²⁾ Vgl. Joachim Fest, Schwierigkeiten mit der Kritik, in: Fernsehen in Deutschland, Mainz 1967, S. 109.

³³⁾ Vgl. Alfred Horné, Solidarität mangelhaft?, in: Hörfunk und Fernsehen, 16. Jg., H. 1, Februar 1965, S. 4/5. Konsequenter Ausdruck dieser Solidarität wäre ein Streik.

³⁴⁾ Günter Krause-Ablaß, Die Neutralitätspflicht der Rundfunkanstalten, in: Rundfunk und Fernsehen, Jg. 10, 1962, H. 2, S. 113.

³⁵⁾ Vgl. Günter B. Krause-Ablaß, a. a. O., S. 118.

funks nicht als „leere Neutralität“ und Enthaltung jeglicher kritischer Stellungnahme verstanden werden dürfe³⁶⁾. „Um des Ganzen willen“³⁷⁾ hält Dirks Kritik für notwendig. Ähnlich argumentiert Klaus Peter Schulz: „Es ist ja gerade die wesentliche Aufgabe der unabhängigen Publizistik, auch und gerade im Rundfunk, sich gewissermaßen als Dritte Kraft zwischen Staatsbürgern und Parteipolitikern zu konstituieren und durch ihre oft eigenwillige und unbequeme Deutung öffentlicher Vorgänge zur Auflockerung der in Deutschland unglückseligerweise so starren und unbeweglichen weltanschaulichen und ideologischen Fronten beizutragen.“³⁸⁾

Ob subjektive und persönliche Ansichten im Rundfunk und Fernsehen nur durch festangestellte Redakteure oder freie Mitarbeiter vertreten werden dürfen, ist von sekundärer Bedeutung. Die Gefahr, daß die Meinung des festangestellten Redakteurs fälschlicherweise mit der Meinung der Anstalt identifiziert werden könnte, spricht dafür, nur freie Mitarbeiter als Kommentatoren zu verwenden. Andererseits bleibt fraglich, ein wie großer Prozentsatz des Publikums überhaupt zwischen festangestelltem Redakteur und freiem Mitarbeiter zu unterscheiden weiß; die Identifizierungsgefahr besteht also in beiden Fällen.

Den Plädoyers für Meinungskommentare im Rundfunk steht allerdings der Satz erfahrener Journalisten in der Bundesrepublik gegenüber: „Kritik zahlt sich nicht aus.“ Paul Gerhard berichtet: „Jüngst verhandelte einer unserer Sender mit einem Manne, der viel politischen Sachverstand besitzt, über ein nüchternes politisches Urteil verfügt, frappierende politische Einfälle hat und keiner politischen Partei angehört oder auch nur — wie man zu sagen pflegt — nahesteht. Der Sender bot dem Manne an, mit einiger Regelmäßigkeit kurze politische Kommentare und ausführliche politische Übersichten zu geben. Der erste Satz, den der also Umworbene bei den Verhandlungen zur Sache sprach, überraschte die Verhandlungspartner. Er lautete: ‚Ich kann dem Angebot nur unter einer Bedingung nähertreten: um keinen Preis innenpolitische Kommen-

tare.‘“³⁹⁾ Vielleicht handelte es sich um einen besonders Vorsichtigen ohne Zivilcourage; aber in welchem geringem Maße sich bei den Regierenden wie den Regierten in der Bundesrepublik die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß Kritik eine notwendige Voraussetzung für die vernünftige Regelung öffentlicher Angelegenheiten ist, erfuhren auch noch in den letzten Jahren die Moderatoren zeitkritischer Fernseh-Magazinsendungen. Joachim Fest, einst Leiter von PANORAMA, machte die Erfahrung: „Nach wie vor hat die Kritik es schwer, sich glaubwürdig zu machen. Wer sie übt, bringt sich als Störenfried leicht um die politische und gesellschaftliche Relevanz seiner Auffassungen.“⁴⁰⁾ Hans Heigert, lange Jahre Leiter der Sendung REPORT, stellte fest: „Öffentlich geäußerte Kritik, schon gar vor einem Millionenpublikum, gilt bei uns keineswegs als selbstverständlich und als normaler Bestandteil der etablierten Regeln. Kritik gilt vielen eher noch als Insubordination, als Ungehörigkeit zum mindesten. Mit erhobenem Zeigefinger predigen sie dann: Wenn schon öffentliche und massenhaft verbreitete Kritik, so müsse sie stets positiv und ‚aufbauend‘ sein.“⁴¹⁾

Das Wissen um diese Kritikempfindlichkeit, dem Erbe einer langen obrigkeitsstaatlichen Tradition, die statt Diskussion Subordination verlangte, verstärkt — abgesehen von den oben erwähnten Faktoren — bei den Journalisten in unseren Rundfunkanstalten die Tendenz, sich mit kritischen Beiträgen zurückzuhalten.

Zeitkritischen Sendungen wird nicht nur vorgeworfen, sie seien zersetzend, sondern auch angekreidet, sie suchten „... mit Lupen gläsern nach Absonderlichkeiten“⁴²⁾. Die Kritik an der Zeitkritik verfällt immer wieder in den Fehler, Sendungen wie PANORAMA und REPORT isoliert zu betrachten, obwohl bekannt ist, daß der Zuschauer, der ausschließlich diese Beiträge sieht, eine Fiktion ist — normalerweise nehmen PANORAMA- oder REPORT-Zuschauer auch Nachrichtensendun-

³⁶⁾ Vgl. Walter Dirks, Die Überparteilichkeit des Rundfunks, in: Rundfunk und Fernsehen, Jg. 1950, Folge 7, S. 20.

³⁷⁾ Walter Dirks, a. a. O., S. 22.

³⁸⁾ Klaus-Peter Schulz, Keine Neutralisierung der Kommentatoren!, in: Rufer und Hörer, 5. Jg., H. 8, Mai 1951, S. 350.

³⁹⁾ Paul Gerhardt, Außen- und innenpolitische Kommentare, in: Rufer und Hörer, 4. Jg., H. 6, August 1950, S. 357.

⁴⁰⁾ Joachim Fest, a. a. O., S. 107.

⁴¹⁾ Hans Heigert, Ehre dem Establishment, Lob der Zersetzung, in: Die Welt Nr. 10 v. 12. 1. 1968, S. 7.

⁴²⁾ Rudolf Strauch, Kritische Betrachtung der politischen Sendungen, in: Fernseh-Rundschau 1963, H. 3/4, S. 78.

gen des Fernsehens zur Kenntnis. Zeitkritische Sendungen müssen also im Rahmen des Gesamtprogramms als unbedingt notwendige Ergänzung und unentbehrliches Gegengewicht zu den Nachrichtensendungen gesehen werden, die sich vorrangig auf die offiziellen Darstellungen und Verlautbarungen der Regierungen,

Parteien und Verbände stützen. Was Kritiker zeitkritischer Reihen als „Absonderlichkeiten“ bezeichnen, stellt sich aus der Perspektive des Journalisten häufig als das Neue dar, dem erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden muß — sonst hätte der Journalist seinen Beruf verfehlt.

Gesetzliche Einschränkungen

Die Rundfunkgesetze und Staatsverträge unterbinden nun mit Recht bestimmte Meinungsäußerungen, zum Beispiel Sendungen, „... die Vorurteile gegen einzelne oder Gruppen wegen ihrer Rasse, ihres Volkstums, ihrer Religion oder Weltanschauung verursachen...“⁴³). Nicht alle in der Bevölkerung hier und da verbreiteten Auffassungen dürfen von den Journalisten in den öffentlich-rechtlichen Anstalten artikuliert werden. Negative historische Erfahrungen zwingen in Deutschland zu derartigen Einschränkungen. Weitaus umstrittener und problematischer ist jedoch das Ausmaß der Kritik an Personen und Institutionen des öffentlichen Lebens. Die Linie, die auf diesem Sektor nicht überschritten werden darf, schwankt von Anstalt zu Anstalt. Den unterschiedlichen politischen Kräftekonstellationen in den Bundesländern und den unterschiedlichen politischen und moralischen Wertmaßstäben der Aufsichtsgremien ist es zu verdanken, wenn zuweilen in Stuttgart erlaubt ist, was in München untersagt wird, oder wenn Hamburg auf dem Bildschirm zuläßt, was Saarbrücken verbietet. Nachdem zum Beispiel im Oktober 1966 der Fernseh- und Richtlinien-Ausschuß des Rundfunkrats des Bayerischen Rundfunks befunden hatte, die Münchner Lach- und Schießgesellschaft habe sich zu despektierlich über den Bundespräsidenten und

den Papst geäußert, wollte der Bayerische Rundfunk das Kabarett-Programm nur noch als kontrollierte „Konserve“ senden. Die Lach- und Schießgesellschaft lehnte die weitere Zusammenarbeit mit dem Hinweis auf eine mögliche Zensur ab und schloß einen Vertrag mit dem Süddeutschen Rundfunk, der die Ausstrahlung von Direktsendungen vorsieht⁴⁴). Das für das ARD-Programm vorgesehene Fernsehspiel „Die Sendung der Lysistrata“ wurde am 17. Januar 1961 im Anschluß an das Gemeinschaftsprogramm nur vom NDR, dem Hessischen Rundfunk, Radio Bremen und dem Sender Freies Berlin ausgestrahlt — die anderen Anstalten hatten eine Übernahme abgelehnt⁴⁵).

Gerade das „Lysistrata“-Beispiel läßt die aus finanziellen Gründen so viel kritisierte Struktur des ARD-Fernsehens in einem neuen Licht erscheinen. In extremen Fällen eröffnet diese Organisationsform die Chance, auf regionaler Basis Beiträge zu senden, deren überregionale Verbreitung zum Scheitern verurteilt ist. Es besteht indessen kein Zweifel, daß bei einer auf gemeinsames Handeln ausgerichteten Arbeitsgemeinschaft wie der der Rundfunkanstalten das Ausscheren einzelner Sender nicht zur Regel werden kann, weil das zur Auflösung der Gemeinschaft führen müßte.

Entscheidend: die Intendanten

Die Schwierigkeiten von Außenseitern und Minderheiten, ihre Meinungen zu verbreiten, die Tendenz mancher Journalisten, sich an den manifesten und latenten Wünschen der Aufsichtsgremien zu orientieren, und das mangelnde Verständnis bei den Regierenden und den Regierten für die Notwendigkeit der Kri-

tik legen die Frage nahe, ob denn gegenwärtig in der Bundesrepublik überhaupt noch von einer Meinungsäußerungsfreiheit im Rundfunk gesprochen werden kann. Die Antwort: Wie es um die Freiheit steht, hängt heute in entscheidendem Maße von den Intendanten ab — von

⁴³) Gesetz über die Errichtung und die Aufgaben einer Anstalt des öffentlichen Rechts „Der Bayerische Rundfunk“ vom 10. 8. 1948 in der Fassung vom 22. 12. 1959, Art. 4.

⁴⁴) Vgl. Der Journalist, 17. Jg., H. 1, Januar 1967, S. 9.

⁴⁵) Vgl. Der Spiegel, 14. Jg., H. 51 v. 14. 12. 1960, S. 83/84.

ihrer juristischen Position, der fachlichen Qualifikation und der politischen Konzeption.

Die Intendanten sind bei allen Anstalten „... das einzige monokratische Anstaltsorgan“⁴⁶⁾. Zu dieser Regelung führte die Einsicht, „... daß die Leitung der Anstalt in eine Hand gehöre, wenn alle Bereiche der Rundfunkstätigkeit sinnvoll aufeinander abgestimmt werden sollen“⁴⁷⁾. Meistens wählt der Rundfunkrat den Intendanten; beim Süddeutschen Rundfunk nach vorheriger Anhörung des Verwaltungsrats. Rundfunk- und Verwaltungsrat bilden beim Südwestfunk gemeinsam das Wahlgremium; beim Norddeutschen und Westdeutschen Rundfunk wählt der Verwaltungsrat allein, doch bedarf seine Entscheidung der Bestätigung durch den Rundfunkrat. Normalerweise reicht für die Wahl die einfache Mehrheit. Der Norddeutsche und der Saarländische Rundfunk verlangen jedoch eine Zweidrittelmehrheit; der ZDF-Staatsvertrag sieht eine Dreifünftelmehrheit im Fernsehrat vor. Drei Intendanten haben also eine besonders schwache Stellung, weil sie für ihre Wiederwahl nicht nur die Stimmen ihrer politischen Freunde, sondern zum Teil auch die ihrer Gegner benötigen. Bei dieser These wird unterstellt — und das entspricht den Realitäten in der Bundesrepublik —, daß die CDU, CSU oder SPD einschließlich der Nahestehenden in den Aufsichtsgremien im allgemeinen nicht über eine Dreifünftel- oder Zweidrittelmehrheit verfügen. Für diese Intendanten ist es in der Praxis häufig unumgänglich, sich ständig nach beiden Seiten abzusichern.

Die Intendanten amtieren zwischen drei (Radio Bremen) und neun Jahren (Hessischer Rundfunk). Da der Intendant des Hessischen Rundfunks für die längste Zeitspanne mit einfacher Mehrheit gewählt wird und — im Gegensatz zu den Bestimmungen fast aller anderen Anstalten — die leitenden Angestellten ohne Zustimmung der Aufsichtsgremien frei auswählen kann, hat er die unabhängigste Position. Gerade weil die Versuchung für die Intendanten groß ist, beim Näherrücken des Wahltermins in verstärktem Maße auf die Wünsche der Kontrollgremien einzugehen, sollte ihre Amtszeit nach einer ersten kurzen Bewährung auf zehn bis fünfzehn Jahre ausgedehnt wer-

den⁴⁸⁾. Dieser Vorschlag, der als ein vernünftiges Mittel zur Sicherung der Unabhängigkeit der Anstaltsleitung erscheint, hat wenig Aussichten, in absehbarer Zeit realisiert zu werden, da er von den Kontrolleuren die Einsicht verlangt, daß nicht die Journalisten, sondern sie selbst zu einer Gefahr für die Freiheit des Rundfunks geworden sind.

Im Hinblick auf die Bedeutung der Intendanten für die Freiheit des Rundfunks ist es wichtig, qualifizierte Persönlichkeiten zu finden. Zwei Bedingungen sollten grundsätzlich erfüllt sein:

1. Der Intendant trägt die Verantwortung für das gesamte Programm. Sie kann nur von jemandem übernommen werden, der die journalistische Praxis kennt.
2. In der täglichen Arbeit nehmen Verhandlungen und Gespräche mit Personen aus dem öffentlichen Leben einen großen Raum ein. Erfahrungen auf diesem Gebiet müssen deshalb von einem Intendanten verlangt werden.

Die folgende Übersicht zeigt, in welchem Umfang die genannten Voraussetzungen bei den bisherigen Rundfunkintendanten in der Bundesrepublik erfüllt waren:

Analyse der Tabelle

Vergleicht man die Intendanten der ersten Stunde mit jenen von heute, fällt auf, daß der Prozentsatz der Intendanten, die zur Zeit der Bewerbung ausschließlich auf journalistische Erfahrungen verweisen konnte, von 50 auf 25 zurückgegangen ist. Wer lediglich die Praxis im Rundfunk oder in der Presse kennt — sei es als Programmdirektor, Kommentator, Redakteur oder Korrespondent —, hat es heute schwerer als vor zehn oder zwanzig Jahren, zum Leiter einer Rundfunkanstalt gewählt zu werden. Von den gegenwärtig amtierenden Intendanten haben fünf — also fast die Hälfte — noch nie hauptberuflich in einer Rundfunkanstalt gearbeitet. Statt dessen waren sie aber im Rundfunk- oder Verwaltungsrat oder in einem für Rundfunkfragen zuständigen Ministerium tätig. Die besten Chancen hat derjenige, der auf beiden Seiten der Front gestanden hat, der den Rundfunk als Journalist, Gre-

⁴⁶⁾ Klaus Peter Jank, a. a. O., S. 71.

⁴⁷⁾ Ebenda.

⁴⁸⁾ Vgl. Emil Obermann, Beim Rundfunk ist manches anders, in: Praktischer Journalismus, Nr. 51 v. 15. 12. 1960, S. 5.

mienmitglied und Politiker kennt. Der enorme Aufgabenzuwachs hatte zur Folge, daß die Intendanten die Programmverantwortung weitgehend delegieren müssen, um genügend Zeit für Verhandlungen und Gespräche über

Probleme zu haben, die nicht unmittelbar mit dem Programm zusammenhängen. Darum zählen heute bei der Wahl von Intendanten mit Recht politische Erfahrungen mehr als journalistische.

Jahr	Zahl der Intendanten	I Journalist	II Gremienmitglied	III Politiker	IV II+II	V I+II	VI I+III	VII I+II+III
1949	6	3			1		1	
1950	6	3			1		2	
1951	6	3			1		2	
1952	6	3			1		2	
1953	6	3			1		2	
1954	6	3			1		2	
1955	7 (SFB)	4			1		2	
1956	7	4			1		2	
1957	8 (NDR + WDR statt NWDR)	5			1		2	
1958	9 (Saarl.)	5		1	1		2	
1959	9	5		1	1		2	
1960	9	5		1	1		2	
1961	9	4	1	2	1		2	
1962	11 (DW + DLF)	5	1	2	1		2	
1963	12 (ZDF)	5	1	2	1	1	1	1
1964	12	5	1	2	1	1	1	1
1965	12	5	1	2	1	1	1	1
1966	12	5	1	2	1	1	1	1
1967	12	4	1	2	2	1	1	1
1968	12	3	1	2	2	1	1	2
1969	12	3	1	2	2	1	1	2

Erläuterungen: Als Stichtag galt immer der erste Tag des Jahres. Als Journalisten (= Kategorie I) wurden sämtliche Intendanten gezählt, die zur Zeit ihrer Wahl ausschließlich journalistisch im Rundfunk, Fernsehen, Film oder in der Presse tätig waren. Sofern sie noch andere Tätigkeiten ausübten, also Gremienmitglied waren oder politisch wirkten, fielen sie unter die Kategorien IV bis VII.

Zur Kategorie II gehören alle, die vor ihrer Wahl weder journalistische noch politische Erfahrungen sammelten, die Rundfunkanstalten also nur aus der Sicht des Kontrolleurs kannten. Zu den Politikern (= Kategorie III) wurden außer den auf allen Stufen gewählten Abgeordneten abweichend vom üblichen Schema auch die in den Kultusministerien mit Rundfunkfragen befaßten Beamten gerechnet.

Sachverstand und demokratische Kontrolle

Dennoch ist nicht zu bestreiten, daß Sachkunde die Intendanten am besten davor schützt, zum Spielball der Interessen der Aufsichtsgremien zu werden. Umfassende Kenntnisse sind das wertvollste Instrument der Intendanten, um ihre Konzeption von der Freiheit der Rundfunkanstalten durchzusetzen. Wie die Protokolle belegen, können fachlich qualifizierte Intendanten bei umstrittenen Sendungen Angriffe der Kontrolleure auf die Redaktion besser abwehren und den Journalisten einen breiteren Meinungsspielraum sichern. Gleichzeitig beschwört jedoch der überlegene Sachverstand des Intendanten die Gefahr herauf, daß die Rundfunk- und Verwaltungsräte resignieren.

Dieser Gegensatz zwischen dem hochspezialisierten Sachverstand und dem Prinzip demokratischer Mitbestimmung und Kontrolle erscheint ja überhaupt als eines den zentralen Strukturprobleme aller westlichen Parlamentsdemokratien⁴⁹⁾. Er tritt in den Beziehungen zwischen den Intendanten und den Kontrollgremien mit besonderer Schärfe auf, weil die Mitglieder dieser Gremien, die zumeist noch zahlreiche andere Ämter verwalten, häufig beruflich so überlastet sind, daß sie nur selten dazu kommen, selbst das Rundfunk- und Fernsehprogramm zu beobachten⁵⁰⁾. Sie sind also weitgehend auf die Reaktionen der Öffentlichkeit angewiesen. Darum haben jene Gruppen, deren Presseapparat funktioniert, die größten Aussichten, sich mit ihrer Kritik bei den Rundfunk- und Verwaltungsräten Gehör zu verschaffen. Gewiß erfordert die Frage, ob beispielweise eine Sendung gegen die Richtlinien für das Programm verstößt, letztlich stets eine politische Antwort; aber da eine vernünftige Beurteilung nur möglich ist, wenn die einzelne Sendung im Rahmen des Gesamtprogramms gesehen wird, bleibt die Bewertung einzelner Beiträge durch Rundfunkräte, denen ein Überblick über das Programm fehlt, höchst problematisch.

Zuschauerparlament „nicht empfehlenswert“

Um die Freiheit der Meinungsäußerungen im Rundfunk und Fernsehen langfristig, also unabhängig von der zufälligen, zumeist auch

⁴⁹⁾ Vgl. Karl Dietrich Bracher, a. a. O., S. 75.

⁵⁰⁾ Vgl. Die Situation des Rundfunks in der Bundesrepublik. Tatsachen und Vorschläge, vorgelegt vom Arbeitskreis für Rundfunkfragen, Lauffen 1958, S. 78.

Für die Intendanten bieten sich im Umgang mit den Aufsichtsgremien nach Ansicht von Klaus von Bismarck, Intendant des Westdeutschen Rundfunks, drei Verhaltensmöglichkeiten an:

1. Parteiliches Regiment des Intendanten mit Hilfe eines Kadets von Gesinnungsgenossen der Partei, der er seine Position verdankt;
2. Hindurchschlängeln zwischen dem Druck der verschiedenen politischen Interessen nach der Parole: „Nur nicht anecken!“;
3. Amtsführung als Treuhänder für alle politischen Gruppen unter Inkaufnahme der Enttäuschung der eigenen Parteifreunde⁵¹⁾.

Klaus von Bismarck meint, bei seinen Kollegen dominiere die zuletzt erwähnte Verhaltensweise⁵²⁾ — eine Beobachtung, die durch die Protokolle der Rundfunk- und Verwaltungsräte bestätigt wird. Nur in einigen Fällen sind Intendanten der Versuchung erlegen, zur Sicherung der Wiederwahl den Wünschen der Kontrolleure weitgehend Rechnung zu tragen. Die Folge war, daß die Autoren kritischer Beiträge keine Deckung mehr beim Intendanten fanden, da er das „Anecken“ fürchtete. So schutzlos den Angriffen des Rundfunk- und Verwaltungsrats ausgesetzt, verloren die Journalisten den Mut zum Engagement. Die „weiche“ Haltung eines Intendanten gegenüber seinen Kontrolleuren hat — wie die entsprechenden Protokolle zeigen — noch eine zweite Konsequenz: Sobald ein Intendant einmal nachgegeben hat, verstärkt sich die Tendenz der Gremienmitglieder, weitergehende Wünsche vorzubringen. Leichtfertig eingegangene Kompromisse zahlen sich auf die Dauer für die Intendanten nicht aus und gefährden die Unabhängigkeit der Rundfunkanstalten.

Schwankungen unterworfenen individuellen Haltung der Intendanten zu gewährleisten, sind institutionelle Vorkehrungen notwendig. Die Nachteile des pluralistischen und parla-

⁵¹⁾ Vgl. Klaus von Bismarck, a. a. O., S. 27.

⁵²⁾ Vgl. ebenda.

mentarischen Rundfunkrats legen die Frage nahe, ob eine die Interessen der Hörer und Zuschauer besser repräsentierende Zusammensetzung der Aufsichtsgremien denkbar ist. Der Vorschlag, die Vertretung der Hörer und Zuschauer direkt zu wählen, also Rundfunkparlamente zu konstituieren, muß aus mehreren Gründen abgelehnt werden:

1. Angesichts der unterschiedlichen Interessen eines Millionenpublikums würde eine Wahl nach dem Verhältniswahlsystem zu einer Vielzahl von Gruppen im Rundfunkparlament führen, die wegen ihres speziellen Auftrags (Beispiel: „Mehr Chormusik“) keine Kompromisse eingehen könnten. Die Arbeitsfähigkeit eines so strukturierten Rundfunkparlaments wäre also von vornherein fraglich. Auf das Verhältniswahlsystem könnte andererseits nicht verzichtet werden, da sonst kulturelle und politische Minderheiten unterdrückt würden.

Da es in der Parteiendemokratie in politischen Institutionen — und dazu gehören auch die Aufsichtsgremien der Rundfunkanstalten — auf die Dauer keine parteifreien Räume geben kann, fügen sich die parlamentarischen Rundfunkräte noch am ehesten in das System der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik ein. Der Nachteil dieses Vertretungstyps, die Vernachlässigung neuer politischer Gruppierungen läßt sich zwar nicht beheben, wohl aber abschwächen, indem alle Parteien, die sich an den Landtagswahlen beteiligen und mindestens 0,5 Prozent der Stimmen erbringen, Anspruch auf einen Sitz im Rundfunkrat erhalten. Die Landtagswahlen dienen als Maßstab, weil mit Ausnahme der Deutschen Welle und des Deutschlandfunks die Länder Vertragspartner sind oder die Gesetzgebungskompetenz besitzen. Die auf Länderebene organisierten Rundfunkanstalten verlangen daher Kontrollgremien, die ebenfalls von dieser Basis ausgehen. In den reformierten parlamentarischen Rundfunkräten würden also neben den von den Länderparlamenten gewählten Mitgliedern Repräsentanten politischer Minderheiten mitwirken. Die untere Begrenzung auf einen Stimmenanteil von 0,5 Prozent ergibt sich analog aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Erstattung der Wahlkampfkosten vom 3. Dezember 1968.

Die Berücksichtigung politischer Minderheiten bliebe allerdings relativ wirkungslos, so lange

2. Auch in einem nach dem Verhältniswahlsystem zustande gekommenen Rundfunkparlament sind Mehrheitsentscheidungen notwendig. Wenn aber beispielsweise der Anteil der leichten Unterhaltung oder der Politik am Gesamtprogramm von Mehrheiten festgelegt wird, könnte der Rundfunk wahrscheinlich seinen kulturellen oder politischen Aufgaben nicht mehr gerecht werden.

3. Das Verhältniswahlsystem setzt große Organisationen voraus. Die Gefahr liegt auf der Hand, daß sie von Parteien als Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele benutzt werden.

4. Ein Blick auf die bisher von Hörer- und Zuschauerorganisationen entwickelten Aktivitäten beweist, daß sie nicht in der Lage sind, die Programmwünsche der Hörer und Zuschauer auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen⁵³⁾.

Reform der Rundfunkräte

die Kontrollgremien unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagen. Bei Abstimmungen hätten die Minderheiten keine Aussichten, sich mit ihren Meinungen durchzusetzen. Sie würden nicht mehr als eine Statistenrolle spielen, da auch die von ihnen eventuell vorgetragene Kritik nicht nach außen dringen würde. Da aber Demokratie zuallererst auch Öffentlichkeit bis an die Grenze des Möglichen heißt⁵⁴⁾, verlangen allgemeine politische Überlegungen⁵⁵⁾ und die schwache Stellung der Minderheiten die Realisierung des Transparenzprinzips des Grundgesetzes im Bereich des Rundfunks. Die Sitzungen der Rundfunk- und Verwaltungsräte müssen den Charakter von Geheimverhandlungen verlieren und dürfen grundsätzlich nicht mehr im Verborgenen stattfinden, da es nicht angängig ist, daß Institutionen, die die „Öffentlichkeit“ oder „Allgemeinheit“ vertreten, sich jeglicher Kontrolle durch diese entziehen⁵⁶⁾. Nur dann kann sich

⁵³⁾ Zur Entwicklung der Hörer- und Zuschauerorganisationen in der Bundesrepublik vgl. Joachim Andrae, Hörer- und Zuschauervereinigungen — Fehl-anzeige, in: Hörfunk und Fernsehen, 17. Jg., H. 2, April 1967, S. 24/25.

⁵⁴⁾ Vgl. Wolf Dieter Narr, CDU — SPD. Programm und Praxis seit 1945, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1966, S. 241.

⁵⁵⁾ Zur Begründung im einzelnen vgl. Hermann Meyn, Zur Transparenz der politischen Ordnung der Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 40/68 v. 5. 10. 1968, S. 21—30.

⁵⁶⁾ Vgl. Klaus Wasmund, a. a. O., S. 3.

die Öffentlichkeit, die ihre Vertreter zur Kontrolle des Rundfunks deligiert hat, ein Urteil über deren Tätigkeit bilden; nur dann wird klar, wer für die Verwendung der Gebühren für diesen oder jenen Zweck gestimmt hat; nur dann können die Hörer und Zuschauer erfahren, welche Anweisungen, Anregungen und Wünsche die Aufsichtsgremien erteilen bzw. vorbringen⁵⁷⁾.

Besonders wichtig erscheint die Öffnung der Beratungszimmer im Hinblick auf die Besetzung der Schlüsselstellungen. Selbst wenn Gerhard Eckerts Bemerkung, der Weg, auf dem ein Intendant gewählt werde, sei bislang ein Weg über die Hintertreppe gewesen⁵⁸⁾, recht polemisch klingt, so kennzeichnet sie doch für den Beobachter von außen den Sachverhalt richtig. Die Achtung vor den Hörern und Zuschauern und das Transparenzprinzip gebieten, daß die Mitglieder der Wahlgremien nicht mehr länger hinter vorgehaltener Hand über die Vor- und Nachteile der Kandidaten spekulieren, sondern öffentlich darüber diskutieren. Wer als Bewerber um eine führende Position in einer Rundfunkanstalt diesen Schritt in die Öffentlichkeit scheut, ist für leitende Funktionen ungeeignet. Öffentliche Beratungen sind auch keine unzumutbare Forderung an die Gremienmitglieder, denn die Qualifikationsmerkmale der Kandidaten müssen publizierbar sein — wenn sie das Licht der Öffentlichkeit fürchten müssen, sind sie auch nicht sachlich-rational zu begründen.

Da es eines der obersten Ziele der Tätigkeit der Aufsichtsgremien bei den Rundfunkanstal-

ten sein sollte, die Unabhängigkeit der redaktionellen Arbeit in den Funkhäusern zu sichern, ist es zu begrüßen, daß man in einigen Funkhäusern in letzter Zeit eingesehen hat, daß auch diejenigen, um die es letztlich geht, nämlich die Journalisten, in den Aufsichtsgremien vertreten sein müssen⁵⁹⁾.

Bislang erschienen die für umstrittene Rundfunk- und Fernsehsendungen verantwortlichen Redakteure vor den Rundfunkräten häufig nur im Büßergewand der Angeklagten. In Zukunft aber werden gewählte Vertreter von Redakteurversammlungen eher die Rolle von Anwälten für die journalistische Unabhängigkeit übernehmen können. Voraussetzung ist allerdings, daß die Redaktionsverfassungen den Redaktionsräten tatsächlich Einflußmöglichkeiten geben, zum Beispiel ein Vetorecht gegen die Berufung und Abberufung von Redakteuren, ein Mitspracherecht beim Absetzen von Sendungen und eine Mitwirkung in den Debatten über die Struktur der Anstalt.

Somit erscheint die Schlußfolgerung berechtigt: Allen Unkenrufen zum Trotz bestehen reelle Chancen, die Freiheit der Meinungsäußerung im Rundfunk und Fernsehen in der Bundesrepublik zu sichern, wenn politische Minderheiten in den Kontrollgremien vertreten sind, den Journalisten in den Redaktionsverfassungen ein ausreichendes Maß an Mitbestimmung gewährt wird und sich alle Beratungen und Diskussionen über die Probleme der einzelnen Rundfunk- und Fernsehanstalten im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit vollziehen.

⁵⁷⁾ Vgl. Gerhard Eckert, Der Rundfunk und die Öffentlichkeit, in: Rufer und Hörer, 6. Jg., H. 1, Okt. 1951, S. 9—11.

⁵⁸⁾ Vgl. Gerhard Eckert, a. a. O., S. 12.

⁵⁹⁾ Vgl. Otto Wilfert, Reformverlangen in den Funkhäusern, in: Frankfurter Hefte, Jg. 24, 1969, H. 7, S. 485—495.

Reaktionen in Asien auf das Godesberger Programm

Der folgende Beitrag enthält zustimmende und kritische Reflexe auf das Godesberger Programm in einigen Ländern Ost- und Südostasiens. Für die Diskussion von Programmen demokratischer Parteien wird hier eine neue Dimension sichtbar — die Dimension einer Art „Weltinnenpolitik“. Parteiprogramme, bisher ganz überwiegend Gegenstand „landesinterner“ Erörterung, erweisen sich hier, am Beispiel des Godesberger Programms, als geistig-politische Ereignisse von bemerkenswerter Ausstrahlung über die Grenzen hinaus. Gedanken eines neuen Programms finden Resonanz bei Parteien anderer Länder, vor allem, wenn sie sich als — engere oder entferntere — politische Verwandte empfinden.

In späteren Beiträgen beabsichtigt die Redaktion über internationale Auswirkungen von Programmen anderer demokratischer Parteien zu berichten.

Vor nunmehr zehn Jahren hat sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) auf ihrem außerordentlichen Parteitag vom 13. bis 15. November 1959 ein neues Grundsatzprogramm gegeben — das sogenannte Godesberger Programm.

Als Hauptmerkmale des neuen Programms können die folgenden Punkte angesehen werden:

1. Die endgültige Aufgabe des Selbstverständnisses der SPD als einer Partei der Arbeiterklasse zugunsten des Konzepts einer *Volkspartei*, die jedermann offensteht.

Im Godesberger Programm findet diese Entwicklung ihren Niederschlag u. a. in folgenden Formulierungen:

„Die Sozialdemokratische Partei ist aus einer Partei der Arbeiterklasse zu einer Partei des Volkes geworden... Auf deutschem Boden sammeln sich die Sozialisten in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die jeden in ihren Reihen willkommen heißt, der sich zu den Grundwerten und Grundforderungen des demokratischen Sozialismus bekennt.“¹⁾

2. Überwindung schematischer Ordnungsvorstellungen im wirtschaftlichen Bereich — wie das langjährige Dogma von der *Sozialisierung* der Produktionsmittel — durch eine elastische, den Erfordernissen der modernen Industriegesellschaft angepaßte Haltung. Ausgehend von der Erkenntnis, daß die Sozialisierung nur eines unter mehreren Mitteln ist — niemals aber ein Selbstzweck —, fordert das Programm den Aufbau einer Gesellschaft, in der der Arbeitsertrag gerecht verteilt wird, wo jedermann

die Chance erhält, durch faire Beteiligung an den Gewinnen der Volkswirtschaft Vermögen anzusammeln und in der die wirtschaftliche Macht durch Instrumente wie die Mitbestimmung der Arbeitnehmer, Anti-Monopolgesetzgebung und, soweit erforderlich, Sozialisierung der Produktionsmittel demokratischer Kontrolle unterworfen wird.

Das Godesberger Programm drückt diese Vorstellungen u. a. mit den Worten aus:

„Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist stetig wachsender Wohlstand und eine gerechte Beteiligung aller am Ertrag der Volkswirtschaft...“²⁾

„Wirksame öffentliche Kontrolle muß Machtmißbrauch der Wirtschaft verhindern. Ihre wichtigsten Mittel sind Investitionskontrolle und Kontrolle marktbeherrschender Kräfte.

Gemeineigentum ist eine legitime Form der öffentlichen Kontrolle, auf die kein moderner Staat verzichtet. Sie dient der Bewahrung der Freiheit vor der Übermacht großer Wirtschaftsgebilde... Wo mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig.“³⁾

„Die Sozialdemokratische Partei will Lebensbedingungen schaffen, unter denen alle Menschen in freier Entschliebung aus steigendem Einkommen eigenes Vermögen bilden können. Das setzt eine stetige Erhöhung des Sozialprodukts bei gerechter Verteilung voraus.“⁴⁾

¹⁾ Vgl. Grundsatzprogramm der SPD, hrsg. v. Parteivorstand, Bonn 11/59, S. 26 f., im Abschnitt „Unser Weg“.

²⁾ A. a. O., S. 13, im Abschnitt „Wirtschaft- und Sozialordnung“.

³⁾ A. a. O., im Abschnitt „Wirtschaft- und Sozialordnung“ unter „Eigentum und Macht“.

⁴⁾ A. a. O., S. 16, im selben Abschnitt unter „Einkommens- und Vermögensverteilung“.

3. Ersetzung des Anspruchs einer „Weltanschauungspartei“ — bei der Sozialismus als eine Art absoluter Ideologie eine ähnliche Rolle spielt wie die Religionen („Ersatzreligion“) — durch Respekt gegenüber der besonderen Aufgabe der Kirchen und Toleranz gegenüber den Religionen mit der Folge, daß jedes Parteimitglied in religiösen Fragen seinen eigenen Glaubensvorstellungen anhängen kann und zwischen der Partei und den Kirchen eine echte Koexistenz und sogar eine Zusammenarbeit möglich wird mit dem Ziel, die lange Geschichte der Konfrontation und des Antagonismus zu beenden.

Die entsprechenden Formulierungen im Godesberger Programm lauten:

„Der Sozialismus ist kein Religionsersatz. Die Sozialdemokratische Partei achtet die Kirchen und die Religionsgemeinschaften, ihren besonderen Auftrag und ihre Eigenständigkeit . . . Zur Zusammenarbeit mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften im Sinne einer freien Partnerschaft ist sie stets bereit . . . Freiheit des . . . Glaubens und des Gewissens und Freiheit der Verkündigung sind zu sichern. Eine religiöse oder weltanschauliche Verkündigung darf nicht parteipolitisch . . . mißbraucht werden.“⁵⁾

Das Godesberger Programm wurde von seinen Anhängern als ein Durchbruch zum modernen demokratischen Sozialismus gefeiert, während seine Kritiker der SPD vorwarfen, sie habe mit der Annahme des Programms das Vermächtnis der Arbeiterklasse verraten.

Als ein Meilenstein in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie hat das Godesberger Programm auch außerhalb Deutschlands Beachtung gefunden. Auf den folgenden Seiten werden Stellungnahmen und Kommentare zum Godesberger Programm aus Asien wiedergegeben. Die Zusammenstellung ist das Ergebnis einer Umfrageaktion, mit der versucht wurde, zwei Typen von Materialien zum Godesberger

Programm zu ermitteln, nämlich a) Stellungnahmen aus der Zeit der Verabschiedung des Godesberger Programms (also von 1959/60) und b) Kommentare aus heutiger Sicht (die in der Zeit von Anfang August bis Mitte Oktober dieses Jahres abgegeben worden sind). Zu diesem Zweck wurden gleichlautende Anfragen — deren Inhalt ungefähr der eingangs versuchten Einführung entsprach — an insgesamt 65 Persönlichkeiten aus den Bereichen Politik, Wissenschaft und Kirchen in den Ländern Ceylon, Indien, Indonesien, Japan, Korea (Süd), Malaysia, Philippinen und Singapur gerichtet. Die Auswahl der Adressaten erfolgte nach deren vermutetem Interesse an der Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie. Bis zum 15. Oktober 1969 sind insgesamt 27 Antworten eingegangen. Zwei weitere Stellungnahmen Dritter wurden von einem Adressaten aus eigener Initiative vermittelt. Je einen Aufsatz und einen Zeitungsartikel aus dem Jahre 1959 hat der Verfasser in Archiven ausfindig gemacht. Auf ein Buch, das Stellungnahmen zum Godesberger Programm enthält, wurde er von einem Umfrageadressaten aufmerksam gemacht.

Nachfolgend wird der Inhalt aller Stellungnahmen und Kommentare insoweit wiedergegeben — in der Regel als Übersetzung aus dem Englischen oder Japanischen, während ein Interview sogar in deutscher Sprache geführt werden konnte —, als diese eine sachliche Äußerung im Zusammenhang mit dem Godesberger Programm enthalten. Dabei wird, soweit das möglich war, eine Kurzinformation über den Verfasser der Stellungnahme bzw. über seine Organisation vorausgeschickt. Die vorliegende Arbeit möchte dazu beitragen, einigen Stimmen aus Asien bei der weiteren Diskussion um das Godesberger Programm und seine Bedeutung als ein Dokument des demokratischen Sozialismus Gehör zu verschaffen. Gleichzeitig ist diese Zusammenstellung als ein Zeugnis dafür gebracht, welche Beachtung einige Entwicklungen der deutschen Innenpolitik in interessierten Kreisen Asiens finden.

⁵⁾ A. a. O., S. 21, im Abschnitt „Das kulturelle Leben“ unter „Religion und Kirche“.

A. Stellungnahmen aus der Zeit der Verabschiedung des Godesberger Programms

Aus dieser Zeit konnten nur japanische Quellen ermittelt werden.

Japan

1. Ungezeichneter Artikel in der Wochenzeitschrift „Shakai Shimpō“, dem Organ der Sozialistischen Partei Japans (SPJ), Ausgabe vom 5. Dezember 1959, S. 2.

Einführung:

Die SPJ besteht in ihrer jetzigen Form seit 1945. Die Partei vereinigt in sich sehr verschiedene ideologische Richtungen von der Sozialdemokratie im westeuropäischen Sinne bis hin zu einem Peking-freundlichen links-marxistischen Flügel. Innerparteiliche Fraktionskämpfe um die Besetzung der Führungspositionen des Parteiapparats spiegeln sich entsprechend in Parteidokumenten, Vorstandsbeschlüssen und Parteiorganen wie „Shakai Shimpō“ wider. Ungefähr einen Monat vor Verabschiedung des Godesberger Programms durch die SPD hat sich die SPJ durch Ausschluß des von Suehiro Nishio geführten Flügels gespalten, der sich anschließend zu einer selbständigen Partei formierte, der Demokratisch-Sozialistischen Partei Japans (DSP). Die SPJ ist im japanischen Unterhaus mit 137 von 486 Sitzen die stärkste Oppositionspartei (DSP 31 Mandate). SPJ und DSP sind Mitglieder der Sozialistischen Internationale⁶⁾.

Text:

Das neue Programm der westdeutschen SPD Vergessener Sozialismus/Gefahr des Verfalls zu einer dritten konservativen Partei

„Die SPD hat ein neues Programm angenommen, das sich von den Traditionen des Marxismus entfernt.“ „Nach ihren drei aufeinanderfolgenden Wahlniederlagen überprüft die englische Labour Party ihre Verstaatlichungspolitik.“ „Der Kapitalismus hat sich geändert.

⁶⁾ Wegen einer genaueren Darstellung der sozialistischen Bewegung Japans vgl. Kapitel 10 in: Sozialismus — Vom Klassenkampf zum Wohlfahrtsstaat, hrsg. v. Iring Fetscher u. a., München 1968, S. 350 ff.; ferner: Richtungskämpfe im japanischen Sozialismus, Aufsatz in „Kagami — Japanischer Zeitschriftenspiegel“, hrsg. v. d. Deutschen Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens, Tokio, in Zusammenarbeit mit dem Institut für Asienkunde, Hamburg, VI. Band, 1968, S. 14 ff.

Verbürgerlichung der Arbeiterklasse.“ Solche und ähnliche Propagandaäußerungen werden in der kommerziellen Presse ungefähr zur gleichen Zeit gemacht, zu der Nishio seine neue Partei gründet. Das Parteiorgan der SPJ hat mit einer genauen Analyse dieser Fragen begonnen. Bisher liegt jedoch erst die folgende Analyse der Planungs- und Forschungsabteilung vor:

(1) Das neue Programm der SPD ist im ganzen gesehen sehr allgemein gehalten. Es klingt nicht wie ein konkretes Programm zur Verwirklichung des Sozialismus, sondern mehr wie ein Instrument zur Gewinnung unentschiedener Stimmen aus den Mittelschichten. Wenn man z. B. den für Deutschland wichtigsten Punkt herausgreift, nämlich einen Friedensvertrag für Ost- und Westdeutschland und die demokratische Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands, so heißt es dazu nur abstrakt: „Die Spaltung bedroht den Frieden.“ Während die ganze Welt den Weg des Tauwetters, den Weg des Friedens und der Abrüstung einschlägt, wird in dem neuen Programm kein konkreter Weg zur Friedensförderung gezeigt, vielmehr weist es sogar in eine der allgemeinen Weltlage entgegengesetzte Richtung. Die Anerkennung der Notwendigkeit der Landesverteidigung und des Ausbleiben einer Äußerung gegen die Wehrpflicht usw. weisen auf die Gefahr hin, daß auch die SPD vom imperialistischen Nationalismus beeinflusst sein könnte, der in letzter Zeit in Westdeutschland auf Grund einer Verstärkung der Atombewaffnung und Erweiterung der Rüstungsindustrie allgemein vorherrschend geworden ist. Das könnte, wenn man es aus der Perspektive eines langfristigen Kampfes sieht, zu einem bedeutsamen Verlust und Makel werden, der durch den vorübergehenden Gewinn von Stimmen der Mittelschichten nicht wieder gut gemacht werden könnte.

(2) In dem neuen Programm werden für das wichtigste Prinzip des Sozialismus, nämlich den öffentlichen Besitz der Produktionsmittel, sehr ungenaue Ausdrücke verwendet. Z. B. „Gemeineigentum nach den Grundsätzen der Selbstverwaltung und Dezentralisierung“ oder „Investitionskontrolle und Kontrolle marktbeherrschender Kräfte“. Aber wieweit und auf welche Weise das konkret geschehen soll,

wird nicht klar. Man muß daher noch den Verlauf der konkreten Diskussion analysieren. Man sagt, in Westdeutschland seien die Gewerkschaften durch das Recht der Mitbestimmung am Betrieb beteiligt. Tatsächlich aber weiß jeder, daß die wirkliche Macht in der Wirtschaft und den Betrieben in den Händen der Monopolkapitalisten liegt. Unter diesen Umständen ist das neue Programm, wenn man es nicht nur als eine vorübergehende Sache ansieht, in letzter Konsequenz auf Grund seiner Anerkennung des Prinzips der freien Marktwirtschaft und der Ablehnung der Sozialisierung bestimmter Industrien nicht einmal ein Programm des demokratischen Sozialismus, sondern das Programm eines modifizierten Kapitalismus. Wenn dann in Zukunft die Widersprüche des Kapitalismus nicht mehr allein durch den modifizierten Kapitalismus (die Kontrolle der Finanzen) gelöst werden können, wird dieses Programm wieder modifiziert.

Auch der demokratische Sozialist *D. H. Cole* (Fabier) hat den öffentlichen Besitz der Produktionsmittel für ein Prinzip des Sozialismus gehalten. Also hat sich das neue Programm nicht nur vom Marxismus getrennt, sondern auch vom Prinzip des demokratischen Sozialismus.

Die gleiche Frage stellt sich auch bei der englischen Labour Party. Gegenüber einigen Stimmen aus der Mitte der Partei, welche die Sozialisierungspolitik zurückziehen wollten, erklärte Bevan: Die Wahlen wurden deshalb verloren, weil man sich nicht zum System des Sozialismus bekannt hat und deshalb der politische Unterschied zur Konservativen Partei nicht klar war. Parteiführer Gaitskell hat dazu geäußert, daß er an der jetzigen Politik der Labour Party festhalte.

(3) Warum hat ausgerechnet die SPD ein neues Programm verfaßt? Das liegt daran, daß sie sich in der Beurteilung vorübergehender Erscheinungen getäuscht und eine langfristige, grundsätzliche Betrachtungsweise aufgegeben hat. Wenn sich die kapitalistische Wirtschaft im Aufschwung befindet, begünstigt das bei der Wahl die konservative Partei. In der Wirtschaft geht es zur Zeit relativ friedlich zu. Gerade in Westdeutschland gab es nach dem Kriege bei Industrie und Bergbau ein enormes Wachstum, welches durch den großen Wiederaufbaubedarf der Nachkriegszeit im Anschluß an die Inflation und Produktionsverknappung gegen Kriegsende und zu Beginn der Nachkriegszeit und durch die verborgene Produktionskraft und die technologischen Reformen

gemeinsam ermöglicht worden ist. Dadurch hat man sich täuschen lassen und angenommen, es gäbe bereits einen Kapitalismus ohne Krisen. Aber die Zeit des Wiederaufbaubedarfs ist vorbei und die technischen Reformen machen in der Welt die Runde. Der internationale Marktwettbewerb des Kapitalismus wird sich immer weiter verschärfen, andererseits wird der Pro-Kopf-Anteil des einzelnen am Brutto-sozialprodukt in der ganzen Welt immer geringer werden. Dann wird die Richtung der Abrüstung und friedlichen Koexistenz sich endgültig durchsetzen und es gibt keine Hoffnung mehr auf eine Rüstungsinflation. Es gibt keine Gewähr dafür, daß nicht in Zukunft eine Krise kommt, die mit einer Politik des modifizierten Kapitalismus zu kontrollieren ist. Für eine sozialistische Partei, die diese Änderung der Lage des Kapitalismus nicht durchschaut und seine vorübergehende Blüte fälschlich für langfristig hält, ist es daher ein gründlicher Fehler, wenn sie sich deshalb vom Sozialismus trennt und sich ein Programm des modifizierten Kapitalismus gibt.

(4) Der nächste Grund war, daß „sich in letzter Zeit eine Veränderung des Kapitalismus im Sinne einer Verbürgerlichung der Arbeiterklasse gezeigt hat. Daher muß man ein neues Programm machen, das auch für die bürgerlichen Mittelschichten annehmbar ist.“ Aber es ist ebenfalls eine Täuschung, wenn man die Modernisierung und qualitative Aufwertung eines Teils der Arbeiterschaft für eine Verbürgerlichung hält.

In Japan ist das politische Bewußtsein der Arbeiter in gewissem Sinne sogar fortschrittlicher als anderswo. Wenn jetzt das Bewußtsein der Oberschicht der deutschen und englischen Arbeiter wegen ihres Aufstiegs vorübergehend etwas konservativer geworden ist, so werden sich diese Arbeiter in Zukunft, wenn der Kapitalismus wieder eine Depressionsphase hat und die Überschüsse aus den Kolonien sich verringern, bestimmt den Angriffen von seiten des Kapitals ausgesetzt sein und wieder ein erhöhtes politisches Bewußtsein entwickeln.

Für die japanischen Bauern ist nach der Landreform bei guter Ernte endlich ein normales menschliches Leben möglich geworden, doch spüren sie jetzt auch die Schranke der niedrigen Preise von Weizen, Süßkartoffeln und Milch, die vom Druck des Monopolkapitals herrühren. Das Leben der städtischen Mittelschichten ist in Wirklichkeit labiler als vor dem Kriege. Besonders im Fall Japans, wo — anders als

in Westdeutschland oder England — der größte Teil der Bevölkerung aus kleinen und mittleren Unternehmern, Bauern und zehn Millionen Menschen mit sehr niedrigem Einkommen — monatlich nur 2000 Yen — besteht, muß man sagen, daß es nur leere Theorie und unrealistisch ist, wenn man nicht gegen das Monopolkapital kämpft und wie die neue Nishio-Partei in ihrem Bemühen um Beliebtheit nur von einer Theorie zum Schutze der bürgerlichen Mittelschichten spricht. Wenn nicht auch die mittleren Schichten gegen die Politik des Monopolkapitals kämpfen, wird es keine echte Befreiung und Aufwärtsentwicklung geben. Und wenn man seine Politik und seine Grundsätze so ungenau formuliert wie in Westdeutschland oder bei Nishios neuer Partei, dann gibt es keinen anderen Weg, um die mittleren Schichten auf die Seite des Sozialismus zu ziehen, als selber die dritte konservative Partei zu werden. Innerhalb der Massenorganisationen, der Ausbildungs- und Aufklärungsbewegungen und bei den alltäglichen Aktivitäten soll man den klaren Glauben an den Sozialismus verbreiten — das ist der richtige Weg. Ein altes Sprichwort sagt, wenn man es eilig hat, soll man einen Umweg machen.

Zu einer demokratischen Verwirklichung des Sozialismus bedarf es in jeder fortgeschrittenen kapitalistischen Nation einer Berücksichtigung der jeweiligen Besonderheiten. Im Falle Japans sind wir der Ansicht, daß das politische Programm der Sozialistischen Partei Japans zutreffender ist.

2. Professor Tamio Kawakami:

Vortrag, gehalten am 12. Dezember 1959, abgedruckt in der Monatsschrift „Dojin“, Ausgabe vom 1. März 1960 (Gründungsnummer), S. 1—7.

Einführung:

Tamio Kawakami ist der Sohn des früheren Vorsitzenden der SPJ, Jotaro Kawakami. Er ist Unterhausabgeordneter für die SPJ und gehört in der Partei zum sozialdemokratischen, nach seinem Vater benannten Kawakami-Flügel. Professor Kawakami lehrt Politische Wissenschaften an der Tokai Universität.

Text:

Über das neue Programm der SPD
— besonders über seine Aufnahme —

Auf einem außerordentlichen Parteitag, der vom 13. bis 15. November 1959 in der Nachbarstadt Bonns, in Bad Godesberg, abgehalten worden ist, hat die SPD ein neues Programm angenommen, das sich endgültig vom Marxismus trennt. Das Programm wurde mit 324 gegen 16 Stimmen verabschiedet.

Das Programm hat in Japan zweierlei Aufnahme gefunden. Da ich an der Art der Aufnahme einige Zweifel habe, möchte ich einiges dazu sagen.

Die einen bringen das Programm mit Nishios neuer Partei in Verbindung, erläutern seine Bedeutung und begrüßen es. Sie sagen, die SPD habe eine Wendung um 180 Grad von der Klassenpartei zur Volkspartei gemacht. Das entspreche der allgemeinen internationalen Lage und die SPJ solle entsprechend nachziehen.

Den politischen Sinn muß man in diesem Fall darin sehen, daß dadurch der Nachweis geführt wird, daß die neue Nishio-Partei, die den Weg einer Volkspartei vorgeschlagen hat, sich auf internationaler Ebene im Hauptstrom des Sozialismus befindet. Da findet man solche Ausdrücke wie: „Die Zeit des Sozialismus ist zu Ende. Daß man den Sozialismus über Bord wirft, ist die richtige Haltung gegenüber dem Schicksal der sozialistischen Bewegung.“

Es gab zwar keinen Leitartikel, der so etwas sagte, aber in dem Auszug aus dem neuen SPD-Programm, den die ‚Sankei‘-Zeitung am 21. Oktober brachte, stand am Anfang des achten Abschnitts des neuen Programms: „Die sozialistische Bewegung hat eine geschichtliche Aufgabe erfüllt“ mit dem Untertitel „Ende des Auftrags der sozialistischen Bewegung“. Als ich das zunächst gelesen habe, habe ich mich gewundert. Aber hinterher, als ich den vollständigen Text las, wurden an dieser Stelle die Verdienste aufgezählt, welche die sozialistische Bewegung bisher erworben hat. Und dann kommt ein Ausblick auf die Zukunft und Ausführungen über die Bedeutung des Sozialismus, und man sagt, daß weder der Kommunismus noch der Kapitalismus, sondern nur der demokratische Sozialismus die Aufgaben der heutigen Zeit, der Zeit der zweiten industriellen Revolution, lösen kann. Hier steht kein Wort von einem „Ende des Auftrags der sozialistischen Bewegung“.

Ich weiß nicht, wie der deutsche Originaltext an dieser Stelle lautet, aber in der von der SPD herausgegebenen englischen Übersetzung heißt es „The socialist movement has a

historic mission", und wenn man sich an diese Übersetzung hält, so bedeutet das, „die sozialistische Bewegung hat eine historische Aufgabe“, d. h., bis jetzt hat man wichtige Aufgaben erfüllt, aber auch für die Zukunft gibt es eine wichtige Rolle. Der in der ‚Sankei‘-Zeitung wiedergegebene Auszug mag eine falsche Übersetzung aus Mangel an Sprachkenntnis gewesen sein, doch kann es sich kaum um einen reinen Zufall handeln, eher wird man sagen, das sei ein symbolisches Zeichen für diese Art der Aufnahme.

Die andere Art der Aufnahme ist die von Herrn Ichiro Sakisaka. Herr Sakisaka hält das Programm der SPD für das reine Verderben, für einen Sturz in den Abgrund, an dem nichts zu verteidigen ist, und er schrieb in der Zeitschrift ‚Shakaito‘ eine einfache Kritik darüber, in der er sagte: „Das ist kein Sozialismus mehr.“ Aber das ist dasselbe, was er im letzten Jahr in ‚Shakaito‘ geschrieben hat, als die SPD ihren Entwurf veröffentlichte (im Mai 1958) und er auf ihrem Stuttgarter Parteitag diskutiert wurde. Damals hat Herr Sakisaka in einer Diskussion (Rundgespräch über „Das Konzept der SPD“ vom Januar 1959) folgende Meinung vertreten:

Ich habe das Gefühl, als ob ich die wörtliche Form der Erklärung der Französischen Revolution lese. Bei der Erklärung der großen Französischen Revolution findet man noch einen Sinn, einen Esprit, aber dies hier ist ganz ohne solchen Sinn, es sind nur die Worte der Erklärung der Französischen Revolution. Wenn man es liest, kann man das Wort ‚Sozialismus‘ sehen, aber wo der Sozialismus ist, versteht man nicht.

Zu dieser Zeit gab es ein ziemlich bekanntes Buch von Professor Kentaro Hayashi: „Überprüfung des modernen Sozialismus“. Natürlich wird Herr Sakisaka niemals diese Gedanken von Professor Hayashi aus der letzten Zeit anerkennen, dennoch sagte er bei der Diskussion über das Godesberger Programm: „Der Sozialismus von Kentaro Hayashi ist besser.“ Professor Hayashi lächelte sauer: „Ich bekam an einer sonderbaren Stelle ein Lob von Professor Sakisaka.“

Die Aufnahme des Programms bei den Rezensenten und in den politischen Kreisen verteilt sich im großen ganzen auf diese beiden Richtungen. Nur ein Leitartikel des ‚Asahi Journal‘ vom 29. November 1959 war ganz anders und wurde deshalb auch beachtet. Es wird dort gesagt, daß die Richtungsänderung der SPD

nur für die 1961 vorgesehenen Wahlen gedacht sei; im übrigen ist man sehr pessimistisch und fragt, ob diese taktische Änderung gegenüber dem erfolgsstarken Adenauer und Erhard von der CDU wirklich wirksam sein kann.

Wenn man die politische Lage Westdeutschlands betrachtet, kann man diese Ansicht nicht einfach vom Tisch fegen. Vor allem den Abschnitt über die Religion hat die SPD, so könnte man meinen, nur in der Absicht angenommen, ihr Fundament nicht wie bisher nur bei den evangelischen Wählern, sondern auch bei den Katholiken zu finden. Wenn man sich aber Gedanken darüber macht, ob das Programm nur zur Lösung solcher Gegenwartsprobleme verfaßt worden ist, kann man diesem Leitartikel doch nicht ganz zustimmen.

Das wird jedem von selber klar, der bedenkt, wie lange an dem Programm gearbeitet worden ist, wie vorsichtig es behandelt wurde, bis man es als neues Programm angenommen hat. Ich finde daher die erste Art der Aufnahme sehr oberflächlich, weil man dabei über den historischen Werdegang bis zur Annahme des heutigen neuen Programms, über die schweren inneren Kämpfe und blutigen Auseinandersetzungen und über das Gewicht der Geschichte hinwegsieht. Es muß daher als selbstgefälliges Mißverständnis kritisiert werden, wenn man so tut, als sei das neue Programm 1959 plötzlich in der Welt aufgetaucht und man habe dann diese Richtungsänderung um 180 Grad vollzogen.

Die zweite Ansicht, also die von Herrn Sakisaka, beharrt dagegen viel zu sehr auf dogmatischen Vorstellungen, ihr fehlt jede elastische Haltung, um neue Bemühungen zu verstehen, die durch die zeitliche Entwicklung erforderlich werden. Schon daß man die Geschichte allzu statisch betrachtet, widerspricht dem Geist von Marx, dessen wissenschaftliche Haltung darin bestand, die Realitäten unmittelbar zu betrachten.

Die SPD-Vorsitzende Ollenhauer hat bei der Eröffnung des Godesberger Parteitags folgendes erklärt, wodurch Ansichten wie die von Sakisaka scharf widerlegt werden:

„Das neue Programm der Partei ist nicht von ihrer marxistischen Vergangenheit zu trennen, sondern eine selbstverständliche Folge der gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen. Es wäre ein Widerspruch zum Marxismus, wollte man das Programm von Marx und Engels in das Programm von 1959 mit hineinneh-

men" ('Sekai Shuho', Ausgabe vom 8. Dezember 1959).

Auf dem letzten Parteitag im Juni 1958 hat die SPD den Entwurf des Programms angenommen; aber wenn man den Entwurf vom letzten und das Programm von diesem Jahr vergleicht, so ist der Inhalt kaum geändert. Nur beim Satzbau und in der Wortwahl gibt es kleine Unterschiede. Meiner Ansicht nach ist die jetzige Fassung besser. (Fußnote: Daß dieses Programm besser ist als der Entwurf von 1958, ist meine persönliche Meinung; es gibt Leute, die den früheren Inhalt besser finden. Übrigens wurde bei der Annahme, so heißt es, der Abschnitt über die Verteidigung fast verdoppelt.) Wenn man unbedingt etwas dazu sagen will, so dies, daß man den Eindruck hat, es sei straffer und geordneter als vorher.

Der Programmentwurf vom vergangenen Juni wurde im darauffolgenden Jahr in den verschiedenen Parteigremien durchdiskutiert und die Ergebnisse der Diskussion beim neuen Programm verwertet. Nimmt man dazu noch den Verlauf der Dinge bis zur Veröffentlichung des Programms überhaupt, so muß man fünf Jahre bis 1954 zurückdenken. Erstmals auf ihrem Berliner Parteitag von 1954 hat die SPD eine Einleitung zum Aktionsprogramm angenommen. Anschließend wurde der Parteivorstand mit der Abfassung des Entwurfs für ein Grundsatzprogramm beauftragt. Es wurde beschlossen, daß der Parteitag nach allgemeiner Diskussion ein neues Grundsatzprogramm verabschieden soll. Nach dieser Entscheidung des Parteitags hat der Parteivorstand 34 Ausschußmitglieder ernannt. Dieser Ausschuß hat 40 Vollsitzungen und kleinere Zusammenkünfte abgehalten und den Entwurf des Grundsatzprogramms erst im Jahre 1958 fertiggestellt und dem Stuttgarter Parteitag vorgelegt. Über den Ablauf von jenem Parteitag bis zum letzten Parteitag habe ich schon berichtet. Zunächst vier Jahre lang sorgfältige Erörterung durch die Fachleute, danach noch ein Jahr Diskussion durch alle Parteimitglieder, so daß es insgesamt fünf Jahre Vorbereitungszeit gegeben hat — das ist ein Punkt, den fast alle Zeitungen in unserem Lande übersehen haben.

Es kommt hinzu, daß man schon in der Einleitung zum Berliner Aktionsprogramm von 1954 den Geist des neuen Programms deutlich zum Ausdruck gebracht hat. Z. B. wird dort betont, daß die SPD eine Partei ist, die ihre Grundlagen in der christlichen Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie hat. Auch

der Grundton des neuen Programms pulsiert schon in jenem Aktionsprogramm. Wenn man auch nur diesen einen Punkt sieht, versteht man, daß es nicht so war, daß eine marxistische Partei das neue Programm von 1959 zum Anlaß genommen hat, sich plötzlich von einer Klassenpartei in eine Volkspartei zu verwandeln. Auch ist klar, daß nicht etwa ein Teil der Partei mit unwiderstehlicher Gewalt herausgebrochen und zur 'Volkspartei' erklärt worden ist.

In diesem Sinne hat Professor Royama auf eine Sache aufmerksam gemacht, und zwar im letzten Teil des Programms auf das „ist geworden“ in dem Satz: „Die Sozialdemokratische Partei ist von einer Partei der Arbeiterklasse zu einer Partei des Volkes geworden.“ Dieses „ist geworden“ klingt etwas anders als das japanische „geworden“. Es hat eher die Bedeutung „zur Reife gekommen“, während es im Japanischen nur heißt: „Ab jetzt ist sie eine Volkspartei.“ Als ich ihm zuhörte, ist mir erneut aufgefallen, wie sehr es darauf ankommt. „Ist geworden“ wird in der Bibel bei der Schöpfungsgeschichte benutzt („... so ist Himmel und Erde geworden“) und klingt tiefer als das japanische „geworden“. Im englischen Text heißt es: „has turned from a party of the working class into a party of the people“. Kritiker aus verschiedenen Ländern — ich habe das allerdings nicht so genau überprüft — wie z. B. in den repräsentativen Zeitungen Englands und Amerikas haben darüber flüchtig geschrieben, aber im 'New Statesman' finde ich keinen Artikel darüber, was natürlich ein Versehen von mir sein kann. Die Zeitschrift 'New Statesman' steht der englischen Labour Party nahe und schreibt gewöhnlich über solche internationalen Fragen. Daß sie aber im Vergleich zu den japanischen Zeitschriften nicht darüber geschrieben hat, sollte man nicht außer acht lassen. Der 'New Statesman' hat im letzten Jahr eine Rezension des Entwurfs gebracht, und ich habe dort zum erstenmal die englische Übersetzung von „Volkspartei“ gesehen.

Daß die japanischen Zeitungen, die im letzten Jahr nicht darauf geachtet haben, in diesem Jahr so viel Wind machen, zeigt eine schlechte Gewohnheit der Japaner, die solche internationalen Fragen ohne Überlegung als Bestätigung für ihre eigene Haltung benutzen wollen.

Was mich am meisten beeindruckt hat, war ein Aufsatz der Journalistin Elsner in 'Die Welt' (Übersetzung in der 'Yomiuri'-Zeitung vom

7. Dezember 1959), weil sie das Programm in seinem geschichtlichen Zusammenhang gesehen hat. Als ich den Aufsatz las, mußte ich an den tiefen Eindruck denken, den vor acht Jahren, als 1951 die Sozialistische Internationale gegründet und das Frankfurter Programm angenommen wurde, ein Aufsatz von Löwenthal über die historische Bedeutung des Programms auf mich gemacht hatte.

Der Aufsatz von Elsner beginnt so: „Wer etwas anfängt, hat es leicht. Er braucht keine Rücksicht auf Traditionen zu nehmen, er braucht nicht den Mut zur Umkehr oder Selbstkritik . . . Er braucht auch keine Leute der Vergangenheit, die ihre alte Denkweise haben und daher mit den schnellen Entwicklungen der Zeit nicht mehr mitkommen, zu überreden oder umzuerziehen . . . Aber so geht es nicht bei der SPD.“

Dann würdigt sie die Periode, in der die SPD mit ihrer Erklärung, der Marxismus sei eine ‚unbestreitbare Wahrheit‘, vielen armen Arbeitern in schlechtesten Lebensumständen neue Hoffnung gegeben hat, und sagt: „Das kann man nicht einfach wegstreichen. Um das zu schaffen, bedurfte es eines langen Weges, vieler Zwischenstufen, Perspektiven, Änderungen der Gesellschaft und Überwindung der Armut. Der letzte außerordentliche Parteitag hat diese Entwicklung zum Abschluß gebracht.“

„Man kann es nicht einfach wegstreichen“. „Es bedurfte eines langen Wegs, vieler Zwischenstufen, Perspektiven, Änderungen der Gesellschaft, Überwindung der Armut.“ Einzelne Worte dieses Satzes berühren mich ziemlich, wenn ich an die Tragödie der Spaltung der SPJ und an den Zustand der neuen Nishio-Partei denke.

Nach dieser Einleitung ihres Aufsatzes schreibt Elsner über das Eisenacher Programm und die geschichtliche Entwicklung, in deren Mittelpunkt das fünfmal neugeschriebene Programm der SPD steht. Die fünf Programme der SPD sind: das Eisenacher Programm (1869), Gothaer Programm (1875), Erfurter Programm (1891), Görlitzer Programm (1921) und das Heidelberger Programm (1925). Und dieses Godesberger Programm ist das erste offizielle Programm der nach dem Kriege wiederaufgebauten SPD, historisch gesehen seit dem Heidelberger Programm von 1925. Erst 34 Jahre später, ganz abgesehen davon, daß die Partei nach acht Jahren von den Nationalsozialisten

vertrieben wurde und untertauchen mußte, hat sie dieses neue Programm angenommen.

Wie Sie wissen, stand der Anfang der sozialistischen Bewegung in Deutschland unter dem Einfluß von Lassalle. Er blieb im Lande, ist nicht ausgewandert wie Marx, und führte die Bewegung, die 1863 die erste politische Gruppierung deutscher Arbeiter, den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, organisiert hat. Bei einem Duell um ein Mädchen wurde er verletzt und ist daran gestorben, doch übte er noch lange über seinen Tod hinaus beträchtlichen Einfluß auf die deutsche Arbeiterbewegung aus. Marx und Engels haben übers Meer aus England, wohin sie geflüchtet waren, die deutsche Bewegung geführt. Und das erste Programm der Partei, welches Bebel und Liebknecht unter dem Einfluß von Marx verfaßt haben, war das Eisenacher Programm.

Später, als sich der Lassalle-Flügel und der Marx-Flügel vereinigten, wurde ein neues Programm angenommen, das Gothaer Programm, mit dem Marx sehr unzufrieden war, weil es zu stark von Lassalle beeinflusst sei. Seine Gedanken hierüber faßte er in der berühmten „Kritik des Gothaer Programms“ zusammen.

Zur Zeit des Erfurter Programms war Marx schon tot, aber Engels lebte noch und unterstützte es im großen und ganzen. Das Erfurter Programm hat einerseits die ganze Theorie von Marx übernommen — einschließlich der Sozialisierung der gesamten Produktionsmittel —, andererseits enthielt es verschiedene aktuelle Forderungen wie die Verwirklichung des Acht-Stunden-Tags usw., die unmittelbar mit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Zusammenhang standen. Das Erfurter Programm wurde damals 30 Jahre lang als das Programm der SPD verehrt, doch in seiner grundsätzlichen Denkart beherrschte das Programm auch später noch, nämlich die rund 40 Jahre bis zur Unterdrückung der Partei durch die Nazis, die Geschichte der SPD. Die SPD war die Säule der Zweiten Internationale, und selbst Lenin gibt zu, daß „die deutsche SPD lange Zeit unsere Lehrmeisterin war“. Und ich glaube, daß auch die Sozialistische Partei Japans in einem gewissen Sinne zunächst nur im Rahmen des Erfurter Programms denken konnte.

Über die besonderen Merkmale des Erfurter Programms hat der oben schon erwähnte Löwenthal ganz zutreffend bemerkt, daß das Programm ‚zweistöckig‘ sei mit einem Maximalprogramm und einem Minimalprogramm.

In dem Maximalprogramm sei die Grundideologie des Marxismus enthalten, während man in das Minimalprogramm die Forderungen nach Verbesserung der unmittelbaren Lebensbedingungen aufgenommen habe.

Auch Elsner schreibt über das Erfurter Programm und meint, daß seit dieser Zeit im Programm und in der Politik der SPD utopische Hoffnungen und realistische Gegenwartsforderungen immer miteinander verknüpft waren.

Was aber wird daraus, und was ist tatsächlich daraus geworden, die Methode des Erfurter Programms in die Praxis zu übertragen? Löwenthal schreibt dazu: „In ihrer Sprache waren sie radikal, doch in der Praxis trieben sie es schlimmer als die englische Labour Party, von der sie wenig hielten. Außerdem hat die SPD in unsinniger Weise immer zwischen ihrem Maximal- und Minimalprogramm hin und her geschwankt. Das ist der Grund, warum sie 1933 einfach unterging.“

Die Besonderheit des Frankfurter Programms der Sozialistischen Internationale, die nach dem Zweiten Weltkrieg ins Leben gerufen worden war, ist das Bemühen, in Reaktion auf die schwächende Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis einen Mittelweg zwischen den beiden Programmen zu finden. Die gleiche Einschätzung muß auch für das Godesberger Programm gelten. Wenn man an diese Schwäche des Erfurter Programms denkt, an den Widerspruch zwischen Theorie und Praxis, dann kommt einem der Name Bernstein in Erinnerung, des Gegners von Kautsky. Am Wendepunkt des 19. auf das 20. Jahrhundert hatten sie ihren Disput. Und man könnte sagen, daß Bernstein, der eine Änderung der Erfurter Ideologie verlangte, sich in einem gewissen Sinne in diesem neuen Programm durchgesetzt hat.

Nur darf man dabei nicht vergessen, daß die SPD der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg einige Erlebnisse hatte, die Bernstein erspart blieben, und schwer kämpfen mußte, bis sie zu ihrer heutigen Form kam: Erlebnisse mit den Nazis, den Kommunisten, Änderungen des Kapitalismus usw. Aufgrund dieser bitteren Erfahrungen haben die Worte ‚Freiheit‘ und ‚Menschlichkeit‘ eine noch größere Bedeutung für sie. Das macht dieses neue Programm so bedeutsam und beeindruckend, deshalb stellt es auch an uns seine Fragen. Mit diesem geschichtlichen Hintergrund ist das Programm an uns herangetreten, und wir

brauchen dieses geschichtliche Verständnis für seine Beurteilung.

Ein wichtiger Punkt ist übrig geblieben, und zwar die Frage nach dem Inhalt des neuen Programms. Doch darüber wird Kosaku Wada bald eine Untersuchung machen, also werde ich mich darauf beschränken, einige Punkte aufzuzählen. In dem neuen Programm gibt es drei wichtige Dinge, nämlich 1. die Frage nach dem Eigentum, 2. die Landesverteidigung und 3. die Frage der Religion (oder Weltanschauung). Das muß man noch im einzelnen untersuchen, auch soll ein Bericht über die Beratungen und über den Hauptinhalt des Programms herausgegeben werden. Den möchte ich genauer studieren und richtig verstehen.

Jetzt möchte ich nur noch auf eines hinweisen, nämlich daß Deutschland ein deutsches, England ein englisches, Österreich ein österreichisches und jedes Land sein eigenes Programm der demokratisch-sozialistischen Partei hat, das die Besonderheiten der eigenen Lage widerspiegelt (zum Beispiel in der Haltung zur Frage der Sozialisierung). Außerdem fällt mir auf, daß man die optimistische Unterwerfung unter eine allmächtige Ideologie aufgegeben hat aus dem Gedanken heraus, daß jeder Versuch einer Verbesserung der Gesellschaft, solange es Menschen gibt, immer mit Fehlern des menschlichen Verstandes behaftet sein kann.

3. Professor Yoshihiko Seki:

Aufsatz in der Zeitschrift „Jiritsu“, Ausgabe vom 15. Januar 1960, S. 38—43

Einführung:

Yoshihiko Seki gilt in Japan als einer der renommierten Spezialisten für die Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung, besonders der englischen und deutschen Sozialdemokratie. Er ist der Verfasser des Entwurfs für das Parteiprogramm der Demokratisch-Sozialistischen Partei (DSP) von 1960, das in seinen Grundzügen auf dem Programm der „Forschungsgesellschaft für sozialistisches Gedankengut“ (Shakai Shiso Kenkyukai) beruht. Auch an der Aufstellung dieses Programms war Professor Seki als langjähriger Vorsitzender der Gesellschaft maßgeblich beteiligt. Bis zum Sommer 1969 war Professor Seki Dekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der städtischen Universität in Tokio.

Text:

Das Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

1) Im letzten September, als die SPJ gerade Gefahr lief, sich wegen des Parteiausschlusses von Nishio zu spalten, stand in einigen Zeitungen ein Bericht über die Veröffentlichung des Konzepts eines SPD-Programms. Das hat vielen SPJ-Führern einen ziemlichen Schock gegeben. Denn nicht wenige der gegenwärtigen Führer der SPJ haben ihr sozialistisches Gedankengut von der deutschen SPD gelernt und haben den Marxismus der SPD für orthodox gehalten. Daß ausgerechnet diese SPD einen Programmentwurf als Volkspartei und ohne Marxismus veröffentlicht hat — genau gesagt handelt es sich um einen zweiten Entwurf, der erste ist schon 1958 veröffentlicht worden —, bedeutet für diese SPJ-Führer, daß ihre bisherigen Vorstellungen über den Sozialismus sogar in Deutschland verneint worden sind. Einige von ihnen blieben ganz ruhig und erklärten: „Dieser Entwurf wird auf dem Godesberger Parteitag am 15. November korrigiert werden, oder man wird dagegen stimmen.“ Doch beim Parteitag wurde das Programm, abgesehen von einigen Änderungen am Wortlaut, mit Mehrheit angenommen. Diejenigen, welche aus der SPJ ausgetreten sind, haben sich gefreut, daß ihre Theorie von der Volkspartei auf der Weltbühne Unterstützung gefunden hat, aber die in der Partei Gebliebenen konnten ihre Überraschung nicht verbergen. Parteivorsitzender Suzuki meinte, das neue Programm der SPD habe große Ähnlichkeit mit dem SPJ-Programm, doch die Parteizeitung ‚Shakai Shimpō‘ kritisierte es als Entartung des Sozialismus.

Aber unabhängig davon, was die Leute von der SPJ darüber denken, ist das neue SPD-Programm epochemachend. Das heißt nicht, daß die Gedanken in dem Programm völlig neu sind. Wenn es nur darum ginge, dann hat die englische Labour Party vor einem halben Jahrhundert das gleiche gesagt. Der Grund dafür, daß es epochemachend ist, liegt darin, daß sich die SPD, die bisher als Partei der marxistischen Ideologie die sozialistische Bewegung in der Welt geführt hat, nun vom Marxismus trennt und als demokratisch-sozialistische Partei neu geboren wird. Ich werde versuchen darzulegen, wie sich das neue Programm vom bisherigen marxistischen Sozialismus unterscheidet.

2) Die bisherigen SPD-Programme — sei es das nach dem Ersten Weltkrieg (1921) angenommene Görlitzer Programm oder das Heidelberger Programm (1925) — standen auf der Grundlage des Erfurter Programms von 1891.

Beim alten Programm gab es zunächst eine Analyse des Kapitalismus und dann wurde prophetisch der Zusammenbruch des Kapitalismus infolge einer Zunahme seiner inneren Widersprüche sowie die Ankunft des Sozialismus beschrieben. In dem neuen Programm hingegen werden nach einem kurzen Vorspruch zunächst die „Grundwerte des Sozialismus“ aufgeführt, also die Gesellschaft, die sich der Sozialismus zum Ziel gesetzt hat, „in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und als dienendes Glied der Gemeinschaft verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Menschheit mitwirken kann“. Die Partei erstrebt eine Gesellschaftsordnung, die diesen Grundwerten entspricht, aber zugleich wird betont, daß „der Sozialismus eine dauernde Aufgabe ist“. Das heißt, der Sozialismus kommt nicht mit kausaler Notwendigkeit, sondern er ist ein Ideal, nach dem alle Menschen streben müssen, um es zu erreichen.

Im alten Programm, das heißt nach marxistischer Vorstellung, hat die Geschichte ihre eigenen Entwicklungsgesetze, die vom menschlichen Willen unabhängig sind; die Geschichte benutzt eine bestimmte Klasse als Mittel zur Erreichung ihres Selbstzwecks, des Sozialismus. Daher mußte eine sozialistische Partei prophetisch den Lauf der Geschichte vorhersagen, und sie hatte die geschichtliche Aufgabe, das Proletariat zu organisieren und in dieser Richtung zu führen. Mit anderen Worten: Der Sozialismus mußte die Regeln der Geschichte, die allerletzte Wahrheit finden. Das neue Programm beseitigt dieses prophetische Denken. „Der demokratische Sozialismus will keine letzten Wahrheiten verkünden — nicht aus Verständnislosigkeit und nicht aus Gleichgültigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen Wahrheiten, sondern aus der Achtung vor den Glaubensentscheidungen des Menschen, über deren Inhalt weder eine politische Partei noch der Staat zu bestimmen haben.“ Zum zweiten wird an dieser Stelle ein neues Problem geboren. Denn die SPD heißt nicht nur die Leute in der Partei willkommen, die an die altherwürdigen Dogmen des Marxismus vom Menschen, von der Gesellschaft und von der Geschichte glauben. Diese weltanschaulichen Fragen sind vielmehr Sache jedes einzelnen; die SPD wird ihre Tore Leuten mit allen Weltanschauungen öffnen. Das bedeutet aber nicht, daß der Sozialismus ohne Regeln ist. Denn es ist Grundvoraussetzung, daß man die Grundwerte des Sozialismus anerkennt. Ob man nun diese An-

erkenntnis aus christlicher, existenzialistischer oder unitaristischer Haltung macht, bleibt jedem überlassen. Die Grundhaltung des Programms ist dabei folgende: Weder der Staat noch eine politische Partei sollen sich in Fragen der Religion und der Weltanschauung einmischen. Das ist von entscheidender Bedeutung. Denn erst von einer solchen Haltung aus gelangt man zum Geist der Toleranz gegenüber der Freiheit des Denkens und Glaubens. Leute, die eine bestimmte Ideologie haben (z. B. den Marxismus), könnten, einmal an die Macht gelangt, nicht der Verlockung widerstehen, ihre Ideologie dem ganzen Volk aufzuzwingen. Mit der Folge, daß die Partei oder der Staat . . . sich in Wissenschaft, Religion und Kunst einmischen und alles außer ihrer offiziellen Ideologie unterdrücken. Daß die SPD in ihrem Programm nicht nur von der Freiheit des Denkens und der Rede spricht, sondern auch die Grundlage für diese Haltung angibt, ist sehr wichtig. Dieses Verlangen nach Freiheit, was man im bisherigen Programm nicht finden konnte, und zwar nicht nur die Freiheit des Geistes, sondern auch eine Garantie dieser Freiheit, wird in diesem Programm als politische Demokratie mehrfach in den Vordergrund gestellt. Sozialismus wird nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie erst durch den Sozialismus erfüllt — diese Betonung der Übereinstimmung von Sozialismus und Demokratie ist bei dem oben dargelegten Denken eine selbstverständliche Folge.

3) Der dritte Punkt ist, und auch dies scheint mir eine natürliche Folge der obigen Haltung zu sein, daß sich die SPD ganz deutlich gegen den Kommunismus erklärt. Schon zwischen den beiden Weltkriegen war die SPD in ihrer Praxis sehr anti-kommunistisch. Aber es ist nicht einfach, von einer Position des Marxismus her gegen den Marxismus-Leninismus zu sein. Kautsky hat mit Lenin über den Marxismus diskutiert, doch blieb er bei der Diskussion wohl der schwächere. Aber dieses Programm hat sich, wie gesagt, vom Marxismus getrennt, und deshalb gibt es eine klare Stellungnahme nicht nur gegen die Kommunistische Partei, sondern auch gegen den Kommunismus selber ab, und zwar: „Die Kommunisten unterdrücken die Freiheit radikal. Sie vergewaltigen die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Persönlichkeit und der Völker. . . . Auf dem Rücken ihrer Völker errichten sie eine wirtschaftliche und militärische Macht, die zur wachsenden Bedrohung der Freiheit wird.“ — Die japanischen Links-

sozialisten ziehen eine Linie zwischen sich und der Kommunistischen Partei, doch gehört es zu ihren Eigenheiten, daß sie nichts gegen den Kommunismus sagen.

4) Der vierte Punkt ist die Hervorhebung, daß auf der Grundlage des Wohlfahrtsstaats ein Kulturstaat aufgebaut werden soll. Was mit Wohlfahrtsstaat und Kulturstaat gemeint ist, wird aus den Begriffen selber nicht klar, doch werden ihre Grundlagen im eigentlichen Text erklärt. Will man es in einen Satz zusammenfassen, so bedeutet es, daß man die Gesellschaft bis in die letzten Winkel hinein mit demokratischem Lebensstil erfüllen will. Das bedeutet nicht nur die Anerkennung einer Konkurrenzpartei bzw. des Mehrparteiensystems und der Dreiteilung der Gewalten, sondern auch die Erkenntnis, daß der Staat ein Mittel ist, um jedem einzelnen die Bedingungen für seine moralische Entwicklung zu schaffen. Im Gegensatz dazu macht der rechts- oder linkstotalitäre Staat den einzelnen zum Objekt des Staates. Das Ideal des Wohlfahrtsstaats oder des Kulturstaats aber ist es nicht, daß der Staat selber die kulturellen Werte schafft, vielmehr bedeutet es die Anerkennung seiner Hebammenfunktion gegenüber dem Bestreben des einzelnen. Es ist dies natürlich nicht der Nachwächterstaat, aber auch nicht der Gedanke, den Staat wie Hegel als das moralisch Gute zu betrachten. Es ist eine Vorstellung, die auf der Theorie vom pluralistischen Staat beruht.

5) Die fünfte Besonderheit des Programms hängt mit der Wirtschaftsverfassung zusammen. Die bisherigen Mißverständnisse über den Sozialismus beruhen auf dem Gedanken einer Sozialisierung der gesamten Produktionsmittel. Im extremen Fall hieß es, ohne Beseitigung aller Privatvermögen gäbe es überhaupt keinen Sozialismus. Auch das alte Programm hat sich zu diesem Punkt nicht klar geäußert. Als der Besitzer der Produktionsmittel alle Macht hatte — wie im 19. Jahrhundert —, war die einzige Methode zur Verwirklichung der Ideale des Sozialismus sicherlich ein Verbot des Privatbesitzes an Produktionsmitteln. Doch später wurde dies zum Dogma; tatsächlich hat sich auch der Kapitalismus gewandelt, dennoch blieb dieser Gedanke als Mythos erhalten.

Das neue Programm nimmt ganz deutlich Abschied von solchen Mythen. Es betont nämlich, daß die Wirtschaftsordnung des Sozialismus

auf ein klassenloses „Leben in Freiheit ohne Abhängigkeit und ohne Ausbeutung“ abzielt, nicht aber auf eine Verneinung des Privatvermögens. Es hebt vielmehr das Ziel einer gerechten Verteilung des Privatvermögens hervor. Auch hinsichtlich der Produktionsmittel nimmt das Programm eine positive Haltung ein und erklärt, daß „das private Eigentum Anspruch auf Schutz und Förderung hat, soweit es nicht den Aufbau einer gerechten Sozialordnung verhindert“.

Natürlich bedeutet das keine unbeschränkte Anerkennung. Wirtschaftliche Macht ist ebenso wie politische Macht eine zweischneidige Sache. Wirtschaftliche Macht birgt oft die Gefahr des Mißbrauchs in sich — genauer gesagt vor allem dann, wenn große Unternehmen ein Monopol innehaben. Um das zu vermeiden, spricht die SPD von Investitionskontrolle und von der Kontrolle marktbeherrschender Kräfte und nennt als eine Methode solcher Kontrolle das Gemeineigentum. Es heißt dort nämlich: „Gemeineigentum ist eine legitime Form der öffentlichen Kontrolle, auf die kein moderner Staat verzichtet. Sie dient der Bewahrung der Freiheit vor der Übermacht großer Wirtschaftsgebilde.“ In der modernen Wirtschaft hat der Eigentümer im alten Sinne infolge der Trennung von Eigentum und Management seine wirtschaftliche Verfügungsgewalt verloren; sie ist allmählich in die Hände der Manager gefallen. Um die Macht dieser Manager zu brechen, bleibt die Sozialisierung ein unentbehrliches Mittel, um einzelne Industrien je nach Notwendigkeit in Gemeineigentum überführen zu können; doch ist bemerkenswert, daß das Programm nicht von einem à-priori-Prinzip der Sozialisierung ausgeht. Das entspricht der Haltung des Hauptstroms der englischen Labor Party. In Artikel 4 der englischen Charta von 1918 steht jedoch, daß die Mittel der Produktion, Verteilung und des Austauschs in öffentlichen Besitz überführt werden sollen, was die Anhängerschaft der SPD in Deutschland nicht so deutlich aussprechen kann, dennoch wird es allmählich in dieser Richtung laufen.

Diese Frage hängt mit den Problemen der Planung zusammen. Nach dem alten Mythos ist Sozialismus gleich Planwirtschaft. Solange sich der Sozialismus als Gegenbewegung zum freien Kapitalismus entwickelt hat, gab es natürlich die Forderung nach irgendeiner Planung in der Wirtschaft. Doch gibt es auch im Bereich der Planung sehr verschiedene Methoden. Die Frage lautet also nicht, ob mit

Planung oder ohne Planung, sondern welche Planung. Das neue Programm sagt dazu eindeutig, „freie Konsumwahl und freie Arbeitsplatzwahl sind entscheidende Grundlagen, freier Wettbewerb und freie Unternehmerinitiative sind wichtige Elemente sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik“, und erkennt das Prinzip der Marktwirtschaft an. Auf dieser Basis wird man verschiedene Pläne einführen, um zu verhindern, daß der Markt von einzelnen oder von Gruppen beherrscht wird. Es ist kein Plan zur Abschaffung der Marktwirtschaft, sondern er dient der Wiederbelebung des Gedankens der Marktwirtschaft dort, wo sie bereits zerstört worden ist. „Wettbewerb soweit wie möglich — Planung soweit wie nötig!“, so lautet das Prinzip, und so soll man diese Worte auch verstehen.

6) Zum Schluß, doch als wichtigste Punkte, kommen die Fragen der Landesverteidigung und der Außenpolitik. Die früheren Programme zeigten darin keine sehr klare Haltung. Gegenüber einer Bürgerwehr war man positiv eingestellt, während die Haltung gegenüber einem stehenden Heer nie klar ausgesprochen wurde. Die Haltung der deutschen SPD in der Weimarer Zeit war so, daß man es zwar in der Praxis anerkannt, doch theoretisch nicht gebilligt hat. Als Folge davon wurde die Wehrmacht in eine SPD-feindliche Haltung getrieben.

Doch im neuen Programm steht ganz deutlich, daß man die Landesverteidigung bejaht. Es spricht sich gegen den Besitz von Atomwaffen und anderen Massenvernichtungsmitteln aus, bejaht aber das Vorhandensein militärischer Macht und betont besonders, daß zwischen den Soldaten und den demokratischen Kräften des Volkes ein Vertrauensverhältnis bestehen müsse. Natürlich fordert die SPD die Abrüstung und eine mit einer internationalen Polizeitruppe ausgestattete internationale Rechtsordnung. Doch hält sie es bis zur Erreichung dieses Ziels nicht vereinbar für die Haltung einer politischen Partei mit Verantwortungsgefühl gegenüber dem Volk, die einseitige Abrüstung zu fordern.

Im Bereich der internationalen Politik ist man natürlich für eine Stärkung der UNO und betont die internationale Gemeinschaft, zugleich aber gibt man dem sehnlichen Wunsch nach Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland Ausdruck und spricht sich im übrigen für eine Stärkung regionaler Sicherheitssysteme im Rahmen der Vereinten Nationen

aus. Der Gedanke passiver Neutralität ist dabei nicht zu erkennen. Sie äußern sich zwar nicht direkt zum NATO-Problem, doch ist anzunehmen, daß sie eine weitere Mitgliedschaft befürworten, solange die gegenwärtige internationale Spannung anhält. Zum Geist der Außenpolitik der japanischen SPJ besteht ein Unterschied wie Tag und Nacht.

7) Es ist natürlich ganz einfach, diese Haltung der SPD vom Standpunkt des alten Marxismus aus zu kritisieren. Man könnte sagen, das ist kein Sozialismus mehr oder es ist ein Verrat daran. Aber es gibt nirgendwo ein Gesetz, daß der Marxismus der einzig richtige Sozialismus ist. Diese Losung gilt nur im Kreise der Marxisten. Wenn man die Entwicklung des sozialistischen Denkens ohne Vorurteil verfolgt, muß man anerkennen, daß Marx ein hervorragender sozialistischer Denker des 19.

Jahrhunderts war, aber es läßt sich auch nicht bestreiten, daß er nur einer von ihnen war und daß sein eigenes Denken — zumindest in der Frühzeit — eher humanistisch und anders war, als die späteren sogenannten *Marxisten* den Marxismus verstehen. Als Hauptstrom des Sozialismus muß vielmehr der ethische, auf dem Humanismus basierende Sozialismus angesehen werden. Aus diesem Blickwinkel gesehen bleibt das neue Programm der SPD den Traditionen des Sozialismus treu. Damit hat die SPD nach fast ein halbes Jahrhundert währenden Umwegen wieder zu der echten Tradition des Sozialismus zurückgefunden. Auch die sozialistische Bewegung Japans, die unter dem Einfluß der deutschen SPD stand, dürfte nicht mehr weit davon entfernt sein, zur Tradition des echten Sozialismus zurückzukehren. Anzeichen dafür werden allmählich sichtbar.

B. Kommentare zum Godesberger Programm aus heutiger Sicht

Indien

4. Prem Bhasim

Schriftliche Stellungnahme vom 19. August 1969

Einführung:

Prem Bhasim ist der Generalsekretär der „Praja Socialist Party“ (PSP), einer von zwei sozialistischen Parteien Indiens, mit 23 von 494 Sitzen im indischen Unterhaus. Die PSP ist seit vielen Jahren Mitglied der Sozialistischen Internationale. Die Stellungnahme Prem Bhasims erfolgte zugleich im Namen des Parteivorsitzenden N. G. Goray.

Text:

Ich fürchte, niemand von uns hat jemals eine Stellungnahme zum Godesberger Programm der SPD abgegeben. Mir ist auch nicht bekannt, ob andere Parteien oder politische Führer in Asien sich dazu geäußert haben.

5. Brij Mohan Toofan

Schriftliche Stellungnahme vom 20. August 1969

Einführung:

Brij Mohan Toofan ist Vorstandsmitglied und Sekretär des Außenpolitischen Ausschusses der PSP. Er hat an vielen Kongressen und Tagungen der Sozialistischen Internationale teilgenommen.

Text:

Vermutlich haben nur sehr wenige Leute in Asien etwas über das Godesberger Programm gehört. Ich würde sogar bezweifeln, ob auch nur zehn Leute (in Asien) davon gehört haben.

Indonesien

6. Djoeir Moehamad

Schriftliche Stellungnahme vom 9. Oktober 1969

Einführung:

Djoeir Moehamad war Vorstandsmitglied der unter dem früheren Präsidenten Soekarno verbotenen und noch nicht wieder zugelassenen „Partai Socialis Indonesia“. Die PSI war Mitglied der mit der Sozialistischen Internationale verbundenen „Asian Socialist Conference“ — die ihren Sitz in der burmesischen

Hauptstadt Rangun hatte, bis ihr Fortbestehen durch den Staatsstreich von General Ne Win im März 1962 unmöglich gemacht wurde —, jedoch niemals der Sozialistischen Internationale selber. Heute gehört Djoeir Moehamad dem aus neun Mitgliedern bestehenden Kollektivsekretariat der „Gerakan Kerakjatan Gembangunan“ (Demokratische Volksbewegung) an, einer Nachfolgeorganisation der PSI, die eigene Kandidaten aufstellen will, sobald in Indonesien wieder Parlamentswahlen zugelassen werden.

Text:

Als langjähriger überzeugter Sozialist und Vorstandsmitglied der (unter dem Soekarno-Regime aufgelösten und vom Soeharto-Regime noch nicht wieder zugelassenen) Partei Socialis Indonesia habe ich keinerlei Einwendungen gegen das Godesberger Programm der SPD und stimme seinem Inhalt im großen ganzen zu. Und zwar deshalb, weil es das Hauptziel des Sozialismus ist, Arbeit und Produktion zu regulieren, ihre Früchte so gerecht wie möglich unter den Mitgliedern der Gesellschaft aufzuteilen, die Aufrechterhaltung der Grundrechte wie auch der persönlichen Freiheit zu garantieren, indem der Religion und dem Glauben des Volkes Toleranz entgegengebracht und ihre moralische und geistige Integrität respektiert wird.

Nachdem die sozialistischen Parteien wiederholte Niederlagen, Stagnationen, Spaltungen und unpopuläre politische Einstellungen und Maßnahmen durchgemacht haben, glaube ich, daß die Führer der sozialistischen Parteien und Bewegungen in den Entwicklungsländern, wo Traditionalismus, religiöser Fanatismus und Feudalismus noch tief im Leben der Masse verwurzelt sind, die gegenwärtigen Ideologien und politischen Einstellungen ihrer jeweiligen Parteien wie auch deren organisatorische Struktur einer Überprüfung und Neubewertung unterziehen sollten, um sie in die Lage zu versetzen, von ihren Völkern ohne Zögern anerkannt zu werden.

Es ist unsere höchste Pflicht, uns nunmehr frei zu machen von den bestehenden Hindernissen für eine Verwirklichung der sozialistischen Ziele, anstatt uns weiterhin mit dem überalterten Dogmatismus und einer versteiften und verhärteten Haltung herumzuschlagen.

Die Errungenschaften, welche die SPD mit ihrem Godesberger Programm zustande gebracht hat, sollten uns zu einer solchen Über-

prüfung und Neubewertung ermuntern. Mit einer solchen Grundeinstellung können wir dann unser eigenes Grundsatzprogramm neu formulieren, das den Bedingungen unserer Gesellschaft und Umwelt angepaßt sein sollte. Doch sollten wir nicht unseren alten Fehlern einer blinden Übernahme der Dogmen und Theorien der früheren westlichen sozialistischen Parteien wiederholen, denen es nicht gelungen ist, ihre Ziele zu erreichen.

7. Soedjatmoko

Schriftliche Stellungnahme vom 26. August 1969

Einführung:

Soedjatmoko gehört zu den führenden Theoretikern der PSI. Er ist gegenwärtig indonesischer Botschafter in Washington und gehört dem Kollektivsekretariat der „Gerakan Kerakjatan Gembangunan“ an.

Text:

Das Godesberger Programm ist sicherlich ein sehr bedeutsamer Meilenstein in der Entwicklung des Sozialismus; es wäre wichtig, seine Bedeutung und seine Mängel für den sozialistischen Kampf in den unterentwickelten Ländern darzustellen.

8. Dr. T. B. Simatupang

Schriftliche Stellungnahme vom 3. September 1969

Einführung:

Dr. Simatupang, ein pensionierter General, war Oberbefehlshaber der indonesischen Armee. Als Protestant gehört Dr. Simatupang zur starken christlichen Minderheit in Indonesien. Er ist Vorsitzender des indonesischen Kirchenrats und vertritt in dieser Eigenschaft sein Land im Weltkirchenrat.

Text:

Meine erste Reaktion auf das Godesberger Programm ist eine solche der Zustimmung. Ich kann mir vorstellen, daß angesichts der Realitäten einer modernen, aufsteigenden Industriegesellschaft in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg die alte doktrinäre Betrachtungsweise hinsichtlich der Rolle der Partei, der Notwendigkeit einer Sozialisierung und des dogmatischen Selbstverständnisses als einer „Weltanschauungspartei“ nicht mehr weitergeführt werden konnte und daher eine

völlig neue Denkweise erforderlich wurde, um die Ideale des Sozialismus zu verwirklichen. Das Ausmaß des Wandels in den Zielen und der Betrachtungsweise mag durch die Verwendung der Worte „Verwirklichung der Ideale des Sozialismus“ anstelle „Verwirklichung des Sozialismus“ zum Ausdruck kommen.

Aber welche Bedeutung hat dieser Anschauungswandel inmitten der Realitäten einer westlich industriellen Wohlstandsgesellschaft für die „Verwirklichung der Ideale des Sozialismus“ in den asiatischen Gesellschaften, die noch tief verstrickt sind in die Wehen der Entwicklung und Industrialisierung der nachkolonialen Ära und bei denen die Ideale moderner Demokratie das Leben und Denken des Volkes noch nicht tief durchdrungen haben?

Für Länder wie Indonesien mag das Godesberger Programm in zweierlei Hinsicht bedeutsam sein:

1) Es kann unsere eigenen Erfahrungen bestätigen und stärken, daß sich nämlich eine allzu doktrinaire Betrachtungsweise des Sozialismus, die auf einer allzu dogmatischen Interpretation der Geschichte und der gesellschaftlichen Verhältnisse beruht, angesichts der Realitäten unserer sich modernisierenden, entwickelnden, nachkolonialen Gesellschaft unter den Gegenwartsbedingungen dieser Welt als unproduktiv erwiesen hat.

2) Angesichts der Gegebenheiten einer Gesellschaft, die sich von denen der industriellen Wohlfahrtsgesellschaft im Westdeutschland der Nachkriegszeit wesentlich unterscheidet, kann es sicherlich nicht imitiert werden, doch kann es als Anregung dienen für eine realistische und schöpferische Neu-Interpretation der „Ideale des Sozialismus“ unter den Verhältnissen des heutigen Indonesien.

Japan

9. Mitsu Kono

Interview vom 13. Oktober 1969

Einführung:

Mitsu Kono ist einer der ‚großen alten Männer‘ der sozialistischen Bewegung Japans, der besonders als führender sozialdemokratischer Theoretiker hervorgetreten ist und der japanischen Bewegung das Gedankengut des europäischen Sozialismus vermittelt hat. Er hat den größten Teil der „Gesammelten Werke von Marx und Engels“ aus dem Deutschen ins Ja-

panische übersetzt, außerdem Heinrich Cunows „Die Marxsche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie: Grundzüge der Marxschen Soziologie“. Bis 1968 war Mitsu Kono Stellvertretender Vorsitzender der SPJ; er ist noch immer Unterhausabgeordneter seiner Partei und führt innerparteilich den sogenannten Kawakami-Flügel (vgl. oben 2).

Text:

Am Godesberger Programm fällt mir auf, daß erstens der Mensch in den Mittelpunkt gestellt, die Menschlichkeit betont wird; zweitens daß sich die Partei von einer Klassenpartei zur Volkspartei entwickelt hat; und drittens, daß die SPD den demokratischen Sozialismus sich zu eigen gemacht und mit der Einparteien-Diktatur des Kommunismus konfrontiert hat. Als Grundgedanken kann ich allen drei Punkten zustimmen.

Wenn man das ganze Programm durchliest, so findet man, daß es viel leichter zu verstehen ist als frühere Programme. Man hat einzelne Fragen herausgestellt und gibt klare Antworten darauf. Seit dem Erfurter Programm hat es eine feste Form gegeben, die beim Godesberger Programm durchbrochen worden ist. Das finde ich gut.

Wenn ich etwas gegen das Programm einzuwenden hätte, dann wäre es dies, daß das Programm sehr leicht, vielleicht zu leicht verständlich geworden ist und dadurch einige Merkmale des Sozialismus und der SPD verloren hat, auch fehlt eine Darstellung der philosophischen Grundlagen, der Weltanschauung.

Gut finde ich dagegen, daß das Programm sich klar über Religion und Kirchen geäußert hat. Denn die Spannungen zwischen Religion und Ideologie werden noch größer werden, wie man z. B. in Israel und Nordirland sehen kann. Vor dem Krieg hat die japanische sozialistische Bewegung ihren größten Einfluß aus England und Deutschland erhalten. In der praktischen Gewerkschaftsbewegung haben wir von England gelernt und in der politischen Bewegung der Partei von Deutschland und vom Marxismus. Wer die japanischen Parteiprogramme aus der Vorkriegszeit studiert, kann sogleich feststellen, daß sie Umarbeitungen des Erfurter und Görlitzer Programms sind.

Zur Frage der Möglichkeit einer Überwindung der Kluft zwischen Theorie und Praxis bei den japanischen Sozialisten ähnlich der Entwicklung bei den deutschen Sozialdemokraten:

Ich glaube, die Möglichkeit einer solchen Entwicklung besteht. In diesem Zusammenhang ist die Entwicklung des Kapitalismus das erste Problem. Denn durch die Änderung des Kapitalismus erhöht sich der Lebensstandard der Bevölkerung. Man muß den Sozialismus aber verwirklichen, ohne diesen Lebensstandard zu verschlechtern. Um dies zu erreichen, muß man sowohl innenpolitisch als auch in den internationalen Beziehungen den Weg des demokratischen Sozialismus einschlagen. Für Deutschland muß das Godesberger Programm eine entscheidende Reform gewesen sein, weil man sich dadurch in einem gewissen Sinne von den Einflüssen des Marxismus trennt. Doch wird diese Entwicklung auch in Japan kommen, denn es ist die normalste Form sozialer Erneuerung in einem Land mit hoch entwickeltem Kapitalismus. Sozialisierung und Rationalisierung müssen dabei so durchgeführt werden, daß sich der Lebensstandard des Volkes nicht verschlechtert, sonst kann man nicht mit seiner Unterstützung rechnen.

Zur Rolle der Ideologie:

Ich finde, daß man sich von der Ideologie zwar nicht gefangen nehmen lassen soll, daß aber — wie ich schon vorhin sagte — etwas Zusammenhängendes, also eine Weltanschauung, vorhanden sein muß. Ohne eine solche Gesamtschau kann man weder die Studenten noch allgemein die Jugend führen. Der Marxismus hatte seine Philosophie und daraus folgte ein System, das vorschrieb, wie es bei der Politik zuzugehen habe, wie die Wirtschaft zu ordnen sei usw. Auch ein Programm muß etwas ähnliches enthalten, um damit die Jugend zu überzeugen.

Zum Beispiel steht im Godesberger Programm einiges über Landesverteidigung, tatsächlich aber ist Westdeutschland Mitglied der NATO geworden. Gibt es da keine Widersprüche? Diese Frage kann man nur mit Hilfe philosophischer Vorstellungen lösen. Dann steht hier etwas über die Vereinigung der beiden Deutschland. Aber um die deutsche Jugend, um die ganze Welt davon zu überzeugen, warum und wie eine solche Wiedervereinigung stattfinden soll, dazu braucht man eine Philosophie.

Ich möchte noch etwas über wirtschaftliche Fragen sagen. Von den Anfängen der SPD an war die Sozialisierung oder Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum früher immer ein Grundprinzip der Sozialdemokraten Deutschlands gewesen. Wenn

man nun dieses Programm genau liest, dann findet man auch noch solche Vorstellungen, aber in Wirklichkeit ist das Programm in dieser Frage der Sozialisierung der Großunternehmen oder Schaffung von Gemeineigentum sehr zurückhaltend. Ich glaube, daß dies die schwache Seite des Programms ist.

10. *Professor Tamio Kawakami*

Interview vom 11. Oktober 1969

Einführung: vgl. oben (2)

Text:

Zum Thema Klassenpartei/Volkspartei:

In Japan stellt sich die Frage so: entweder Klassenpartei oder Volkspartei. Aber bei der SPD heißt es, daß sich die Partei zur Volkspartei vergrößert habe, daß sie dazu geworden ist. Das ist ein interessanter Unterschied. Mir selber scheint es fraglich, ob die Entwicklung zur Volkspartei wirklich der Grund dafür ist, daß die SPD bei den Wahlen mehr Stimmen bekommen hat. Ich glaube, daß eine viel wichtigere Änderung darin lag, daß das Godesberger Programm im Vergleich zu der Zeit Schumachers, als die Partei sich hauptsächlich mit Fragen der Außenpolitik beschäftigt hat, größeres Schwergewicht auf die Innenpolitik legt.

Zu Professor Schiller und der neuen Wirtschaftspolitik der SPD:

Ich bin zwar über die gegenwärtigen Verhältnisse in Deutschland nicht so genau unterrichtet, glaube aber, daß sich das Vorhandensein eines wirtschaftlichen Sprechers der SPD bei der Wahl sicher günstig ausgewirkt hat. Auch die Große Koalition hat sich nicht negativ, sondern positiv ausgewirkt, und zwar in dem Sinne, daß die Partei die Kraft zum Regieren hat. Diese Situation läßt sich mit derjenigen der englischen Labour Party vergleichen, die sich in der Kriegszeit an der Regierung Churchill beteiligte und dadurch nach 1945 allein das neue Kabinett bilden konnte. Professor Schiller spielt heute eine ähnliche Rolle wie der damalige Wirtschaftsminister Cripps in England.

Eine ganz andere Frage aber ist es, ob Schillers Wirtschaftspolitik sozialistisch ist. Immerhin hat er seine Fähigkeiten bewiesen. Wichtiger war aber die politische Entscheidung der SPD, in die Große Koalition einzutreten. Das hat ihr eine Chance gegeben.

Über die deutsch-japanischen Beziehungen:

Wenn man es offen und ehrlich sagt, so hat das japanische Interesse — und zwar nicht nur der hiesigen Sozialisten, sondern ganz allgemein — an der SPD seit der Annahme des Godesberger Programms stark nachgelassen. Es besteht kein theoretisches Interesse mehr daran, was die SPD tut. Wenn man sich jetzt für sie interessiert, dann für ihre politischen Entscheidungen wie z. B. ob Große Koalition oder Kleine Koalition usw. Aber als sozialistische Partei haben wir kein sehr großes Interesse mehr.

Als das Godesberger Programm herauskam, fand es hier ein sehr großes Echo. Warum das Interesse an dem Programm zurückging, liegt an folgendem: Für die Leute, die für das Programm waren, hat die Partei Nishios keine hinreichend interessante Entwicklung gehabt. Und für Leute wie Sakisaka, die am alten marxistischen Dogma festhalten wollen, war das Programm eine Herausforderung, doch gab es in Japan später noch mehrere unerwartete Herausforderungen wie z. B. die Kulturrevolution in China, die Bildung eines neuen linken Flügels, die chinesisch-russische Konfrontation. Diese Dinge haben die Position von Sakisaka durcheinander gebracht, und so hat man das Interesse am Godesberger Programm verloren.

Dennoch wird die SPD nun zehn Jahre später unter dem Vorsitzenden Brandt an die Regierung kommen. Da muß man zurückdenken und überlegen, ob das wirklich am Godesberger Programm liegt, ob die „Volkspartei“ dabei eine Rolle spielt, oder ob die Veränderung der Politik der SPD im Vergleich zu Schumachers Zeit der Partei geholfen hat, oder ob die SPD es soweit gebracht hat, weil sie gerade zu dem Zeitpunkt eine mutige Entscheidung getroffen hat, als die Epoche der CDU-Herrschaft zu Ende ging.

Es ist schwer zu sagen, welcher dieser Gründe am ehesten dafür verantwortlich war. Doch finde ich, daß das Godesberger Programm und die „Volkspartei“ damit am wenigsten zu tun haben und statt dessen die anderen Gründe mehr Bedeutung beanspruchen können.

Über das Verhältnis zu den Entwicklungsländern:

Als ich das Programm jetzt noch einmal las, fand ich, daß es eigentlich wenig Anziehungskraft für die Entwicklungsländer hat. Es steht zwar darüber einiges drin, weil man so etwas schreiben mußte, dennoch hatte Deutschland in

den letzten zehn Jahren immer weniger mit Entwicklungsländern zu tun. Gegenüber der Zweiten Internationale ist es zwar ein Fortschritt, daß man wenigstens etwas über diese Fragen geschrieben hat. Aber ist es nicht fast ironisch, daß man darüber zu einer Zeit schrieb, als Deutschland mit den Entwicklungsländern nicht mehr viel zu tun hatte und auch der Einfluß der deutschen Sozialisten in den Entwicklungsländern nicht mehr bestand? Das ist wohl einer der Gründe, warum das Programm kaum etwas mit asiatischen Fragen zu tun hat.

Natürlich werden die Japaner die politische Entwicklung der SPD verfolgen, wenn sie tatsächlich an die Regierung kommt. Sollten sie aber mit der Kleinen Koalition Schiffbruch erleiden, so wird das Interesse noch geringer werden.

11. Professor Masao Takahashi

Schriftliche Stellungnahme vom 12. September 1969

Einführung:

Masao Takahashi, Professor emeritus der staatlichen Universität Kyushu, gehört zu den prominenten Theoretikern des sozialdemokratischen (rechten) Flügels der sozialistischen Bewegung in Japan. Er gilt als Jugoslawien-Spezialist, ist aber auch in Fragen des europäischen Sozialismus als Experte anerkannt. Er bekleidet zahlreiche Ämter in den verschiedensten Unterorganisationen der Sozialistischen Partei Japans, so ist er u. a. Geschäftsführer der „Gesellschaft zur Förderung der SPJ“, einer Organisation zur Mobilisierung finanzieller Unterstützung für die Partei, sowie des „Instituts zur Erforschung sozialistischer Politik“.

Text:

Einige Kommentare zum Godesberger Programm

1) Über die Sozialisierung

Am Anfang des „Finanzkapital“ von Rudolf Hilferding, das 1910 erschien, liest man folgendes:

„Die menschliche Produktionsgemeinschaft kann prinzipiell auf zweierlei Art konstituiert sein. Sie kann einmal bewußt geregelt sein. Die Gesellschaft — mag nun ihr Kreis . . . die sozialistische Gesellschaft umschließen — schafft sich die Organe, welche als Vertreter des gesellschaftlichen Bewußtseins das Ausmaß und die Art der Produktion festsetzen und das gewonnene Gesellschaftsprodukt un-

ter die Mitglieder verteilen . . . Anders die Gesellschaft, die dieser Organisation entbehrt. Sie ist aufgelöst in voneinander unabhängige Personen, deren Produktion nicht mehr als Gesellschafts-, sondern als ihre Privatsache erscheint . . .“.

Dieser Gedanke stammt von Marx, doch gab es seit den Anfängen sozialistischen Denkens und der sozialistischen Bewegung kaum Zweifel daran. Auch Lenin ist dem gefolgt. Aber die Erfahrungen der Sowjetunion und des westlichen Kapitalismus und ihre Veränderungen — besonders die Stärkung der sozialistischen Macht in diesen Ländern — bewirkten allmählich auch eine Änderung der „idée fixe“ über die Sozialisierung. Aber es gehört eine ganze Portion Mut dazu, sich diese Dinge klar zu machen und sie offen auszusprechen. Die SPD hat in ihrem Godesberger Programm diesen Mut gehabt. Für sie als eine Partei, die mit den Namen von Marx und Engels verbunden war und die viele Hochs und Tiefs erlebt hat, muß das besonders schwierig gewesen sein. Aber gerade darum schätze ich es besonders hoch. Noch immer ist die Verwirrung über die Sozialisierung als Selbstzweck — obwohl dies nur eine der Bedeutungen des Begriffs Sozialismus ist — sehr verbreitet. Ich hoffe daher, daß das Godesberger Programm auf das Denken und Handeln des Sozialismus in der Welt — einschließlich ihrer östlichen, westlichen und südlichen Teile — einen großen, vorwärtstreibenden Einfluß ausübt.

2) Die sozialistische Partei ist eine Arbeiterpartei, gleichzeitig aber ist sie eine Partei der Nation — das behaupte ich schon seit Jahren. Daß die sozialistische Partei eine Arbeiterpartei ist, bedeutet, daß der Schwerpunkt der Partei von den Arbeitern, von der arbeitenden Bevölkerung gebildet wird. Natürlich ist die sozialistische Partei für alle Leute offen. Daß die sozialistische Partei eine Partei der Nation ist, bedeutet, daß sie für die Nation ist und mit Unterstützung und Zustimmung der Nation die Macht ergreift und den Sozialismus verwirklicht.

Die Bedeutung des Wortes „Volk“ bei der „Volkspartei“ des Godesberger Programms scheint mir etwas enger zu sein als der Begriff „Nation“ in der „Partei der Nation“, und zwar in dem Sinne, daß Volk Leute bedeutet, also nur einen Teil der Nation umfaßt, wie mir scheint. Aber vielleicht ist das ein Denkfehler oder ein Verständigungsfehler meinerseits.

Der Gedanke des Godesberger Programms widerspricht jedenfalls nicht meiner These. Wenn aber das „Volk“ tatsächlich enger ist als „Nation“, dann würde ich mir wünschen, daß es eines Tages in „Partei der Nation“ geändert wird.

3) Das Problem der Weltanschauung

Die Frankfurter Erklärung der Sozialistischen Internationale (1951) sagt folgendes:

„Der demokratische Sozialismus ist eine internationale Bewegung, die keineswegs eine starre Gleichförmigkeit der Auffassungen verlangt. Gleichviel, ob Sozialisten ihre Überzeugung aus den Ergebnissen marxistischer oder anders begründeter sozialer Analysen oder aus religiösen oder humanitären Grundsätzen ableiten, alle erstreben ein gemeinsames Ziel: eine Gesellschaftsordnung der sozialen Gerechtigkeit, der höheren Wohlfahrt, der Freiheit und des Weltfriedens.“

Ich bin für diese Erklärung und vertrete selber folgende Auffassung: Demokratie in einer hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaft wird, wenn man die Verhältnisse praktisch und nicht nur formal analysiert, zum Sozialismus. Der Demokrat in der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft ist unvermeidlich ein Sozialist. Das Godesberger Programm paßt zu beiden obigen Gedanken. Daher werde ich mich aus ganzem Herzen für das Programm einsetzen.

12. Shimpei Fujimaki

Interview vom 7. Oktober 1969 (in deutscher Sprache)

Einführung:

Shimpei Fujimaki ist Internationaler Sekretär der SPJ, der seit vielen Jahren an fast allen Aktivitäten seiner Partei im Bereich der zwischenstaatlichen und zwischenparteilichen Beziehungen beteiligt war. Auf Grund seiner vielseitigen Sprachkenntnisse (Deutsch, Englisch, Französisch, Russisch u. a.) hat er oft als Vermittler ausländischen Gedankenguts an Japan und umgekehrt gewirkt. So hat er u. a. „Die Perspektiven für die 70er Jahre“ der SPD ins Japanische übersetzt. Innerparteilich gehört er zum Kawakami-Flügel (vgl. oben 2).

Text:

Im Jahr der Verabschiedung des Godesberger Programms gab es zwei Ereignisse, die für uns sehr interessant waren: in Kuba die Gründung der Revolutionsregierung und in Japan die Spaltung der Sozialistischen Partei

Japans. Und seither hat es in den letzten zehn Jahren ungeheure Veränderungen in der ganzen Welt gegeben. Da war erstens die Zersplitterung der internationalen kommunistischen Bewegung, zweitens die ziemlich schnelle Wachstumsrate der entwickelten Länder und drittens die Stagnation sowie eine Reihe von politischen Krisen in den Entwicklungsländern. Als Resultat blieb die Vertiefung der Kluft zwischen Süd und Nord.

Gerade diese Frage hat man ganz bewußt in die „Perspektiven“ aufgenommen. Wenn man gegen diesen Hintergrund das Godesberger Programm betrachtet, dann kann man zwei große Folgerungen ziehen. Die erste wäre die Frage danach, wie die entwickelten Industriegesellschaften die Lösung neuer Probleme anfassen. Hierzu bietet das Godesberger Programm, glaube ich, einen grundsätzlichen Lösungsvorschlag. Das heißt, in den Industriegesellschaften kann man Sozialreformen, die Verwirklichung der sozialistischen Ziele, Schritt für Schritt, nur auf friedlichem Wege erreichen.

So haben in den entwickelten Industriegesellschaften infolge der Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung einige sehr interessante Entwicklungen stattgefunden. Nämlich der Gedanke vom eigenen Weg zum Sozialismus selbst unter den kommunistischen Parteien wie in England, Italien, Frankreich und auch in Japan. Diese Tendenz hat sich besonders im Fall Italiens ganz klar zugespitzt, wo die Kommunisten nach dem Rücktritt der Regierung Moro die Bildung einer Koalitionsregierung unter Einschluß der KP Italiens vorgeschlagen haben. Ich glaube, auch Japan wird auf dem gleichen Wege weitergehen. Es ist wohl der einzige Weg für die Industriegesellschaft. Aber zunächst muß man ein neues Problem lösen, und zwar die Entfremdung und Frustration zum Beispiel unter den Studenten und Jugendlichen. Schon die „Perspektiven“ haben dafür einige Ansatzpunkte gezeigt. Man hat dort ein sehr typisch deutsches Wort geprägt und von der Gefahr der Verplanung gesprochen, gegen die sich gerade die These von der Entfremdung wendet.

Die zweite Folgerung ist meines Erachtens viel ernster und die Zeit drängt sehr. Und zwar meine ich die Verschärfung des Nord-Süd Problems. Ich glaube, die Entwicklungshilfe spielt bei seiner Lösung nur eine sekundäre Rolle und kann das eigene Bemühen in den Entwicklungsländern nicht ersetzen. Dabei ist die Situation jetzt viel dringender als

vor zehn Jahren. Um so wichtiger, und zwar in welthistorischen Ausmaßen, war es daher, daß die SPD in ihrem Godesberger Programm ihre Verpflichtung gegenüber den Entwicklungsländern als eine sozialdemokratische Partei anerkannt hat. Das hat indirekt auch für das Verhältnis zu Asien Bedeutung. Natürlich liegt für die Bundesrepublik wie überhaupt für Westeuropa Afrika näher, aber Asien ist für sie, wie ich glaube, der zweitwichtigste Weltteil. Für Japan und die SPJ ist diese Haltung der SPD keine akademische Frage, sondern eine von sehr praktischer Bedeutung.

Japan steht gerade jetzt vor der Alternative, entweder in großem Stil aufzurüsten und die ganze Wirtschaft zu remilitarisieren, um eine mögliche Depression abzdämpfen, oder aber Entwicklungshilfe ohne politische Bedingungen zu geben. Die jetzige konservative Regierung steht wohl auf beiden Beinen, d. h. ziemlich große Rüstungsindustrie und auch Entwicklungshilfe vor allem gegenüber Südostasien.

Zur Kritik an der SPD, sie habe mit dem Godesberger Programm das Erbe der Arbeiterklasse verraten:

Ich glaube, es gibt noch eine Gruppe, die noch immer diese Haltung vertritt. Doch hat sich die Schärfe etwas abgeschwächt. Die direkte Ursache für diese Schärfe war wohl die damalige Spaltung der SPJ, d. h. die Abspaltung der DSP. Und die Ursache der Abschwächung ist wohl die Spaltung der kommunistischen Bewegung, indem sich die Kommunisten in den hochentwickelten Industrieländern viel stärker für die parlamentarische Demokratie eingesetzt haben (z. B. Italien und England). Sie haben keine Alternative.

13. Suehiro Nishio

Interview vom 4. Oktober 1969

Einführung:

Suehiro Nishio kommt aus der Gewerkschaftsbewegung und ist einer der ältesten noch aktiven Sozialistenführer. Er war einer der ersten japanischen Sozialisten, die ins Parlament gewählt wurden, Mitbegründer und zeitweilig Generalsekretär der SPJ und Kabinettschef bzw. Vizepremier in den beiden einzigen (Koalitions-)Regierungen, an denen die japanischen Sozialisten bisher beteiligt waren (1948/49). Nach seinem Parteiausschluß im Jahre 1959 bildete er Anfang 1960 die neue Demokratisch-Sozialistische Partei (DSP), deren Vorsitzender er lange Jahre war und deren Kern sich aus dem ehemaligen Nishio-

Flügel innerhalb der SPJ rekrutierte (vgl. oben 1). Suehiro Nishio ist heute Ehrenvorsitzender und Unterhausabgeordneter seiner Partei.

Text:

Ich habe das Godesberger Programm zwar nicht original gelesen, glaube aber, daß ich seine Bedeutung gut verstehe. Ich bin ganz für dieses Programm und finde es gut.

Ein paar Monate, bevor die SPD damals ihr neues Programm herausgab, habe ich mich von der SPJ getrennt. Es war ungefähr die gleiche Zeit, und so empfinde ich so etwas wie eine Schicksalsfügung. Warum ich mich von der SPJ trennen mußte, dazu möchte ich etwas sagen.

Die Amerikaner haben nach dem Kriege die Friedensverfassung eingeführt, damit Japan nie wieder ein militaristisches Land wird; sie versuchten, das Land im Rahmen der Besatzungspolitik zu demokratisieren, z. B. durch Hilfe beim Aufbau von Gewerkschaften, durch Landreform, damit auch die Kleinbauern ihre eigenen Felder haben können, und durch das Frauenwahlrecht. Später habe ich dann als einer ihrer Führer die SPJ mitaufgebaut und das Katayama-Kabinett gebildet, in dem ich ja Kabinettschef (Anm. d. Verf.: Chef der Kanzlei des Ministerpräsidenten mit dem Rang eines Ministers ohne Ressort) war. Aber allmählich wurden in der SPJ die marxistischen Anschauungen stärker. Ich vertrat dagegen die Auffassung, daß in einem demokratischen Land wie Japan die Befreiung des Arbeiters auf parlamentarischem Weg herbeigeführt werden muß und glaube, daß das auch möglich ist. Ich habe daher gegenüber den Stimmen, die als revolutionäre Klassenkampfpartei eventuell auch mit den Kommunisten zusammenarbeiten wollten, geltend gemacht, daß es zur Erlangung der politischen Macht notwendig sei, nicht nur die Arbeiter, sondern auch die mittleren Schichten wie die Bauern und die kleinen und mittleren Unternehmer in einer Volkspartei zusammenfassen und sich zu einer Politik der parlamentarischen Demokratie zu bekennen.

Innerhalb der Partei wurde ich als Ketzer angesehen und bei dem Parteitag, der ungefähr einen Monat vor der Annahme des Godesberger Programms durch die SPD abgehalten wurde, gab es von Anfang an Ausschließungsanträge gegen mich. Da ich mich mit meiner Auffassung nicht durchsetzen konnte, bin ich selber aus der Partei ausgetreten.

Ich wollte daher eine neue Partei aufbauen; dabei hat Professor Royama eine „Gesellschaft zur Erforschung sozialistischen Gedankenguts“ organisiert, welche die Partei ideologisch unterstützen sollte. Die neue Partei ist im Januar 1960 entstanden, aber inzwischen gab es schon das Godesberger Programm, und so haben Professor Seki und Professor Muto das Programm studiert und sich darauf berufen. Wir haben es sehr richtig gefunden, und so kam uns das Godesberger Programm bei der Abfassung unseres eigenen Programms wie gerufen.

Ich finde, daß man in Ländern wie China und Rußland, die nicht demokratisch sind, in denen es keine Gewerkschaften gibt usw., Revolution versuchen soll und damit sogar eine Chance hat, doch in Ländern wie Japan oder Westdeutschland, die demokratisch sind und wo es eine moderne Industrie gibt, da muß man es anders machen und sich an die parlamentarische Demokratie halten.

Verhältnis zu den Kirchen:

Der Buddhismus ist nicht so politisch wie der Katholizismus in Europa. Immerhin gibt es seit einigen Jahren unter den Nichiren-Sekten — die immer sehr kämpferisch waren — die „Sokagakkai“. Die ist politisch sehr aktiv. Doch gibt es unter den Nichiren-Sekten auch andere Gruppen, die einen neuen Verband, die „Shinshu-Ren“, gegründet haben. Die wollten zunächst nur die konservative Liberaldemokratische Partei unterstützen, doch werden sie nun auch uns unterstützen, ohne die LDP fallenzulassen.

Aussichten der DSP:

Unsere Zukunftsaussichten sehen etwas rosiger aus als die der SPJ. Die verlieren dauernd, bei der letzten Unterhauswahl sind sie von 160 auf 140 Sitze gefallen, auch bei der Oberhauswahl haben sie verloren, und bei den Wahlen zum Stadtparlament in Tokio sind sie vom ersten auf den dritten Platz unter den Parteien zurückgefallen. Mal sehen, was die nächste Wahl bringt. In jedem Fall geht es bei uns aufwärts, und wir freuen uns für die SPD als eine Partei mit gleichen Anschauungen über ihren Erfolg.

14. Eki Sone

Schriftliche Stellungnahme vom 13. Oktober 1969

Einführung:

Eki Sone stieß als Anhänger von Nishio zu den Sozialisten, wo er sich besonders als außenpolitischer Experte hervorgetan hat. Nach der Gründung der DSP wurde er ihr erster Generalsekretär. Heute ist er Unterhausabgeordneter und im Parteivorstand als Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses für die internationalen Beziehungen seiner Partei zuständig.

Text:

Zum 10. Jubiläum des Godesberger Programms

Es ist sehr bedeutsam, daß die SPD zehn Jahre nach der Annahme des Godesberger Programms am 15. November 1959 bei den Wahlen einen so großen Sprung machen konnte und nun dabei ist, unter ihrer Führung eine Regierung der Kleinen Koalition aufzubauen. Der Erfolg der SPD bedeutet nicht nur einen Lichtblick für die Kraft des demokratischen Sozialismus in Deutschland, sondern er ermuntert zusammen mit dem jüngsten Wahlerfolg der schwedischen Sozialdemokraten alle demokratisch-sozialistischen Parteien Europas. Auch in England ist die Stellung der Labour Party dadurch bereits gestärkt worden.

Natürlich lassen sich mehrere Elemente als Gründe für den Machtzuwachs der SPD heranziehen — wie die besonders gute Führung, traditionelle Stärke der Organisation, moderne Werbung usw., aber vor allem die grundsätzliche Haltung, welche die Partei seit der Annahme des Godesberger Programms vor zehn Jahren einheitlich durchgehalten hat, hat der Bevölkerung das Vertrauen in die SPD als einer Reformpartei, die sich schon aufs Regieren vorbereitet hat, gegeben.

Auf Grund meiner Studien der sozialistischen Theorie sowie als Mitbegründer der DSP kurz nach dem Godesberger Programm und als einer, der im Ausschuß für die Abfassung des DSP-Programms mitgewirkt hat, halte ich es für sehr wichtig, daß die Bedeutung des Programms für die demokratischen Kräfte der ganzen Welt, auch derjenigen Japans, aus diesem Anlaß noch deutlicher hervorgehoben wird. Daß das Programm der DSP ähnliche Grundzüge aufweist wie das Frankfurter Programm der Sozialistischen Internationale, das Rangun-Programm der „Asian Socialist Conference“ und das neue Programm der SPD, ist hinreichend bekannt.

Nach meiner persönlichen Auffassung liegen in den folgenden Punkten die besonderen Merk-

male des Programms und die Unterschiede zum Marxismus-Leninismus und der dogmatischen marxistischen Theorie:

Erstens haben die Interpreten des dogmatischen Marxismus vermutlich gegen den Willen von Marx selber übersehen, daß die Grundwerte des Sozialismus eigentlich im Moralischen liegen, und die materialistische Seite überbetont. Das Programm hat diesen Fehler korrigiert, betont die Freiheit des Geistes und besteht auf Gerechtigkeit und Solidarität. Es lehnt jede Form totalitärer Herrschaft ab und betont, daß die Demokratie ihre Grundlage in der Achtung menschlicher Werte und in der verantwortlichen Haltung eines jeden hat. Sozialismus kann nur durch die Demokratie erreicht werden und die Demokratie wird erst durch den Sozialismus erfüllt. In diesem Sinne bedeutet Sozialismus eine klare Konfrontation mit dem Kommunismus.

Zweitens mißachtet der Marxismus-Leninismus die parlamentarische Demokratie und erkennt nicht die Existenzberechtigung und freie Betätigung von Oppositionsparteien an. Doch das Programm macht ganz deutlich, daß es an der parlamentarischen Demokratie festhält.

Außerdem erzwingt der dogmatische Marxismus die Kontrolle der Wirtschaft durch den Staat und lehnt freie Konsumwahl, freie Arbeitsplatzwahl und freie Unternehmerinitiative ab. Das Programm aber sagt dazu, daß das Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik wachsender Wohlstand, ein Leben in Freiheit ohne Abhängigkeit und Ausbeutung und eine gerechte Beteiligung aller am Ertrag der Volkswirtschaft ist, es lehnt die Zwangswirtschaft ab, weil diese die Freiheit zerstört, und bejaht den freien Markt, wo immer wirklicher Wettbewerb herrscht.

Drittens legt der dogmatische Marxismus großes Gewicht auf den Besitz und die Übernahme der Produktionsmittel. Demgegenüber verlangt das Programm die Kontrolle der Großunternehmen und macht die Kontrolle wirtschaftlicher Macht zum Zentralthema und bejaht den Privatbesitz an Produktionsmitteln, soweit er nicht den Aufbau einer gerechten Ordnung stört. Auch nimmt es eine Haltung ein, wonach kleinere Unternehmen zu fördern sind.

Viertens vertreten die Kommunisten in der Außenpolitik den Internationalismus mit der Sowjetunion als Zentrum und verneinen die Souveränität der Länder. Das Programm setzt die Unabhängigkeit aller Länder voraus und zielt letzten Endes auf die Errichtung einer

Völkerrechtsordnung mit einheitlicher, starker Vollzugsorganisation ab.

Das Programm bejaht die Landesverteidigung bis zur Errichtung einer mit Machtmitteln ausgestatteten internationalen Rechtsordnung, die nationale Landesverteidigungen ablösen wird. Das Programm unterstützt nicht eine Haltung unverbindlicher Neutralität, sondern fordert realistisch die Bildung regionaler Sicherheitssysteme.

Fünftes und größtes Merkmal des Programms ist jedoch, daß es die SPD von der Klassenpartei zur Volkspartei gemacht hat. Das ist kurz gesagt die Befreiung vom marxistischen Dogma und — davon bin ich fest überzeugt — auch der Schlüssel zum Erfolg der SPD bei dieser Wahl.

Südkorea

15. bis 19. Bericht von Professor Chi über die Sitzung vom 6. September 1969, an der teilgenommen haben:

15. Chul Kim

Einführung:

Chul Kim ist Generalsekretär der „United Socialist Party“ (USP), die trotz ihrer Mitgliedschaft in der Sozialistischen Internationale von der südkoreanischen Regierung mit großem Argwohn beobachtet und in ihrer Entfaltung mehr oder weniger behindert wird (so wurde ihr die Genehmigung zur Herausgabe einer Parteizeitschrift nach vier Ausgaben wieder entzogen).

16. Dhong Whah Rhee

Einführung:

Dhong Whah Rhee, ein ehemaliger Kommunist, hat bis zum Koreakrieg als Professor für Politische Wissenschaften an der Kim Il Sung-Universität in Pjöngjang unterrichtet. In Südkorea, wohin er freiwillig übersiedelte, wurde er Vorsitzender der USP, nach dem Militärputsch von 1961 verhaftet und mehrere Jahre in Gefangenschaft gehalten. Heute ist er Berater der USP.

17. Dr. Ha Eun Chung

Einführung:

Dr. Chung lehrt christliche Ethik am Koreanischen Theologischen Seminar. Er ist Verfasser des Buches „Modernisierung Koreas und ethische Entscheidung“, in dem auch einige Seiten

der SPD und ihrem Godesberger Programm gewidmet sind.

18. Professor Young Ki Park

Einführung:

Professor Park lehrt Arbeitnehmer/Arbeitgeber-Beziehungen am „Labour Management Institute“ des Sogang College in Söul und ist Verfasser zahlreicher Publikationen über die Geschichte der koreanischen Arbeiterbewegung, Arbeitsrecht etc. Früher war Professor Park internationaler Sekretär des südkoreanischen Gewerkschaftsverbands „Federation of Korean Trade Unions“ (FKTU).

19. Professor Myong Kwan Chi

Einführung:

Professor Chi ist Spezialist für Fragen im Zusammenhang mit der Rolle der Religionen bei der Modernisierung in Asien. Er lehrt Religionsphilosophie am Duksung Women's College in Söul.

Text:

1. Die Gründe für die Annahme des Godesberger Programms können folgendermaßen verstanden werden:

a) Versuch, durch Einbeziehung der Angestellten breitere Unterstützung zu erhalten. Es kommt darauf an, die politische Macht zu erlangen. Wenn die Leute arm sind, ist die revolutionäre Ideologie vorherrschend.

b) Es handelt sich um eine Art Rechtswendung, bei der Freiheit stärker betont wird als Gleichheit.

c) Unter dem Massenkapitalismus besteht gegenwärtig eine Tendenz zur Abschwächung politischer Ideologien.

d) Berufung auf die Verdienste der westdeutschen Sozialstruktur sowie auf die Freiheit im Verhältnis zu Ostdeutschland (die kapitalistische Politik der CDU ist kein hinreichendes Mittel im Kampf gegen den Stalinismus).

2. In der Diskussion wurde folgende Kritik am Godesberger Programm vorgebracht:

a) Das Programm scheint — zumindest zum Teil — die Ideale des Sozialismus aufzugeben zu haben. Als Folge davon ist die außerparlamentarische Opposition in Deutschland zum Problem geworden.

b) Das mag eine Folge politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Einflüsse der USA

seit Kriegsende sein. Man hofft, daß es sich nur um eine vorübergehende Politik handelt.

c) Aus Arbeitern kleine Kapitalisten zu machen, ist keine erstrebenswerte Form der Erhöhung ihres Lebensstandards.

d) Wenn sie Kapitalisten werden, werden sie sich verschlechtern. Es ist notwendig, dem Sozialismus treu zu bleiben. Ohne Gleichheit gibt es keine Gerechtigkeit. Sozialismus in Deutschland macht manchmal den Eindruck, als ob er den Kapitalismus unterstützt anstatt für die Arbeiter zu sprechen. Hierzu gab es Gegenmeinungen mit folgender Begründung:

Es kommt darauf an, was Sozialismus ist. In unterentwickelten Ländern zeigt Sozialismus eine Tendenz zur Radikalisierung und verlangt Sozialisierung der Produktionsmittel. Sozialismus ist mehr als nur Sozialisierung. Aber es muß zugestanden werden, daß der Sozialismus im Falle Schwedens sein Schwergewicht im Bereich der Sozialversicherungspolitik hat anstelle individuellen Sparens oder Vermögensbildung der Arbeiter. Die Gesellschaft muß entscheiden, ob sie den gesellschaftlichen oder den individuellen Anteil höher bewertet. Gegen diese Meinung wurde vorgebracht:

Auch in Deutschland gibt es einige sozialistische Merkmale wie z. B. im Versicherungswesen und in der Erziehung usw. Die gegenwärtige Welt wird nicht durch Arbeitergruppen, sondern durch Elitegruppen verbessert.

e) Die Rechtswendung der SPD war übertrieben. Es wurde auch zu viel Kritik am Kommunismus geübt. In einer Zeit, in der die Charakteristika des Kommunismus im Wandel begriffen sind, muß die SPD unbedingt ihren ideologischen Standpunkt festigen — vor allem in Zusammenhang mit der Frage der Einheit Deutschlands — und eine wichtige Rolle in den internationalen Ost-West-Beziehungen übernehmen. Sie sollte sich nicht auf den Standpunkt des Kapitalismus erniedrigen lassen.

3. Die Bedeutung des Godesberger Programms für Entwicklungsländer:

a) In Korea wurde die sozialistische Bewegung von Kommunisten ins Leben gerufen und geführt. Selbst heute wird demokratischer Sozialismus im Unterschied zum Kommunismus noch nicht richtig verstanden.

b) Unser Industrialisierungsproblem ist anders als das in den fortgeschrittenen Ländern.

c) Hätten wir eine sozialistische Bewegung wie die SPD in Deutschland, dann gäbe es

wahrscheinlich auch eine andere politische Situation im heutigen Korea, d. h. ohne den Konflikt zwischen extremem Konservatismus und Radikalismus.

d) Das Godesberger Programm hatte für die Koreaner beträchtliche Bedeutung, vor allem im Zusammenhang mit Freiheit und Kommunismus.

Malaysia

20. Hock Guan Goh

Telegraphische Stellungnahme vom 15. September 1969

Einführung:

Hock Guan Goh ist Generalsekretär der „Democratic Action Party“ (DAP), einer Schwesterpartei der „People's Action Party“ (PAP) des sozialistischen Ministerpräsidenten Kuan Yew Lee im benachbarten Singapur. Die DAP ist als selbständige Partei erst 1965 entstanden, nachdem das Ausscheiden Singapurs aus dem Malaisischen Bund eine weitere Aktivität der PAP in Malaysia unmöglich gemacht hatte. Bei den Parlamentswahlen vom 10. Mai 1969 errang die DAP in West-Malaysia 13 von 104 Sitzen und wurde damit größte Oppositionspartei. Seit den folgenden Rassenunruhen herrscht jedoch der Ausnahmezustand im Lande und die DAP kann ihre Funktionen nur beschränkt wahrnehmen. Die Partei ist Mitglied der Sozialistischen Internationale. Sie hat Willi Eichler beauftragt, das Vorwort zu ihrer Programm-Broschüre zu schreiben.

Text:

Das Godesberger Programm der SPD ist das Modell, nach dem wir in der DAP Malaysia unsere Philosophie ausgerichtet haben.

21. C. V. Devan Nair

Schriftliche Stellungnahme vom 2. September 1969

Einführung:

C. V. Devan Nair war bis zu den Wahlen vom 10. Mai 1969 (vgl. 20) einziger Parlamentsabgeordneter der DAP in Malaysia. Als früherer Gewerkschaftsführer des Dachverbands „Singapore National Trade Union Congress“ (SNTUC) hat er weiterhin enge Verbindungen zum politischen Leben Singapurs, was ihn veranlaßt hat, bei den letzten Parlamentswahlen nicht mehr in Malaysia zu kandidieren. C. V. Devan Nair war Gründungsmitglied und erster Generalsekretär der DAP.

Text:

In der nach-marxistischen Ära des demokratischen Sozialismus gab es verschiedene Versuche, Marx vor den Marxisten zu retten, und einer der erfolgreichsten dieser Versuche wurde von denen unternommen, die das Godesberger Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands formuliert haben.

Wie viele frühere Philosophien und Theorien tendierte der Marxismus dahin, in den Händen intoleranter Absolutisten zu einem sakrosankten Dogma zu erstarren. Statt ihn als eine höchst schöpferische Analyse der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse anzusehen, behandelten sie den Marxismus wie eine unfehlbare Verkündung, auf deren Grundlage jeder Aspekt des Lebens und Denkens der Menschen reguliert werden sollte.

Doch das Buch des Sozialismus ist noch lange nicht geschlossen. Eine unendliche Zahl von Seiten bleiben im Zuge der menschlichen Entwicklung und des Fortschritts auf diesem Planeten noch aufzuschlagen. Marx hat einige sehr wesentliche Seiten dazu beigetragen, doch stellen sie nicht das A und O des Sozialismus dar.

Das Godesberger Programm verdient Beachtung für die klare und intelligente Form, mit welcher es die Eisengitter des absoluten Denkens durchbricht, um eine neue Atmosphäre zu schaffen, in der Sozialisten freier atmen und klarer denken können. In dem Programm wurden die sozialistischen Prinzipien und Ziele als vereinbar mit und in der Tat untrennbar von den großen Idealen eines rationalen Humanismus und der Demokratie dargestellt. Sie waren auch nicht unvereinbar mit den Errungenschaften des menschlichen Geistes seit Alters her in den Bereichen der Religion, Philosophie, Literatur und den bildenden Künsten.

Das Godesberger Programm hat fast instinktiv erfaßt, daß die Ziele der sozialen Gerechtigkeit, Gleichheit und fairer Behandlung allen guten Menschen gemein sind, unabhängig von ihren sprachlichen, kulturellen und religiösen Unterschieden.

In diesem Sinne verdient der Geist des Godesberger Programms, daß man ihm nacheifert, und zwar ganz besonders in den Gesellschaften und Nationen von Süd- und Südostasien mit ihrer Vielfalt an Sprachen, Religionen und Kulturen.

Philippinen

22. Cicero D. Calderon

Schriftliche Stellungnahme vom 2. September 1969

Einführung:

Dr. Calderon ist Präsident der protestantischen Silliman Universität. Hinsichtlich seiner Beziehungen zur Arbeiterbewegung vgl. Text.

Text:

Nach mehr als achtjähriger Zusammenarbeit mit der philippinischen Arbeiterbewegung als Direktor des „Asian Labor Education Center“ (Institut für Arbeitererziehung) der Staatlichen Universität der Philippinen habe ich den Eindruck gewonnen, daß das Godesberger Programm, so wie ich es kennengelernt habe, die wirksamste Methode zum Aufbau einer Gesellschaft bieten könnte, in der der einfache Bürger eine Chance erhält, Erfüllung zu finden.

In den Entwicklungsländern, wo die politischen Parteien von Familiendynastien oder Interessengruppen kontrolliert werden, wo die Arbeiter mangels einer starken Position bei Tarifverhandlungen keinen gerechten Anteil an den Früchten der Produktion erhalten, wo Landreformen wegen des starken Widerstands der Großgrundbesitzerklasse nicht durchgeführt werden konnte, gewinnt das Godesberger Programm besondere Bedeutung und Dringlichkeit.

Das Godesberger Programm, das gegenüber den Religionen den Geist der Toleranz bietet, hat die organisierten Religionen dazu ange-regt, sich selbst und ihre Rolle in der heutigen Welt einer Überprüfung zu unterziehen.

23. Jose J. Hernandez

Schriftliche Stellungnahme vom 12. September 1969

Einführung:

Jose J. Hernandez ist seit vielen Jahren Generalsekretär des Gewerkschaftsverbands „Philippine Trade Union Council“ (PTUC), der dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften in Brüssel (IBFG) angeschlossen ist. Außerdem vertritt Hernandez die philippinische Arbeiterschaft als Arbeiterdelegierter seines Landes bei der ILO.

Text:

Im großen und ganzen sind die Ziele und Zwecke des Godesberger Programms der SPD

benswert, weil es die kapitalistische Regieungs- und Gesellschaftsform ablehnt. Doch erfolgt das Godesberger Programm sein Ideal im Rahmen einer hochentwickelten Industriegesellschaft; für ein Entwicklungsland wie die meisten Nationen Asiens ist es noch nicht angemessen. Das Godesberger Programm verlangt eine gerechte Verteilung der Früchte der Arbeit. Gut und schön. Aber es will dies mit solchen Instrumenten wie Mitbestimmung, Anti-Monopolgesetzgebung und — falls notwendig — Sozialisierung erreichen. Mit anderen Worten: Es hat sich noch nicht völlig von den beanstandenswerten Aspekten des Kapitalismus abgewendet. Was die Entwicklungsländer in Asien brauchen, ist eine drastischere Methode, welche die Gesellschaften dieser Länder in die Lage versetzt, diejenigen der schon hochentwickelten Länder einzuholen. Und das kann nur auf dem Wege staatlicher Kontrolle der Produktions- und Verteilungsmittel erreicht werden.

In einem gewissen Sinne ist das Godesberger Programm dennoch ein Durchbruch, vor allem für die in Asien vorherrschenden Kolonialgesellschaften. Doch kann es nur ein Anfang sein.

4. Cipriano Cid

Schriftliche Stellungnahme vom 8. September 1969

Einführung:

Cipriano Cid ist Vorsitzender des Gewerkschaftsverbands „Philippine Association of Free Labor Unions“ (PAFLU) und einer der großen alten Männer der philippinischen Arbeiterbewegung. Zeitweilig beteiligte sich Cid an dem Versuch, auf der Basis verschiedener Gewerkschaftsverbände eine politische Partei zur Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft aufzubauen: Er war zunächst Vorsitzender der 1963 gegründeten Arbeiterpartei „Lapiang Manggagawa“, zog sich jedoch bald wieder von ihr zurück.

Text:

Wir hatten einmal bis zur Zeit des letzten Krieges eine „Sozialistische Partei der Philippinen“, die von Don Pedro Abad Santos aus der Provinz Pampanga geführt wurde, dem Zentrum der gegenwärtigen sozialen und Bauern-Unruhen. Es war im Grunde genommen eine Landreformbewegung, obwohl die Partei weitergehende gesellschaftliche Ziele entsprechend den Vorstellungen des demokratischen Sozialismus verfolgte. Während

der Kriegszeit und der japanischen Besetzung des Landes ging die Sozialistische Partei eine Allianz mit der „Kommunistischen Partei der Philippinen“ (CPP) ein; später schlossen sich beide Parteien zusammen, um der Diktatur der japanischen Militärherrschaft besser widerstehen und die japanische Besatzungsherrschaft stürzen zu können.

Ich habe das Godesberger Programm mit großem Interesse und Freude gelesen. Die Grundwerte und Grundforderungen, wie sie in dem Handbuch von Willi Eichler über die „Grundwerte und Grundforderungen des demokratischen Sozialismus“ dargestellt werden, sind praktische und ausgezeichnete Ziele, die jede demokratische Gesellschaft zu verwirklichen trachten sollte. In unserem Lande dürfte ihr Wert und ihre Bedeutung eher von der Gewerkschaftsbewegung als von irgendeiner anderen Gruppe erkannt werden, da unsere Gemeinschaft sich unter dem Großgrundbesitz und später dem kapitalistischen System entwickelt hat. Wir haben hier zur Zeit immer noch eine Mischung aus beiden, obwohl die Notwendigkeit einer Änderung und der Verwirklichung der Ziele des demokratischen Sozialismus anerkannt wird. Der Impuls zu einem solchen Systemwechsel kann nur von der Arbeiterklasse dieses Landes kommen. Wir hoffen immer noch, daß dieser Wechsel auf evolutionärem Wege bewirkt werden kann. Doch falls daraus nichts wird, besteht die Gefahr, daß das Volk — wie schon in der Vergangenheit — wieder zur einzigen Methode Zuflucht nimmt, die ihm vertraut ist, zum Weg der Gewalt. In den letzten 50 Jahren haben wir 17 soziale Aufstände gehabt, meistens Bauernunruhen verbunden mit anderen sozialen Forderungen. Die Erkenntnis der Notwendigkeit sozialer Reformen auf seiten der Regierung hat in den letzten zwei oder drei Jahrzehnten zur Verabschiedung der erforderlichen Gesetze über die Errichtung eines Sozialversicherungssystems, Wohnungsbauprogramme, Reform des Landpächterwesens und über das Organisationsrecht und die Tariffähigkeit der Arbeiter geführt.

Diese Änderungen unseres Systems wurden durch den Druck der Notwendigkeit bewirkt. Doch die Durchführung hinkt hinter der Formulierung neuer Maßnahmen kräftig hinterher.

Wenn man bedenkt, daß die Philippinen fast 360 Jahre unter spanischer Herrschaft, gekennzeichnet durch feudalistischen und klerikalen Absolutismus, und ungefähr 46 Jahre

unter amerikanischer Kontrolle gestanden haben, die uns das gegenwärtige System des Kapitalismus bescherte, dann kann man das Fehlen der im Godesberger Programm aufgezählten Grundeigenschaften des Sozialismus in unserem System begreifen. Das heißt nicht, daß unser Volk sich nicht nach diesen Dingen sehnt, doch im gegenwärtigen Stadium ist sein gesellschaftliches und philosophisches Verständnis noch nicht genügend entwickelt, und es ist noch nicht hinreichend organisiert, um ihre Einführung jetzt oder in unmittelbarer Zukunft zu verlangen. Es gibt viele in der jungen Generation, die die Notwendigkeit eines

sofortigen Wandels sehr eindringlich empfinden.

Es gibt hier nun auch Anfänge sozialistisch eingestellter Organisationen. Eine ansehnliche Gruppe von Gewerkschaftlern hat die sogenannte „Sozialistische Partei der Philippinen“ organisiert. Sie steht mehr oder weniger links. Sie ist an den Weltgewerkschaftsbund angeschlossen. Die andere Gruppe von Arbeitern organisierte die „Lapiang Manggagawa“ (Arbeiter-Partei) im Jahre 1963. Beide Gruppen haben sich bis jetzt noch nicht völlig durchgesetzt.